



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 1

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 19.06 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreter und Vertreterinnen der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Zudem begrüße ich heute einen ganz besonderen Gast, nämlich den Vize-Bürgermeister der ukrainischen Stadt Dnipro, Herrn Volodymyr Miller,

(Beifall)

und seine Delegation: Die Damen und Herren haben auf der Tribüne Platz genommen. Im Sommer hatte der Rat ja beschlossen, mit Dnipro eine Projektpartnerschaft einzugehen. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind, lieber Kollege Miller. Später wird Herr Miller, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, auch noch das Wort an uns richten.

Besonders begrüßen möchte ich heute auch das Ratsmitglied Volker Görzel. Er hat nämlich heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hinter uns liegen in diesem Jahr bereits acht Ratssitzungen mit intensiven Debatten und wichtigen Entscheidungen für die Zukunft unserer Stadt, und einige stehen auch heute wieder auf der Tagesordnung. Ich will nur einige Stichworte nennen.

Stichwort Klima: Die Förderrichtlinie zur Gebäudesanierung und die Anpassung des Kooperativen Baulandmodells sind wichtige Bausteine zum Erreichen der Klimaneutralität in 2035. Wenn der Rat heute auch die Strategie Klimaneutrales Köln beschließt, werden wir einen wirklich großen Schritt hin auf unser Zukunftsziel gemacht haben.

Stichwort Bildung: Die Gründung einer Schulbaugesellschaft und der Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune waren wichtige Entscheidungen, mit denen wir in die junge Generation investieren. Sofern Sie heute auch die Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte beschließen, können wir die Kölner Erfolgsgeschichte des beschleunigten Schulbaus fort-schreiben und die 54 Schulen vollenden, die wir

brauchen. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass wir heute schon zwei Dutzend Schulbauprojekte gleichzeitig managen.

Stichwort Wirtschaft: Heute entscheiden Sie über Neubauten auf dem BioCampus. Damit können wir den Weg für neue, zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich Life Sciences frei machen. Wir erwarten höhere Gewerbesteuererträge. Vor allem treiben wir die Innovation am Wirtschaftsstandort Köln voran. Kölns Wirtschaft trotz den Krisen übrigens auch deshalb, weil wir als Stadt in den vergangenen Jahren mit der Wirtschaftsförderung einen guten Job gemacht haben.

Stichwort Partizipation: Wir haben im Jahr 2022 die systematische Öffentlichkeitsbeteiligung ausgebaut und sind beispielsweise im Fall der Ehrenstraße für den Planungs- und Beteiligungsprozess sogar ausgezeichnet worden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Als letztes Stichwort nenne ich den Ausbau internationaler Verantwortung. Der Beschluss zu einer Projektpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Dnipro bereits im Sommer dieses Jahres verdeutlicht, dass wir auch international immer wieder Verantwortung übernehmen. Zwei Tage, nachdem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Abschluss kommunaler Partnerschaften mit ukrainischen Städten aufgerufen hat, konnten wir die Projektpartnerschaft bereits besiegeln. Zwei Tage nach einem Aufruf kann man nur reagieren, wenn man vorher vorgearbeitet hat.

Das ist uns allen miteinander gelungen. Vielen Dank dafür, dass Sie mit diesen Entscheidungen die Zukunftsfähigkeit Kölns untermauert und gesichert haben.

(Beifall)

Wenn wir die heutigen Beratungen erfolgreich absolviert haben, möchten wir in guter Tradition die letzte Ratssitzung vor dem Jahreswechsel bei einem kleinen Empfang in der Piazzetta drüben im Historischen Rathaus ausklingen lassen. Für Sie wird dabei Gelegenheit bestehen, den frisch sanierten Hansasaal zu besichtigen - mit Filzpantoffeln, sage ich jetzt einmal. Das neue Parkett soll nicht heute Abend schon - - Am ersten Tag soll es dann auch neu bleiben. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein.

Sie finden den Kalender des Historischen Archivs für 2023 als mittlerweile traditionelles Weihnachtsgeschenk bereits jetzt auf Ihren Plätzen.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 2

Nun möchte ich aber auch zur heutigen Sitzung kommen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Weber, Frau Syndicus, Frau Dickas und Herr Derichsweiler entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Niknamtavin, Herrn Lorenz und Herrn Haeming.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, ist die heutige Tagesordnung festzulegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zur Festlegung der aktuellen Stunde.

Es liegt ein von der Fraktion Die FRAKTION eingereichter Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Sicherheitskonzept des Karnevalsauftakts am 11.11.2022“ vom 23. November 2022 vor. Das ist der Tagesordnungspunkt 1.1.

Die AfD hat am 6. Dezember 2022 einen Antrag für eine aktuelle Stunde zum Thema „Kinderklinik am Limit - Sachlage und Planung in Köln“ eingereicht. Das ist der TOP 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern und Antragstellerinnen auf eines der beiden Themen.

Ich habe Sie jetzt zu fragen, ob eine solche Einigung erzielt werden konnte. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Es ist keine Einigung erzielt worden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist keine Einigung erzielt worden. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen. - Es gibt noch eine Wortmeldung. Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der Tat ist keine Einigung zustande gekommen - obwohl der Dialog gesucht wurde. Das möchte ich an dieser

Stelle noch einmal betonen. Dafür bedanken wir uns sehr.

Trotzdem sind wir der Überzeugung, dass der Antrag der Fraktion Die FRAKTION als ordnungsgemäßer Antrag nach § 3 hätte eingereicht werden können und dementsprechend nicht als Thema einer aktuellen Stunde taugt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich nehme das zur Kenntnis. Aber es ist Ihnen allen bekannt, dass bei mehreren Anträgen, wenn keine Einigung erfolgt, von mir die Abstimmung über die Möglichkeit, zwei aktuelle Stunden durchzuführen, vorgeschlagen wird. Das werde ich jetzt tun.

Wer für die Durchführung beider aktuellen Stunden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Es wird heute also nur eine aktuelle Stunde geben.

Nach § 5 Abs. 7 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist auch hier, welcher der Anträge eine Mehrheit findet.

Ich frage Sie also: Wer ist für das unter TOP 1.1 vorgeschlagene Thema, also 11.11.? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die CDU, Herr Zimmermann, Bündnis 90/Die Grünen, Volt, die FDP und Die FRAKTION. Wer enthält sich? - Niemand. Jetzt frage ich, wer das Thema der AfD beraten möchte. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das Thema der heutigen aktuellen Stunde der Vorschlag unter Tagesordnungspunkt 1.1.

Ich schlage darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 2.1, der als TOP 20.1 auf der Einladung stand, die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.2 und 4.3, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.3, TOP 10.32 bis 10.34 und TOP 17.4 bis 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.9.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.29, 12.1 und 16.2.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Zur Tagesordnung meldet sich Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 3

Wir ziehen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 3.1.3 zurück und würden den TOP 6.4.1 gerne vertragen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kienitz und dann Herr Busch. Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich betrage, die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.2 in die Fachausschüsse zurückzuverweisen, insbesondere in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Hier sind noch Fragen offen, die der Ausschuss noch einmal beraten sollte. Die Beantwortungen liegen noch nicht vor. Deswegen bitten wir um Zurückverweisung in die Fachausschüsse.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich erst Herrn Busch. Oder melden Sie sich direkt dazu? - Bitte.

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten doch gerade die Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und haben dort auch mit Frau Henk-Hollstein vereinbart, dies hier zu entscheiden. Es besteht doch eine gewisse Dringlichkeit vor Ort. Das ist im Ausschuss auch deutlich gemacht worden. Wir waren uns alle einig, dass wir das hier heute in der Ratssitzung zur Entscheidung bringen. Die Menschen vor Ort brauchen das.

Das jetzt noch einmal zu schieben - dann geht es weiter ins neue Jahr hinein -, halte ich nicht für sinnvoll. Denn im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft haben wir dasselbe gesagt, was wir dann auch bei der nächsten Sitzung sagen werden. Wir haben einen Handlungsbedarf. Wir müssen dort vor Ort für neue Kita-Plätze sorgen. Es bringt also überhaupt nichts, das weiter ins nächste Jahr zu schieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kircher, dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Wer wünscht, das heute zu behandeln? - Das sind DIE LINKE und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Volt enthält sich. Dann wird das heute verändert.

(Jürgen Kircher [SPD]: Das ist schade!
Schade für die Leute vor Ort!)

Jetzt kommen wir zu der Wortmeldung von Herrn Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich würde gerne gegen die Dringlichkeit des Antrags unter TOP 3.1.6 sprechen. Diese sehen wir nicht gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind noch nicht so weit, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Entschuldigung.

Dann bitte ich aber darum, den Punkt 23.1 - da haben wir noch Beratungsbedarf; das tut mir leid - zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 23.1?

Philipp Busch (AfD): Ja, 23.1. Mehr kann ich dazu leider aktuell nicht sagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 23.1. - Das sollten wir beim Tagesordnungspunkt noch mal besprechen. Soviel ich jetzt hier sehe, ist das im Liegenschaftsausschuss einstimmig beschlossen und in der BV 9 geändert beschlossen worden. So würde ich es auch abstimmen lassen. Aber wir können dann beim Tagesordnungspunkt noch mal darüber diskutieren.

Philipp Busch (AfD): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen.

Unter Tagesordnungspunkt 3.1.6 liegt ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 2. Dezember 2022 zum Thema „Sessionshöhepunkt 2023 - Karneval dezentral und entspannt feiern!“ vor.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 4

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Da meldet sich Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - In unseren Augen ist der Antrag nicht dringlich. Er war schon im AVR. Es wurde an die Verwaltung verwiesen. Hier eine Dringlichkeit zu sehen, halten wir auch aus formaljuristischen Gründen für schwierig. Ich will jetzt nicht noch einmal den Kommentar zitieren. Aber darin steht halt „äußerste Dringlichkeit“ und „sollte nicht in einer Sondersitzung besprochen werden können“. Im Januar wäre dies möglich. Daher sehen wir einfach keine Dringlichkeit gegeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, welche Planungsvorläufe Großveranstaltungen dieser Art haben. Es im Januar in dem entsprechenden Gremium zu behandeln, halten wir für viel zu spät. Deswegen haben wir den Dringlichkeitsantrag bewusst für diese Sitzung gestellt. Wir bitten auch darum, der Dringlichkeit heute zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen die Dringlichkeit und damit gegen die Behandlung? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen und wird aufgenommen.

Unter TOP 3.1.7 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und FDP vom heutigen Tag vor. Es geht um das Thema „Sicherheit und Karneval passen zusammen: Ein Plan für einen schönen Karneval 2023“.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Danke sehr, Frau Oberbürgermeisterin, für das Wort. - Hier gilt im

Grunde genommen das Gleiche. Es geht auch wieder um das Thema Karneval. Es gibt hier Fristen für Anträge. Diese hätte man ohne Probleme einhalten können und entsprechende Anträge einbringen können. Daher sehe ich die Dringlichkeit nicht gegeben. Herr Busch hatte schon ausgeführt, dass eine Sondersitzung auch möglich wäre. Daher ist auch in diesem Fall die Dringlichkeit nicht gegeben.

Mich würde auch hier sehr interessieren, wie die Stadtspitze das beurteilt und ob sie es genauso sieht, dass hier keine Dringlichkeit besteht. Ihre juristische Meinung würde mich da mal interessieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt, ob es Wortmeldungen weiterer Art gibt. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann begründe ich die Dringlichkeit. Dieser Antrag nimmt unmittelbar Bezug auf die gestrige Sitzung des Runden Tisches Karneval. Diese fand eben erst gestern statt. Das ist, denke ich, ein zeitlicher Zusammenhang, der zu sehen ist. Und da Planungen vor Weihnachten in Auftrag gegeben sein müssen, haben wir einen engen Zeitkorridor. Genau heute können wir es entscheiden und beschließen.

Deswegen sehen wir die Dringlichkeit gegeben. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier eine breite Zustimmung erfahren würden - zumindest erst einmal für die Dringlichkeit, aber nachher auch für den Antrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann ist hier eine plausible Begründung für die Dringlichkeit gegeben worden.

Gibt es dazu jetzt noch Wortmeldungen? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen die heutige Behandlung? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann gibt es einen weiteren Dringlichkeitsantrag. Er hat mich gerade erst erreicht - ich hoffe, Sie alle auch - und trägt den Titel „Struktursicherung der anerkannten Betreuungsvereine in Köln“.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 5

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Nein. Enthaltungen? - Nein. Gut.

Dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, dass wir die aktuelle Stunde und die drei Anträge zum Karneval - jetzt sind es ja drei - gemeinsam behandeln. Das heißt: Wir sollten die Tagesordnungspunkte 3.1.5, 3.1.6 und 3.1.7 gemeinsam mit der aktuellen Stunde unter TOP 1.1 behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich übergebe nun das Wort an den Vize-Bürgermeister von Dnipro, Herrn Volodymyr Miller, und bitte ihn zu mir nach vorne ans Rednerpult.

(Beifall)

Volodymyr Miller (Vize-Bürgermeister von Dnipro) (Konsektivdolmetschung): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank für die Ehre, hier vor Ort sein zu dürfen. Ich bedanke mich recht herzlich bei der Frau Oberbürgermeisterin, Frau Henriette Reker, und bei vielen guten Freunden der Ukraine, insbesondere Herrn Andreas Wolter und Frau Birte Klemm.

Bei der Vorbereitung meiner Rede habe ich im Licht einer Kerze gesessen, einer ganz normalen Paraffinkerze. Leider ist das in vielen Häusern heute die einzige Möglichkeit, die einzige Lichtquelle, weil das Licht einer Taschenlampe nicht so lange anhält.

Vor Kurzem haben wir einen Blackout erlebt. Für ein paar Tage gab es nur noch für ein paar Stunden Licht. Dann wurde die Ukraine wieder stark angegriffen, mit mehr als 100 Raketen. Danach gibt es für einen ganzen Tag gar kein Licht, keinen Strom, kein Wasser, überhaupt keine Versorgung.

Dabei rede ich jetzt über die Teile der Ukraine, in denen es aktuell keinen aktiven Kampf gibt. Das

zeigt uns diesen Terror, den Russland gerade begeht, und auch die genozidische Stimmung darin.

Seit Beginn der Invasion wurde Dnipro mit mehr als 1 000 Raketen angegriffen. Über 170 Personen sind verstorben, sind getötet worden, unter anderem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Mehr als 400 Menschen wurden verletzt. Über 5 500 Gebäude wurden zerstört, darunter viele zivile Häuser. Viele zivile Gebäude sind komplett zerstört - und das alles in einer Zeit, in der auch mehr als 180 000 Menschen aus gerade okkupierten Gebieten nach Dnipro geflüchtet sind.

Aber wir bleiben stark und motiviert, weil wir verstehen: Das ist unsere Vergangenheit, die uns jetzt gerade angreift. Es ist aggressiv, böse und durch Propaganda entstanden. Aber wir verstehen: Das hinter uns ist die Vergangenheit, und vor uns liegt die Zukunft, und zwar eine demokratische, freie und friedliche - obwohl die Ukraine gerade einen sehr hohen Preis dafür bezahlt, den Preis vieler Menschenleben.

In diesem Kampf sind wir nicht allein. Denn es gibt noch die ganze zivile Welt und alle Menschen, die verstehen, was gerade bei uns los ist. Uns wird von allen Seiten geholfen - nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.

Auch Deutschland hilft uns in dieser Zeit sehr stark - auch mit Waffenlieferungen, auch mit Millionen Tonnen humanitärer Hilfe, auch mit Milliarden Euro finanzieller Unterstützung.

Auf munizipalem Niveau wird uns auch sehr stark geholfen. Zum Beispiel bekommt Dnipro gerade sehr starke Unterstützung von der Stadt Köln, und das seit dem Beginn. Bis jetzt haben wir viel Hilfe und Unterstützung bekommen - in Form von Krankenwagen, in Form von Medikamenten, in Form von Ausrüstung für die Feuerwehr, in Form von Generatoren, also alles das, was jetzt gerade so wichtig für das Überleben ist.

Diese Kooperation und Zusammenarbeit auf vielen Ebenen - auf der staatlichen Ebene, aber auch auf der kommunalen Ebene - gibt uns Hoffnung. Sie gibt uns die Hoffnung, dass wir nach dem Sieg die Möglichkeit haben, eine neue, moderne, ökologische und gasfreie Ukraine aufzubauen.

Aber erst müssen die Ukrainer gewinnen. Wir müssen unsere Städte, unsere Menschen, unsere Gefangenen befreien. Und da sind wir sehr stark auf eure Hilfe angewiesen: mehr Waffen, mehr Unterstützung, mehr Hilfe.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 6

Wenn man die Sanktionen weiter durchführt - Sanktionen auf drei Ebenen, beispielsweise die Sanktionen im Energiesektor und eine komplette SWIFT-Abschaltung der Banken -, dann hat man die Möglichkeit, der Ukraine zu helfen. Dann wird der Aggressor keine Möglichkeit mehr haben, diesen brutalen Krieg zu führen, und dann wird der Ukraine eine Chance gegeben, in die europäische Familie aufgenommen zu werden.

Zum Schluss möchte ich noch ganz kurz eine Situation erwähnen, die mir vor ein paar Tagen passiert ist. In einer Gemeinde hier in Deutschland, die auch sehr stark die Ukraine unterstützt, wurde ich gefragt, ob wir auch verhandeln möchten, um diesen Krieg zu stoppen.

Ich hatte eine ganz konkrete Antwort: Das ist kein Spiel. Das ist kein Schachbrett. Wir spielen keine Spiele darum, wer gewinnt und wer nicht. Wir haben keine Ziele, jemandem irgendetwas zu beweisen oder irgendetwas zu zeigen. Wir kämpfen um das Überleben. Wir kämpfen gegen den brutalen Angriff, der uns aus dem Gesicht dieser Erde einfach auslöschen möchte. Deshalb würden wir sehr gerne den Krieg beenden, wenn der letzte russische Soldat das ukrainische Land verlässt und wenn auf uns keine Raketen mehr abgefeuert werden. - Übrigens: Vorgestern wurden 17 Kamikaze-Drohnen über Dnipro abgefeuert, 14 davon im Iran produziert.

Ich bin euch allen sehr dankbar und möchte euch auch nicht länger aufhalten. Aber meine wichtige Message ist: Wir rennen nicht um die Wette; wir kämpfen um das Überleben. - Danke.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lieber Herr Vize-Bürgermeister Miller, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich spreche jetzt ohne Übersetzung, weil Herrn Miller mein Redetext, von dem ich nur ganz wenig abzuweichen versuche, auch vorliegt.

Lieber Herr Kollege, ich bedanke mich für Ihre beeindruckenden und uns alle bewegenden Worte. Ich bin sicher, dass ich im Namen aller hier Versammelten sprechen kann, wenn ich sage, dass wir in Gedanken oft bei Ihnen sind - und ganz sicher immer, wenn wir erfahren, dass wieder Raketen auf Dnipro fallen, was ja leider oft der Fall ist und, wie wir gerade gehört haben, auch in den letzten Tagen die Stadt wieder erschüttert hat.

Wir hier in Köln können nur erahnen, was die ständige existenzielle Bedrohung für die Menschen in Ihrer Stadt bedeutet. Der Mut der Ukrainerinnen und Ukrainer, sich dem völkerrechtswidrigen, barbarischen russischen Angriff entgegenzustellen, und ihr Wille zur Freiheit sind bewundernswert.

In Europa wird ja zum Teil befürchtet, dass das Interesse am Krieg und die Unterstützungsbereitschaft der westlichen Staaten und Gesellschaften langsam, aber bedeutsam abnehmen würden und die Ukraine, so wie Sie es eben auch erwähnt haben, in Richtung eines Friedensschlusses zu Putins Bedingungen gedrängt werde.

Für Köln kann ich sagen: Das kommt für uns überhaupt nicht infrage. Diese Befürchtung ist in Bezug auf diese Stadt unbegründet.

(Beifall)

Seit Beginn des schrecklichen Krieges haben wir circa 14 000 Ukrainerinnen und Ukrainer in Köln aufgenommen und werden es auch weiterhin tun, wann immer sie in Köln Zuflucht suchen.

Aber lassen Sie mich auch sagen: Die Projektpartnerschaft, die unsere Städte eingehen, soll kurzfristig auf akute Hilfeleistung, mittelfristig auf Wiederaufbau und langfristig auf eine Partnerschaft ausgerichtet sein, die die Städte verbindet. Denn es gibt vieles, auch wenn der Krieg einmal beendet ist und die Ukrainerinnen und Ukrainer endlich wieder in Freiheit leben können.

Köln ist eine internationale Kommune mit Freunden weltweit. Uns lässt nicht unberührt, was auf der Welt geschieht - so auch kürzlich der furchterliche Anschlag in unserer Partnerstadt Istanbul, den wir aufs Schärfste verurteilen. Ich habe auch meinem Amtskollegen Ekrem İmamoğlu mitgeteilt, dass wir Kölnerinnen und Kölner an der Seite unserer Istanbuler Freundinnen und Freunde stehen. Immer dann, wenn einer Partnerstadt Unglück geschieht, stehen wir unterstützend zur Seite.

(Beifall)

Lieber Herr Vize-Bürgermeister Miller, ich lade Sie herzlich ein, unsere Sitzung noch eine Weile auf der Tribüne zu verfolgen. Ich hoffe, dass Sie Ihre Dolmetscherin mitnehmen, damit Sie gut mitverfolgen können, was hier passiert.

Ich freue mich sehr, dass wir uns nicht nur in einer Videokonferenz, sondern auch persönlich kennengelernt haben. - Vielen Dank.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 7

(Volodymyr Miller [Vize-Bürgermeister von Dnipro] verlässt unter lebhaftem Beifall der Anwesenden den Ratssaal)

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe die aktuelle Stunde unter TOP 1.1 auf, die wir gemeinsam mit den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 3.1.5, 3.1.6 und 3.1.7 behandeln:

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Antrag auf aktuelle Stunde zum Sicherheitskonzept des Karnevalsauftakts am 11.11.2022“ AN/2195/2022**
- 3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Terminverschiebung Karneval 2023“ AN/2209/2022**
- 3.1.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Sessionshöhepunkt 2023 - Karneval dezentral und entspannt feiern!“ AN/2273/2022**
- 3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und FDP betreffend „Sicherheit und Karneval passen zusammen: Ein Plan für einen schönen Karneval 2023“ AN/2300/2022**

Zuerst hat der Antragsteller der aktuellen Stunde das Wort. Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende und Zusehende! Heute enden die Cologne Fail Days. Dort werden Studienabbrecher*innen und Studienverweigerer*innen beraten, wie sie mit dem Scheitern und der Niederlage klarkommen und was die besten Alternativen für sie sind.

Gerne würden wir die Verantwortlichen für die desaströse Organisation des 11.11. dort hinschicken. Nicht nur Anwohnende, KVB-Nutzende, Gewerbetreibende und Feiernde müssen mit ihrer Performance klarkommen, sondern sie persönlich ja auch. Obwohl sie sich mit Abstreiten, Beschönigen und Verharmlosen schon ein enormes Arsenal an Bewältigungsstrategien und mit Besucherzahlen, Wetter und inkompetentem Sicherheitspersonal eine ganze Reihe an Schuldigen zusammengesucht haben, bleibt doch auch bei ihnen am Ende das Gefühl übrig: Das war wohl nichts.

„Wenn nichts Schlimmes passiert, bin ich zufrieden“, haben Sie, Frau Reker, in einer Nebenstraße des Quartier Latäng in die Reportermikrofone gesagt. Das ist doch die absolute Mindestanforderung. Das kann doch nicht Maxime der Politik sein, weder beim Umbau der Stadt noch beim Klimaschutz und eben auch nicht beim Karneval.

Wir haben jetzt bereits einiges zum 11.11. gehört. Es gab aktuelle Stunden im Verkehrsausschuss und im AVR, und gestern fand ein Runder Tisch dazu statt. Unser sehr guter, wenn auch nur mittelmäßig bezahlter Redenschreiber hat mir eine Tirade voller Spitzen und Details des Scheiterns, morgenländisch-fabulösen Flüchen usw. in meine Rede geschrieben. Die Probleme sind hinreichend benannt und bekannt. Deswegen hier zusammengefasst nur die Best-ofs:

Es war ein Scheitern mit Ansage. Wie ist es denn möglich, das Aufkommen der Feiernden um den Faktor acht bis zehn zu unterschätzen? Wie konnten Sie es zulassen, die Gesundheit von einer sechsstelligen Zahl feiernder junger Menschen zu gefährden?

Wir werden heute sicher noch einiges über Tradition und die gute alte Zeit hören. Diese Bilder sind rückwärtsgewandt und geschönt. Karneval war schon immer eine Zeit extremer Auswüchse. Das wird jetzt eben mehr, und darauf muss die Stadt reagieren.

„Mer bruche keiner, dä uns sät, wie mer Fastelovend fiere deit“, haben Sie, Frau Reker, gesagt. Aber, liebes Ratsbündnis, liebe Kollegen und Kolleginnen: Mer bruche keiner, dä de Schnüss opmät, dä se besser halten dät.

Deshalb fordern wir Sie auf: Reden Sie nicht nur. Handeln Sie. Erstellen Sie schon jetzt tragfähige und sichere Konzepte im Gespräch mit den Anwohnenden und auch den Feiernden.



Übrigens: Wir von der Die FRAKTION haben bereits im Juni des vergangenen Jahres einen Antrag zu der Thematik „umsonst und draußen“ gestellt. Ziel war es, die Verwaltung zu bitten, Orte innerhalb des Stadtgebietes zu eruieren und zu identifizieren, an denen Möglichkeiten für Umsonst-und-draußen-Events geschaffen werden können. Wir hatten angeregt, das gesamte Stadtgebiet bei einer Prüfung zu berücksichtigen, um genau solchen Problemen, wie wir sie jetzt wieder haben, zu begegnen - übrigens auch mehr oder weniger innerhalb der Anträge der anderen Fraktionen, die wir noch behandeln werden. Bereits damals haben wir auf die sich abzeichnende Situation hingewiesen und das Bedürfnis junger Menschen nach derartigen Plätzen artikuliert.

Diese Anregungen wurden damals nicht angenommen. Unser Antrag wurde von so ziemlich allen hier im Saal abgelehnt.

Umso mehr freuen wir uns, dass unsere Idee jetzt, wenn auch sehr verspätet, wieder aufgegriffen wird. Wie wir heute in der Zeitung lesen konnten, waren genau diese Vorschläge Gegenstand der Diskussion des gestrigen Runden Tisches zum Thema. Dank dafür gerne in Form von Champagnerflaschen oder Pittermännchen an unser Büro. Ansonsten: Gern geschehen. Wir machen das ja hier nicht aus Spaß.

Noch kurz zu unserem sehr guten Antrag zum Thema in der heutigen Sitzung: Jetzt, wo Sie unseren turbopolitischen Antrag aus dem letzten Jahr langsam umsetzen, müssen wir uns ja nicht mehr darum kümmern. Sie machen das schon. Deswegen haben wir eine neue Idee entwickelt, mit deren Umsetzung wir dann in der nächsten Ratsperiode rechnen. Verschieben wir doch den Fastelovend auf die letzte Maiwoche. Da gibt es bereits eine karnevalistisch-kommunalpolitische Veranstaltung hier in Köln mit Büttreden, Umsonst-Buffer, Kölsch-Bier und Klüngel-Events: den Deutschen Städtetag. Lassen wir doch auch andere an dem Umsonst-und-drinnen-Event teilhaben, und nutzen wir die Synergieeffekte und die Möglichkeit, ein wenig kölschen Frohsinn in diese verstaubte und doch recht langweilige Veranstaltung zu bringen.

Außerdem haben wir verstanden, dass man Dinge monetarisieren muss, damit sie in dieser Endphase eines außer Rand und Band geratenen Systems der gegenseitigen Ausbeutung und Profitmaximierung ansatzweise funktionieren. Es gibt deswegen nur eine logische Konsequenz, in Zukunft mit dem Kölner Karneval umzugehen: Die KölnBusiness GmbH prüft Möglichkeiten, wie sich

der Kölner Karneval im Franchise-Modell lizensieren lässt. Exportieren wir doch all die Rudel thüringischer Barbies und Kens, saarländischer Cowboys, hanseatischer Indianer und Schweizer Obelixe. In Anbetracht der zahlreichen GmbH-Gründungen der Stadt in anderen Bereichen sollte das doch die naheliegendste Lösung sein. Denn je weniger man macht, desto weniger macht man auch verkehrt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Letzteres gilt wirklich für uns alle, meine Damen und Herren: Je weniger man macht, desto weniger macht man auch verkehrt. - Wir treffen jeden Tag hier Hunderte von guten Entscheidungen, Herr Hock. Im Übrigen würde ich Sie herzlich bitten, wenn Sie mich zitieren, mich auch richtig zu zitieren. Ich habe nämlich die erste Zeile einer Liedstrophe zitiert.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Als Nächstes hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen - wie unser Kollege Thor immer sagt - hier im Saal und an den Bildschirmen! Nach den sehr eindringlichen Worten unseres Kollegen aus der Ukraine fällt es nicht leicht, wieder zu unseren kommunalen Themen zu kommen. Umso wichtiger ist, dass wir unsere Themen ernsthaft und mit klarer Sicht gemeinschaftlich angehen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

und diese ernsthaften Themen, die viele Zehntausende von Menschen betreffen, nicht in der Form betrachten, wie wir es gerade gehört haben.

Bevor ich auf die inhaltlichen Positionen und Punkte eingehe, möchte ich ein, zwei Gedanken vorwegschicken.

Aus unserer Sicht geht erst einmal ein ganz großer Dank an die vielen, vielen Hundert Mitarbeiter*innen des Ordnungsdienstes, der Polizei, der KVB, der AWB und weiterer städtischer Einheiten für ihren umfassenden Einsatz am und nach dem letzten 11.11. Das hat sehr geholfen. Vielen Dank dafür.

(Beifall)



Dank sagen wir ebenfalls für die langjährige Mitarbeit der Gastronomen, der Anwohner*innen und der vielen weiteren Akteur*innen, um gemeinschaftlich Lösungen für diese Fragestellung „in Sicherheit in Köln Karneval feiern“ zu finden, sowie für die sachlichen Debatten am Runden Tisch Karneval oder auch - wenn ich den Kollegen Gerit Krupp ansehe - für die sachlichen Debatten im letzten Ausschuss Allgemeine Verwaltung. Die Art und Weise, wie wir uns dort Lösungen annähern, hilft mehr als so manche Schlagzeile und aufgebrachte Stimmungslage in den vergangenen Wochen.

Ich möchte gern auf drei Punkte eingehen: erstens auf Ausweichflächen - darüber wird ja gerade diskutiert -, zweitens auf die zukünftige Einbeziehung von Akteur*innen in die weiteren Planungen und drittens auf die zukünftige direkte Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ja bisher in dem Prozess mit ihren Meinungen etwas fehlen - um nicht zu sagen: komplett fehlen.

Zunächst komme ich zu den Ausweichflächen. Bei aller Kritik und bei allem Aufzeigen von negativen Punkten muss man auch einmal feststellen: Zehntausende von Menschen haben Köln besucht und hier fröhlich und friedlich gefeiert; sie sind gern nach Köln gekommen, hatten hier eine gute Zeit, und es war wunderbar. - Das muss man auch einmal feststellen. Damit sollen die negativen Aspekte, die es auch gab, nicht negiert werden. Aber die Grundlage ist erst einmal, dass wir es hier mit Zehntausenden von Menschen zu tun haben, die fröhlich und friedlich feiern.

Gleichwohl ist die Frage: Wohin? Wir müssen es entzerren. Okay, auf die Zülpicher Straße passen 10 000 bis 12 000 Personen. Aber wohin kommen die anderen 20 000, 30 000 oder 40 000 Menschen? Diese Fragestellung ist respektabel und ernsthaft zu klären.

Hier werden zwei Argumentationslinien verfolgt: einmal auf versiegelten Flächen und einmal im Bereich Uniwiesen/Grüngürtel. Für beide Positionen gibt es respektable Argumentationen und Herleitungen. Die Meinungsbildung geht auch sehr heterogen durch alle Akteursgruppen, durch die Politik und durch andere Meinungsbildner, weil es eine sehr komplexe Sachfrage ist.

Wir als Grüne sehen nach Abwägung vieler Argumente den Schwerpunkt in der ernsthaften Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung einer Ausweichfläche auf versiegelten Flächen. Wir glauben nicht an einen umfassenden Schutz der Uniwiesen und der Flächen im Grüngürtel, wenn dort Zehntausende von Menschen sich aufhalten und

bespielt werden. Wir sehen auch noch nicht alle Fragen im Sicherheitskonzept rund und noch nicht alle Fragen in der Müllvermeidung rund. In Abwägung dieser Punkte sagen wir: versiegelte Flächen.

Diese versiegelten Flächen können auf den Ringen sein, insbesondere auch zwischen Richard-Wagner-Straße bis hin zum Barbarossaplatz. Das heißt auch: verbunden mit einer Limitierung oder auch Einstellung des KVB-Verkehrs bei gleichzeitigem Aufbau eines Schienenersatzverkehrs. Wenn es rechtzeitig benannt wird, können auch Alternativen aufgebaut werden.

Dort wollen wir es eher umsetzen, weil wir auch sehen, dass auf versiegelten Flächen die Müllvermeidung und der Müllabtransport leichter möglich sind als auf Grünflächen. Wir haben alle noch die Bilder vom 11.11. im Kopf.

Die erste Botschaft oder erste Position ist also: Wir tendieren zu Ausweichflächen auf versiegelten Flächen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zweiter Punkt: Einbeziehung von Akteuren in den weiteren Prozess. Der Runde Tisch Karneval, der gestern stattgefunden hat, war wieder ein gutes Beispiel. Dort gab es einen sehr guten, konstruktiven, sachlichen Austausch, bei dem auch viele Ideen aufgezeigt wurden.

Wir wissen und sind uns sehr sicher, dass ein hohes Maß an Expertise und Erfahrung in der Verwaltung beheimatet ist. Dazu haben wir auch Vertrauen. Aber lassen Sie es uns anreichern und bei den längerfristigen Maßnahmen zur Dezentralisierung von einzelnen Veranstaltungen auch Akteure in der Planung von dezentralen Veranstaltungen mitnehmen. Für Weiberfastnacht im Februar 2023 kann es nur ein Anfang sein. Aber beziehen Sie diese Akteure mit ein, auch in kleineren Gruppen.

Ein weiterer Punkt dabei ist folgender: Wir waren gestern 60 oder 70 Personen. Aber die Zielgruppe, wie es so schön heißt, der Jungen und Jugendlichen war gar nicht vertreten. Deren Meinung wurde überhaupt nicht oder nicht in angemessener Form gehört, wodurch sich eine gewisse Skurrilität entfaltete. Auch hier muss ein angemessenes Format gefunden werden, das passend ist, damit die Meinungen und Sichtweisen von Jungen und Jugendlichen in diesen Phasen berücksichtigt werden können. Das sollte man bitte auch tun.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 10

In den letzten zehn Sekunden will ich noch einige Worte zum SPD/FDP-Antrag sagen. Diesen Antrag können wir leider nicht mittragen.

Der erste Punkt ist, dass ihr euch auf den Grüngürtel festgelegt habt. Das ist nicht unsere Position. Wir wollen die Prüfung von Ausweichflächen breiter angelegt haben.

Zweiter Punkt: Wenn einzelne Kurzideen, die beim Runden Tisch Karneval, also in einer nicht-öffentlichen Sitzung, mal in ein, zwei Sätzen gesagt wurden, direkt in einen Antrag gefasst werden, ist das nicht angemessen - auch nicht für unseren gemeinsamen weiteren Prozess, dieses zu regeln.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Drittens. Der Punkt einer Kreativgruppenbildung, um die längerfristige Lösung weiterzuentwickeln, ist in unserem Bündnis-Antrag auch enthalten, nur nicht so ausführlich.

Das heißt abschließend: Unser gemeinsamer Bündnis-Antrag enthält die Prüfung von Ausweichflächen, die Einbeziehung der Akteure, die Ausweitung des Glasverbotes, die Sicherstellung des KVB-Verkehrs und die digitalen Informationen über weitere Veranstaltungen. Damit haben wir zum jetzigen Zeitpunkt also gute Aspekte für die weitere Arbeit. Deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der bewegenden Rede des Vize-Bürgermeisters von Dnipro, die auch noch einmal gezeigt hat, dass Menschen in Europa für die Demokratie ihr Leben lassen, fällt es schwer, heute zur Tagesordnung überzugehen. Wir werden unseren demokratischen Auftrag dennoch heute fortsetzen und diese Ratssitzung auch beenden - aber immer im Geiste der Menschen, die in der Ukraine sterben.

Deshalb möchte ich auch noch einmal an alle Fraktionen appellieren. Satire ist etwas, was zu

unserem politischen Geschäft dazugehört. Aber man sollte sehr genau überlegen, ob sie an dieser Stelle angebracht ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

In Bezug auf den Antrag, den wir eingebracht haben, und die vielfältigen Diskussionen, die wir im AVR, im Verkehrsausschuss und auch an anderer Stelle, unter anderem gestern am Runden Tisch Karneval, hatten, hat sich klar gezeigt - und da möchte ich den Dank, den Manfred Richter eben ausgesprochen hat, noch einmal wiederholen -: Wir hatten dieses Jahr eine deutlich bessere Situation als im letzten Jahr. Die schrecklichen Bilder waren hier nicht mehr zu sehen. Die Verwaltung hat ihren Job gemacht.

Dafür geht ein herzlicher Dank an unsere Ordnungsbehörden und alle anderen, die hier in der Stadt Köln mitgearbeitet haben, insbesondere auch die Landespolizei, die Bundespolizei und die diversen Rettungsdienste, die dafür gesorgt haben, dass die Menschen grundsätzlich sicher feiern konnten.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dennoch gibt es wieder einiges zu tun. Erst einmal müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl der Menschen, die im öffentlichen Raum feiern wollen, deutlich zugenommen hat und wahrscheinlich auch weiter zunehmen wird. Darauf müssen wir reagieren. Und reagieren wollen wir in dreifacher Form.

Erstens. Das Thema Gefahrenabwehr, das die diesjährige Strategie bestimmt hat, die auch erfolgreich war, muss weiter ausgebaut werden und auf die größere Menge an Menschen angepasst werden. Dafür brauchen wir Ausweichflächen, um eine bessere Kanalisierung der immensen Besucherströme hinzubekommen, damit auch weiterhin sicher gefeiert werden kann.

Hier bitten wir die Verwaltung, zu prüfen, welche Flächen es im Innenstadtbereich gibt. Es macht keinen Sinn, im Außenbereich zu prüfen; denn die Menschen wollen im Innenstadtbereich feiern. Das gilt es zu prüfen. Wir wollen diese Prüfung als Politik nicht vorwegnehmen. Dies ist Aufgabe unserer Sicherheitsbehörden im Ordnungsamt in Verbindung mit der Polizei. Das muss geklärt werden. Es hat für uns oberste Priorität.

Der zweite Punkt ist - und das war das, was uns am meisten beschäftigt hat - diese immense



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 11

Menge an Müll. Man muss sich vorstellen, dass hier an einem Tag 100 Tonnen Müll produziert worden sind. Obwohl wir - das hat gestern ein Vertreter der AWB noch einmal bestätigt - Müllgefäße aufgestellt haben, sind diese Müllgefäße nicht befüllt worden. Vielmehr lag der Müll neben diesen Gefäßen.

Das bedeutet: Wir müssen nicht nur in Müllbehälter investieren - vielleicht auch in mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt, wenn das an so einem Tag bei diesen Menschenmengen überhaupt möglich ist -, sondern vielleicht auch noch eine Aufklärungskampagne starten, damit hier ein anderes Bewusstsein herrscht. Denn wir können nicht das ganze Jahr über Nachhaltigkeit reden, aber an diesen tollen Tagen Nachhaltigkeit vergessen. Das gehört auch mit dazu.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das dritte wichtige Thema ist der Respekt vor den Menschen, die an diesem Tag arbeiten müssen oder andere Verpflichtungen haben. Dazu gehört auch, dass wir die Hauptverbindungsachsen an diesem Tag aufrechterhalten. Die KVB muss hier noch stärker mit einbezogen werden, um insbesondere auch die Ost-West-Achse aufrechtzuerhalten, damit Schülerinnen und Schüler nach Hause kommen, Eltern ihre Kinder abholen können und Menschen zur Arbeit und zurück gelangen können.

Das sind drei wesentliche Punkte, die wir um weitere Punkte bezüglich der Prüfung von Informations- und Respektkampagnen ergänzt haben. Das ist etwas, was wir nicht nur bis Weiberfastnacht 2023 brauchen, sondern weit ins nächste Jahr und auch in die kommenden Jahre hineinragen müssen.

Wir haben gestern am Runden Tisch viele Themen besprochen. Zwei Parteien haben die Ergebnisse partiell zusammengefasst. Ich glaube, dass sie an einigen Stellen auch noch nicht ganz verstanden haben, wie das konkret aussehen soll.

Deshalb kommt dieser Antrag für uns momentan zu früh. Wir wollen die Punkte gerne noch einmal diskutieren, sie aufgreifen und dann vielleicht die Gelegenheit nutzen, das in einem gemeinsamen Antrag im neuen Jahr zu beschließen. Denn gerade bei den mittelfristigen Themen, die nicht den Straßenkarneval betreffen, sondern die künftige Zeit, ist es wichtig, dass wir sie diskutieren. Aber wir müssen es gemeinsam tun, und wir müssen es gründlich tun - und nicht in einem Schnellschuss, der von heute auf morgen im Prinzip dann

wesentliche Dinge weglässt bzw. andere Dinge vereinheitlicht.

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und im Stream! Im letzten Kulturausschuss wurden die letzten Mittel zur Unterstützung der 200-jährigen Geschichte des Kölner Karnevals freigegeben. In der Begründung heißt es - ich zitiere -:

Vor der Kulisse völlig neuer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungen geriet der Kölner Karneval zu Anfang des 19. Jahrhunderts in eine Krise, da die leitenden und weisenden Ideen, ..., in der ... Gesellschaft nicht mehr überzeugten.

Vielleicht leben wir heute wieder in so einer Zeit. Während wir über den VN 500 000 Euro für das Karnevalsjubiläum zur Verfügung stellen und man das Geld für Bücher und Sonderausstellungen ausgibt, weisen sich die Granden des Kölner Karnevals, der Verwaltung und teilweise auch der Politik gegenseitig die Schuld dafür zu, dass der 11.11. auf der Zülpicher Straße auf ein Neues zum Desaster wurde.

Die Schuldigen sind dabei schnell gefunden: die Jugend - die Jugend, die gar nicht mehr weiß, wie das mit der Tradition und Karneval eigentlich so ist. Die Jugendlichen feiern einfach nicht mehr unseren Karneval, besaufen sich nur sinnlos und hinterlassen tonnenweise Müll.

Aber was ist eigentlich unser Karneval? Ellenlange Sitzungen mit mäßig lustigen Büttensprechern? Sitzungen, in denen man stolz seine Uniformen und Orden zeigt? Oder doch die Sitzungen, bei denen man nur über eine exklusive Gästeliste reinkommt?

Und wie viel kosten eigentlich die Karten für so eine Sitzung? Das kann ich Ihnen genau sagen. Mädchensitzung: 46 Euro; Große Nostalgiesitzung 2023: 49 Euro; Lachende Kölnarena: 50,50



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 12

Euro; Galasitzung: 57 Euro; Festsitzung Kölner Funken Artillerie blau weiß: 62,50 Euro. Da haben Sie aber noch nichts gegessen oder getrunken.

Vielleicht hätte man also einen Teil des Geldes dafür ausgeben sollen, einmal mit der Jugend zu sprechen, um zu erfahren, was eigentlich deren Vorstellung von Karneval ist, oder Angebote zu machen, die auch jungen Erwachsenen entgegenkommen. Leider dominiert in den Medien aber eher das Meinungsbild von Männern, die anscheinend vergessen haben, dass sie auch einmal jung waren. Gleichzeitig gießen Menschen ständig neues Öl ins Feuer mit immer schlimmeren Horrornachrichten, was alles hätte passieren können. Beides hilft übrigens nicht bei der Aufarbeitung, ist aber natürlich ein gefundenes Fressen für knackige Schlagzeilen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Auch diese etwas eingestaubt wirkenden Veranstaltungen haben selbstverständlich ihre Daseinsberechtigung, und die Zustände auf den Straßen müssen auch kritisiert werden. Man kann aber nicht erwarten, dass junge Menschen die Veranstaltungen genauso toll finden wie die Menschen, die jetzt die Tradition hochhalten.

Mein allererster Appell ist also: Gehen Sie raus und reden mit den jungen Menschen. Finden Sie heraus, was sie interessiert, und machen dementsprechend Angebote.

Mein zweiter Appell: Straßenkarneval ist mittlerweile genauso etabliert in Köln wie das dauerhafte Meckern über die Verwaltung.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Man wird die Menschen also erst mal nicht mehr los. Sie werden eher immer mehr werden. Da sich das Ordnungsamt alleine nicht um alles kümmern kann, braucht es eben auch Sicherheitsdienste.

Der Sicherheitsdienst muss aber gut gewählt sein. Für eine Veranstaltung dieser Größe braucht es Profis - absolute Vollprofis: unbestechlich, gut bezahlt und gut ausgebildet; Profis eben. Alles andere kann auf Dauer nicht gutgehen.

Kleiner Funfact am Rande: Auch ich war 2012 mal Security im ersten Wellenbrecher bei Rock am Ring - ja, schlecht bezahlt und schlecht ausgebildet; aber die Konzerte waren wirklich sehr gut.

(Heiterkeit - Vereinzelt Beifall)

Dass es eher immer mehr als weniger Menschen werden, bringt mich zum nächsten Punkt. Es ist völlig klar, dass die Zülpicher Straße und das Quartier Latäng entlastet werden müssen. Darüber sind wir uns ja eigentlich alle einig.

Es gibt seit Jahren auch wirklich gute Ideen für die Umsetzung, zum Beispiel von Jan Krauthäuser. Er hat völlig recht, wenn er sagt:

Noch mehr Sicherheitskräfte und Absperrungen bringen nichts. Es ist wichtig, nicht nur negative Auswüchse zu bekämpfen, sondern die positiven Kräfte des Karnevals zu stärken.

Mit der Jeckenville-Idee liegt jetzt noch ein weiteres Konzept auf dem Tisch, für das ich durchaus Sympathien habe.

Apropos Zülpicher Straße: Ich erinnere mich noch gut an meine ersten Karnevalsfeiern in Köln Anfang der 2010er-Jahre. Auch damals hatte die Jugend schon keine Lust mehr auf Prunksitzungen. Und auch damals gab es schon ein Glasverbot. Im Gegensatz zu heute wurde es aber konsequent durchgesetzt. Das muss auch in Zukunft wieder so werden.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Wer im Gegensatz dazu aber ein Alkoholverbot fordert, übersieht leider, dass man Alkohol einfach immer und überall kaufen kann. Und kann man ihn nicht kaufen, nimmt man ihn eben mit. Solange Alkohol so verherrlicht wird wie in Deutschland, wird man dieses Problem auch nicht über Verbote lösen können.

Zum Schluss noch mal kurz zu dem Müllproblem: Natürlich kann man jetzt insbesondere der Jugend vorwerfen, wie unordentlich sie doch ist. Auf der anderen Seite: Wo soll der Müll denn hin, zum Beispiel auf der Zülpicher Straße? Wenn man so eingesperrt wird und es kaum Möglichkeiten gibt, seinen Unrat wegzuerwerfen, landet er eben auf dem Boden. Das kann man nicht gutheißen. Eine Wahl hat man dennoch nicht wirklich.

Es braucht also auch hier kreative Lösungen. Ähnlich wie auf Festivals könnte man ein Pfandsystem einführen und Müllsäcke verteilen. Sollte aus rechtlichen Gründen kein Geld ausgezahlt werden können, macht man eben andere Angebote. Natürlich kann man damit nicht den gesamten Müll entfernen. Eine Unterstützung für die AWB kann es aber allemal sein.

Danke, liebe AWB, für eure überragende Arbeit.



(Beifall)

Ich habe hier eigentlich noch eine Zusammenfassung meiner Rede stehen. Weil ich aber schon weit über die Redezeit bin, erspare ich Ihnen das. Wichtig sind einfach nur diese fünf Punkte. Ich war nämlich gestern auch beim Runden Tisch Karneval, und ich war mit meinen nicht mehr ganz so jungen 35 Jahren fast der Jüngste. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist ja auch schon viel vom gestrigen Runden Tisch berichtet worden. Voranstellen will ich aber selbstverständlich auch erst einmal meinen Dank an alle Einsatzkräfte, alle Dienstpersonen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tatsächlich an solchen Tagen wie dem 11.11. und dann hoffentlich auch in den nächsten Karnevalssessionen den Laden hier im wahrsten Sinne des Wortes am Laufen halten. Insofern adressiere ich stellvertretend an Sie, Frau Blome, ganz herzlichen Dank an das Ordnungsamt, den Ordnungsdienst, die KVB und alle, die an diesen Tagen arbeiten.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch etwas voranstellen. Ich gestehe zu, dass das neue Sicherheitskonzept, wie ich auch selbst beobachten konnte - ich habe mich am 11.11. nämlich längere Zeit im Quartier Latäng aufgehalten -, durchaus funktioniert hat. Der innere Bereich des Quartiers Latäng war durchaus gut geschützt; das muss man zugestehen. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner in diesem Viertel hatten, glaube ich, eine deutlich bessere Situation als an den vergangenen 11.11. und Weiberfastnachtstagen.

Aber außerhalb dieses Kokons herrschten Chaos, Zerstörung und Anarchie in einer Weise, wie die Anwohnerinnen und Anwohner es Gott sei Dank noch nie erlebt haben. Und das muss sich ändern, und zwar kurzfristig.

(Beifall bei der SPD)

Denn was passiert denn da? Das ist doch genau das, was - wie wir gestern auch am Runden Tisch

gehört haben; ich hoffe, dass alle da gut zugehört haben - auch diejenigen belastet, die hier an anderer Stelle ihren guten Job machen, nämlich auf dem Heumarkt oder auf dem Alter Markt. Dort finden ja auch große Veranstaltungen statt. Sie sind gut organisiert. Das sind quasi die Wahrzeichen des Kölner Karnevals. Sie gehen aber in der medialen Berichterstattung völlig unter, wenn an anderer Stelle solche Zustände herrschen, wie wir sie rund um das Quartier Latäng am 11.11. hatten. Letzteres dominiert am Ende nach draußen in die Welt hinein das Bild von Köln im Karneval.

Es kann doch nicht unser Anliegen sein, dass dieses Bild so bleibt. Wir wollen, dass wieder die Bilder aus der Innenstadt bzw. aus der Altstadt dominieren. Dafür muss jetzt Vorsorge getroffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das Bündnis und auch die Verwaltung haben aus unserer Sicht viel zu lange die Augen vor der Realität verschlossen. Wir haben das Thema ja auch vor dem 11.11. durchaus diskutiert. Wir haben am Runden Tisch Karneval sehr eindrückliche Mahnungen und Warnungen vernommen und auch Bitten gehört, dass man doch auch im Vorfeld mehr Maßnahmen vorsehen und mehr Entlastung schaffen soll.

Darauf haben wir zusammen mit der FDP und den LINKEN reagiert. Schon am 19. September 2022 haben wir im Hauptausschuss den Antrag gestellt, doch Entlastungsflächen zu schaffen. Darin haben wir auch verschiedene Optionen offengelassen. Damals haben wir durchaus Sympathie für die Ringe erkennen lassen.

Dieser Antrag ist schlicht abgelehnt worden, und zwar auch aufgrund des Hinweises der Verwaltung: Wir haben alles im Griff; hier wird alles sauber funktionieren. - Das hat es, liebe Verwaltung, am Ende des Tages dann doch nicht.

Jetzt wollen wir aber nach vorne blicken. Gestern hat der Runde Tisch getagt; wir haben es gehört. Ich zumindest habe dort sehr genau zugehört. Es sollte auch immer unser Anliegen sein, dass wir diejenigen zu Wort kommen lassen, die am Ende des Tages die Dinge vor Ort oder aus einer gewissen Fachlichkeit heraus viel besser beurteilen können und uns da auch sehr eng begleiten.

Eines habe ich auf jeden Fall gelernt. Daher bin ich doch erstaunt, dass Sie, Herr Kollege Petelkau, und auch alle anderen jetzt plötzlich so viel Zeit haben. Ich habe gestern nämlich gelernt: Die Verwaltung braucht vor Weihnachten einen klaren



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 14

Fahrplan und muss wissen, wo es hingeht. Wir haben nicht die Zeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Deswegen bin ich schon erstaunt. Die Terminlage war jetzt nun einmal so. Ich habe die Termine ja nicht festgelegt. Sicherlich hätten wir uns alle die Zeit zwischen dem Runden Tisch Karneval und der heutigen Ratssitzung ein bisschen entspannter vorgestellt. Aber wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben das, was gestern in dieser Runde besprochen wurde, in einen Ratsantrag gebracht.

Wir haben sogar gelernt. Herr Volker Görzel und ich haben dort gesessen und noch sehr vehement für die Ringe gekämpft und gesagt, dass das aus unserer Sicht die beste Option ist. Wir haben uns aber überzeugen lassen, und zwar einerseits von der Verwaltung, andererseits aber auch von vielen professionellen Akteuren, die dort waren und uns gesagt haben: Die Menschen, um die es hier geht, werdet ihr nicht an die Ringe bekommen. - Das haben wir ernst genommen.

Deswegen haben wir - und das haben Sie jetzt alle nachvollziehen können - innerhalb von wenigen Stunden einen Kursschwenk vollzogen und gesagt: Wenn es möglich ist - und das waren gestern die Botschaften auch des Ordnungsamtes -, auf der Uniwiese und im Grüngürtel für sichere und abgesicherte Verhältnisse zu sorgen, und wenn wir es schaffen, einen Bodenbelag, wie wir ihn im Stadion bei großen Konzerten auch auf dem hochheiligen Rasen des FCs haben, sodass dem Rasen kein Schaden zugefügt wird, auf dieser Wiese herzustellen, dann ist das doch eine Option.

Meine Damen und Herren, dann ist doch am Ende der Grüngürtel optimal geschützt. Und von der Lage her ist er der richtige Ort, um diejenigen, die nicht mehr auf die Zülpicher Straße kommen, da abzuleiten und auf diese Fläche zu leiten.

Das ist doch Learning von denen, die etwas davon verstehen. Und das haben wir gemacht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Deswegen können wir nur sagen: Beschäftigen Sie sich jetzt noch einmal sehr konkret mit unserem Antrag, der auch, was die Mittelfristplanung betrifft, einen sehr, sehr guten, von allen - - Es hat gestern keinen einzigen Menschen in dieser Runde gegeben, der irgendwie Kritik an dem Vorschlag des Festkomitees geübt hat, einen moder-

nen, sozusagen klubreifen Umzug durch die Innenstadt - also nicht wie der traditionelle Karneval, sondern in der Art und Weise, wie heute junge Menschen Karneval feiern wollen; das zählt genau auf das ein, was eben gesagt wurde - zu organisieren.

Das ist doch ein tolles Angebot. Lasst es uns annehmen und für den 11.11. nächsten Jahres planen, damit wir es einfach mal versuchen. Wir müssen doch mal mutig sein und miteinander neue Wege gehen und neue Konzepte ausprobieren. Auch diesen Punkt nehmen wir hier auf. Ich fände es schade, wenn wir dieses tolle Angebot, das gestern gemacht wurde, hier heute einfach schnöde zurückweisen würden. Deswegen mache ich auch Werbung dafür.

Für langfristige Maßnahmen haben wir gestern ebenfalls ganz viele gute Ideen gehört. Jan Krauthäuser ist hier bereits genannt worden. Von ihm kommt der Begriff der Kreativ-AG. Das hat er der Verwaltung vor fünf Jahren wohl auch schon mal angetragen. Da waren Sie noch nicht im Amt, Frau Blome. Aber irgendjemand hat es wohl erst mal aufgenommen und hat aber am Ende des Tages - - Ich glaube, es war sogar im Amt der Oberbürgermeisterin. Das ist auch völlig egal. Aber diese Ideen gibt es. Wir wollen ja langfristig auch darüber nachdenken, wie wir eigentlich in dieser Stadt Karneval feiern und wie wir vielleicht auch dezentral die Dinge besser organisieren können. Das ist ein tolles Angebot und eine tolle Möglichkeit, langfristig für diese Stadt etwas zu gestalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mutig sein. Hier liegt ein Antrag vor, der alles das aufnimmt, was gestern an diesem Runden Tisch besprochen wurde, und das enthält, was die Verwaltung uns eigentlich mit Blick auf Weiberfastnacht empfiehlt. Damit sind Sie up to date; damit sind Sie am Puls der Zeit. Stimmen Sie diesem Antrag zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FDP das Wort gewünscht? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ebenfalls an dieser Stelle zunächst bedanken, und zwar für einen, wie ich finde, ziemlich guten Prozess, den sowohl die Politik als auch die Verwaltung in den letzten vier



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 15

Wochen aufgesetzt haben, um die Ereignisse des 11.11. zu bewerten.

Der Höhepunkt waren unzählige aktuelle Stunden in Ausschüssen - im AVR, im Umweltausschuss und sonst wo. Hier findet heute eine tolle aktuelle Stunde zu dem Thema statt. Gestern hatten wir auch einen Runden Tisch, der jetzt ja schon mehrfach angesprochen worden ist.

Ich persönlich habe diesen Runden Tisch auch als sehr positiv empfunden. Er war sehr konstruktiv und fast frei von Schadenfreude oder Häme.

Dieser Runde Tisch hat dazu geführt, dass ein gewisses Umdenken eingetreten ist. Die Ausgangslage ist ja ausreichend beschrieben worden. Unumstößliche Annahme Nummer eins ist: Es kommen immer mehr zum Zülpicher Platz; der Zülpicher Platz is the place to be; die Leute wollen genau dahin, in die Zülpicher Straße. Unumstößliche Annahme Nummer zwei ist: Es werden auch immer mehr, und Absperrungen sind keine Lösung. Die logische Schlussfolgerung ist also: Wenn immer mehr kommen und man sie nicht draußen halten kann, muss man mehr Platz schaffen.

An dieser Stelle möchte ich mich jetzt auch für die Geburtstagsglückwünsche bedanken, Frau Oberbürgermeisterin. Denn wenn man älter wird, wird man ja auch ein wenig weiser.

(Zurufe: Oh! - Hört! Hört!)

Zur Weisheit gehört, dass man selbstkritisch ist und Positionen, die man gestern noch glühend vertreten hat, nach eingehender Beschäftigung heute vielleicht etwas anders sieht. Genau das ist in den letzten 24 Stunden eingetreten - dank des Runden Tisches und dank vieler Wortbeiträge von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch von den zahlreichen Stakeholdern und Gruppen, die gestern am Runden Tisch saßen.

Wir waren ursprünglich der Meinung, dass die Ringe der beste Ort sind, um Ausweichflächen zu schaffen. Unsere Argumentation war: Gut, die Ringe sind ja als gamescom-Platz bekannt, und dort fand auch das Ringfest statt, an das die Älteren sich noch erinnern.

Wir haben gestern aber gelernt, dass an Weiberfastnacht dort schon die Tribünen für den Rosenmontagszug stehen. Wir haben gelernt, dass die Polizei, die Feuerwehr und die KVB immense Bedenken haben. Wir haben auch gelernt, dass es wahrscheinlich gar nicht mehr möglich ist, in den verbleibenden netto sechs Wochen bis Weiberfastnacht ein Veranstaltungskonzept und einen

Veranstalter zu finden, der dieses immense wirtschaftliche Risiko eingeht, dort Bühnen hinstellt etc. pp.

Kurzum: Wir sind wirklich in uns gegangen. Der Kollege Joisten hat es schon geschildert. Es hat gestern Abend auch intern zwischen den Fraktionen Abstimmungen gegeben. Ich hatte auch das Gefühl, dass man gemeinsam schon merkt, wohin die Reise geht.

Wohin diese Reise geht, war dann auch der Anlass, warum wir uns mit der SPD zusammengetan und diesen Antrag formuliert haben. An dieser Stelle, Mike Homann, vielen Dank für das Word-ing des Antrags.

Ich finde, dass der Antrag ausdrücklich in die richtige Richtung weist. Es wird keine Alternativen geben. Darin unterscheidet sich unser Antrag fundamental von dem Antrag des Ratsbündnisses. Die Antragsziffern 1 und 2 des Ratsbündnisses sind eigentlich schon obsolet. Jeder von uns im Raum weiß doch: Das Zülpicher Viertel is the place to be. - Hier noch von rechtsrheinisch zu sprechen, ist Schnee von gestern oder vorgestern.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Hier so zu tun, ist, Sand in die Augen zu streuen.

Ähnliches gilt für das Müllproblem. Lieber Kollege Petelkau, ich persönlich bin ja an den Ringen ansässig. Ich habe auch das Müllproblem gesehen. Ich habe aber auch viele freudige Gesichter gesehen. Das Müllproblem ist nicht das Hauptproblem. Es ist das Mengenproblem. Deswegen zielt Ihr Antrag in die falsche Richtung.

Ich bedaure zutiefst, dass es uns nicht gelungen ist, den klaren, von Verstand und von Sachfakten getragenen Geist des gestrigen Abends zusammenzuführen. Aber ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass wir den Prozess ja noch voranbringen wollen.

Last, but not least, ist uns eines ganz wichtig. Lieber Herr Kollege Jeschka, da unterscheiden wir uns, glaube ich, ein bisschen. Ich fand es nicht wirklich klasse, dass Sie eben versucht haben, hier im Grunde „old Karneval“ gegen „new Karneval“ auszuspielen. Es ist bei mir jedenfalls so angekommen, auch wenn das vielleicht nicht Ihre Absicht war. Aber da Sie die Zahlen genau kannten, haben Sie ja super recherchiert. Meines Erachtens liegt in dem Vorschlag des Festkomitees, hier neue Wege zu beschreiten, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, im Wege eines Zochs oder einer Karnevals Jeck Parade oder wie



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 16

auch immer, gerade eine ganz, ganz, ganz tolle Chance, genau das zu verhindern, was Sie haben anklingen lassen, nämlich zu sagen: Es gibt nur einen Karneval; aber der Karneval hat verschiedene Medaillen und viele Facetten.

Diese Chance, die das Festkomitee uns hier angeboten hat, sollten wir beherzt ergreifen und gemeinsam daran arbeiten. Denn Karneval sind wir alle. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Feiernden in der Zülpicher Straße sind überwiegend junge Menschen. Wir glauben, dass die Stadt ihnen gegenüber zwei Aufgaben hat. Sie muss ihnen ermöglichen, auf eine Art und Weise zu feiern, wie es junge Menschen in Köln eben tun wollen. Sie muss sie aber gleichzeitig auch schützen - vor einer Massenpanik, aber auch vor sich selbst.

Diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen strömen dort zusammen, wo mehr von ihnen sind. Es ist zu erwarten, dass noch mehr Menschen nach Köln zum Feiern kommen werden.

Eigentlich ist das doch eine gute Nachricht, meine Damen und Herren. Denn wo kann man Karneval so schön mit anderen jungen Menschen feiern wie in Köln? Das wissen viele, glaube ich. Deswegen kommen auch sehr viele.

Eigentlich - wären da nicht die Nutzungskonflikte, die es immer gibt, wenn der öffentliche Raum genutzt wird. Diese Konflikte aufzulösen und einen Rahmen zu geben, dass alle Nutzer*innen damit leben können, stellt die Verwaltung, aber auch uns, die Politik, vor große Herausforderungen.

Das ist keine einfache Aufgabe mit einfachen Lösungen. Deswegen gab es ja auch etliche aktuelle Stunden, die wichtig und richtig waren. Deswegen fand auch gestern noch mal der Runde Tisch Karneval statt, der im Übrigen wirklich sehr gut war. Die Atmosphäre war gut, und der Umgang war wirklich respektvoll. Das war also sehr gut. Danke, dass das stattgefunden hat, Frau Blome.

Uns sollte auf jeden Fall bewusst werden, dass wir hier vor großen Herausforderungen stehen. Auch nach der aktuellen Stunde werden wir keine

perfekte und alle zufriedenstellende Entscheidung getroffen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen. Das hat Herr Görzel zwar schon gesagt. Aber ich halte es für wichtig, dass wir heute in der aktuellen Stunde feststellen: Es gibt einen breiten Konsens, dass eine Ausweichfläche zur Entzerrung und Dezentralisierung erforderlich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit sind wir in der Diskussion ein ganzes Stückchen weiter. Das ist wichtig - da hat sich auch die Verwaltung bewegt; noch einmal vielen Dank dafür -, damit wir uns jetzt gemeinsam auf den Weg machen können. Ein Weiter-wie-bisher wollen wir alle nicht mehr.

Es besteht auch Konsens, dass eine Ausweichfläche in unmittelbarer Nähe des eigentlichen Hotspots, nämlich der Zülpicher Straße, liegen sollte.

Es besteht auch Konsens, dass ein großflächiges Glasverbot zielführend ist, um Gefahrenquellen auszuschließen.

Es besteht auch Konsens, dass eine Einstellung des Betriebs der KVB ohne vorherige Ankündigung nicht wieder passieren darf.

An dieser Stelle, Frau Haaks, noch einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie am 11.11. so umsichtig reagiert haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zudem, meine Damen und Herren, muss das Problem mit den immensen Müllbergen gelöst werden. Da sind wir uns auch einig.

Damit haben wir also, was wunderschön ist, einen guten Rahmen, jedoch ausgesprochen wenig Zeit für die Umsetzung. Das ist momentan die besondere Herausforderung, vor der wir stehen. Alles andere ist gesagt worden. Aber es geht darum, dass wir unglaublich wenig Zeit haben, das entsprechend umzusetzen.

Ob einzelne dezentrale Flächen funktionieren, ist tatsächlich fraglich. Wir brauchen eine große Fläche für viele Menschen, und zwar eine Fläche, auf der genug Platz ist. Engstellen, die Panik auslösen, müssen wir vermeiden.

Junge Menschen haben nicht viel Geld. Deshalb muss es möglich sein, auch mit wenig Geld dort



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 17

zu feiern. Ein tolles Programm, das die Party verteuert oder sogar Eintritt kostet, wird aus unserer Sicht nicht funktionieren.

Mit Blick auf den Februar kommt sicher nicht jede Fläche in Betracht. Deswegen müssen wir uns ehrlich machen. Es geht um die Uniwiesen, den Inneren Grüngürtel oder um die Ringe. Hier kann es nicht die optimale Lösung geben. Es ist ein Abwägungsprozess zwischen Für und Wider.

Eine Vorgabe zu machen, welche Fläche und welche Art der Bespielung wir als Politik gerne möchten, halten wir hier nicht für angezeigt. Wir wollen nicht Verwaltung spielen. Hier ist alleine die Verwaltung gefragt; denn sie hat die Expertise, um eine Abwägung vorzunehmen. Ich habe das im AVR schon gesagt. Wichtig ist, dass die Verwaltung kreativ ist und ergebnisoffen prüft.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn letzten Endes, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es - das ist ganz wichtig - um die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen. Das ist unser Ziel. Das sollte unsere Marschroute sein.

Hier sollte es aber auch keine Denkverbote geben. Manfred Richter, du hast hier gerade noch einmal von versiegelten Flächen gesprochen. Euer Antrag ist sehr viel offener formuliert. Aber wichtig ist auch wegen der Kurzfristigkeit jetzt, dass wir uns keine Denkverbote geben.

Gestern wurden beim Runden Tisch Karneval viele gute Vorschläge gemacht, die zu einer Entzerrung und Dezentralisierung beitragen können. Die Verwaltung sollte die guten und wichtigen Vorschläge der Akteure vor Ort aufnehmen. Für den Februar könnten sie möglicherweise sehr kurzfristig sein. Aber der nächste 11.11. kommt mit Sicherheit.

Wir werden, weil wir glauben, dass die Verwaltung schon sehr tief in der Prüfung ist, dem Antrag des Bündnisses zustimmen. Ich gebe Herrn Görzel schon recht. Vieles davon ist ja eigentlich bereits in der Mache. Dazu hat die Verwaltung gestern beim Runden Tisch vorgetragen. Sie prüft ja schon intensiv. Aber ich halte es für wichtig, dass wir heute im Rat ein Signal in die Stadtgesellschaft geben, dass die Politik hier nicht wegschaut, sondern dass wir genau wissen, was die Sorge der Akteure ist. Deshalb müssen wir hier einen Beschluss fassen. Wir glauben, dass die offene Formulierung des Bündnis-Antrages an dieser Stelle zielführender ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Über die weiteren Punkte gibt es ja entsprechenden Konsens.

Ich möchte noch kurz auf den SPD/FDP-Antrag eingehen. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Es sind viele Vorschläge, die gestern beim Runden Tisch gemacht wurden, einfach in diesen Antrag gegossen worden. Das ist auch alles so weit in Ordnung. Ich glaube aber, dass er zu früh kommt, weil wir darüber noch diskutieren müssen. Der Ansatz von kurzfristigen bis langfristigen Maßnahmen ist überhaupt nicht verkehrt.

Einen Punkt, den ich sehr wichtig finde, möchte ich herausgreifen. Darüber sollten wir diskutieren. Um dem sich verändernden Feierverhalten langfristig Rechnung zu tragen, müssen Maßnahmen getroffen werden. In der Tat ändert sich das Feierverhalten. Ob sich dadurch der Karneval ändert? Im Grunde geht das Hand in Hand. Ich glaube, dass wir einfach schauen müssen: Was ändert sich in Köln? Wie müssen wir als Politik darauf reagieren?

Wie gesagt, denken wir, dass der Antrag der SPD und der FDP zu früh kommt. Wir werden uns daher enthalten, halten aber vieles davon für wichtig. Zu den einzelnen Punkten müssen wir noch einmal in uns gehen und diskutieren.

Wichtig wäre aber, dass wir heute erst einmal einen Beschluss fassen, der deutlich macht, dass wir das Problem als Politik gesehen haben und wissen: Wir müssen eine Ausweichfläche schaffen, und wir müssen für die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen eintreten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream und auf der Tribüne! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorab möchten auch wir uns bedanken. Das tue ich stellvertretend für meine Fraktion. Den Mitarbeitern der Stadt, der KVB, der Polizei, des Ordnungsamtes und allen, die rund um den 11.11. das Chaos ein bisschen eindämmen konnten, gilt heute unser Dank.

Der 11.11. war bereits in vielen Ausschüssen Thema. Die Debatten hätten dort meistens nach den ersten Wortbeiträgen schon beendet werden können.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 18

(Zuruf von Martin Erkelenz [CDU])

So groß war nämlich die Einigkeit aus Politik und Verwaltung, dass der 11.11. in dieser Form nicht mehr stattfinden kann.

Dabei wurde schon mit Gastronomen und den Menschen vor Ort gesprochen und festgestellt, dass die Lösungen verschiedene Ansätze und Fragestellungen beinhalten müssen: Wie kann man den vielen Menschen, die Karneval auf der Straße feiern wollen, begegnen und ein Konzept schaffen, das sie auch annehmen wollen? Wie kann man trotzdem die Zülpicher Straße und das Quartier Latäng so entzerren, dass dort kein Chaos mehr entsteht? Wie können wir verhindern, dass es zu Bahnausfällen kommt, und sicherstellen, dass die Bevölkerung und gerade diejenigen, die körperlich eingeschränkt und auf die KVB angewiesen sind, weiter mobil bleiben?

Das muss man alles besprechen. Dazu müssen alle Vorschläge auf den Tisch.

Eine Idee des gestrigen Runden Tisches war eine simple. Es ist übrigens in der Tat so, wie Herr Richter schon sagte: Die Zielgruppe der Jugendlichen war nicht da - außer Herrn Jeschka, wenn man ihn noch so bezeichnen darf.

Im Übrigen geht es hier um verschiedene Punkte, die wir in der Kölner Kommunalpolitik anwenden sollten. Wir müssen die betroffenen Akteure viel eher an einen Tisch bringen, um neue Ansätze zu diskutieren. Dabei muss alles ergebnisoffen erläutert und besprochen werden. Gerade in diesem Fall vom 11.11. gilt: Es gibt fast keine dummen Vorschläge.

Ein Vorschlag war, eine gegen ein kleines Entgelt zu besuchende Ersatzveranstaltung zu schaffen, die von Profis zu organisieren ist und die die notwendige Infrastruktur, die bei solchen Events nun einmal notwendig ist, beinhaltet. Dafür braucht man aber eine geeignete Fläche. Diese Fläche muss bereitgestellt werden - mit Berücksichtigung der diversen Sicherheitsaspekten, annehmbar und am besten fußläufig erreichbar.

Aber auch mehrere kleine Veranstaltungen auf den Plätzen in der Innenstadt, gerade an den Ringen, könnten noch einmal durchdacht werden. Es könnte nämlich durchaus Sinn ergeben, auf den vielen Plätzen entlang der Ringe ein kleines Programm anzubieten - obwohl Herr Görzel das für uns auch schon logisch widerlegen konnte.

Wir finden, dass eine Kombination aus diesen beiden Ideen durchaus noch einmal besprochen werden sollte.

Auch die Möglichkeit, am 11.11. einen Zug ziehen zu lassen, sollten wir doch ergebnisoffen diskutieren. Wir halten das für eine charmante Idee. Denn wir müssen uns im Klaren sein: Gerade am 11.11. machen sich viele Menschen aus Europa auf den Weg nach Köln, um hier den Karneval zu feiern.

Und wie könnten wir denn dem Karneval im Februar begegnen? Wenn Sie keine Sondersitzung des AVR oder des Rates im Januar beantragen, wird es dafür wirklich sehr spät sein. Wir sollten daher jetzt auf ein Konzept warten, das das Schlimmste an Weiberfastnacht im Februar verhindert, um dann im Sommer den 11.11. langfristig zu planen; denn er fällt, wie wir mittlerweile alle wissen, auf einen Samstag.

Ich möchte einmal auf den eingangs beschriebenen bürgernahen Dialog zurückkommen. Da müssen wir weiter ansetzen. Das gilt es zu tun, um für die beste Lösung für die beste Stadt zu ringen - zwischen den betroffenen Akteuren aus Verwaltung, Anwohnern und Profis.

Wir finden es wunderbar und freuen uns darauf, auch unseren Beitrag dazu zu leisten. Viele wichtige Punkte, die dort ausgetauscht worden waren, beschreiben die Notwendigkeit dieser ergebnisoffenen Diskussion. Der gestrige Runde Tisch wird ein erstes Ergebnis der Diskussionen der Ausschüsse gewesen sein. Wir müssen aber auch weiterhin in der Sache streiten, vor allem ergebnisoffen zum Wohle unserer Stadt.

Wir erwarten gespannt das Konzept der Verwaltung und werden, wie schon gesagt, unseren Beitrag dazu leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort?

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Nein!)

- Nein. - Herr Zimmermann?

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]
schüttelt den Kopf)

- Nein. - Dann rufe ich Herrn Hupke als Bezirksbürgermeister Innenstadt auf.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 19

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab: Gestern konnte ich nicht am Runden Tisch sein, weil ich - das hört man auch noch an meiner Stimme - bei der Stunksitzung war, bei der Premiere.

(Heiterkeit)

Deshalb wäre sonst auch eine kritische Stimme an diesem Runden Tisch gewesen. Aber ich kann jedem empfehlen, inklusive Oberbürgermeisterin, diese Sitzung zu besuchen und sich auch eine Karte zu kaufen, weil es da so einen intelligenten Stunk gibt, der so humoristisch verpackt ist. Ihr Name kam dreimal vor, Frau Oberbürgermeisterin. Das ist wirklich sehr hohes Niveau.

Kunst und Kultur müssen ja gestärkt werden. Man merkt auch da, dass die Menschen das haben wollen und auch brauchen. Dazu zählt der Karneval. Der Karneval ist ja auch ernst. Das sind ja die zwei Masken in der Kunst und in der Kultur: einmal die Freude, aber auch die Ernsthaftigkeit. An die Ernsthaftigkeit will ich hier auch erinnern - nicht nur im Quartier Latäng, sondern in der kompletten Innenstadt.

Damit ich das nicht vergesse: Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes - das ist meine ehrliche Überzeugung; das ist kein Süßholzraspeln - und den Polizistinnen und Polizisten. Sie haben Schlimmeres verhindert. Ich will da jetzt nicht in die Tiefe gehen. Ich wohne ja nun 46 Jahre in dem Viertel, und ich bin da sieben Stunden unterwegs gewesen, auch mit einem Nachbarn. Wenn die Polizei nicht da gewesen wäre, dann wäre das, glaube ich, ganz, ganz übel ausgefallen. So etwas darf nicht wieder vorkommen.

Damit will ich sagen, dass man das nicht schönreden darf. Man darf es aber auch nicht zu schwarz reden.

In der Sache selbst kann ich nur sagen: Erst einmal bin ich sehr froh, dass es hier diskutiert wird; denn hier gehört es hin. Wir von der Bezirksvertretung Innenstadt - und auch die BV Lindenthal - sind da schon fast zehn Jahre dran. Erst jetzt, wo das am 11.11. in der Südstadt aufgeplopt ist und die gesamte Innenstadt lahmgelegt worden ist, ist es auch hier im Rat. Und das ist gut so. Das kann nur der Sache dienlich sein, dass man da mittelfristig und langfristig eine gute Lösung findet.

Dabei gebe ich zu bedenken, dass Köln 405 Quadratkilometer hat und die linksrheinische Innenstadt 12 Quadratkilometer umfasst. Ich bitte Sie zu überlegen, zu diskutieren und darüber nachzudenken, ob 12 Quadratkilometer dies in Zukunft für das gesamte Köln, für das Umland, für ganz Deutschland und auch für Europa verkraften können. Es ist wirklich so. Ich habe da Menschen nicht nur aus Köln und auch nicht nur aus dem Umland, sondern aus ganz Deutschland und auch von weither angetroffen.

Es wird übrigens auch nicht ausschließlich von Jugendlichen besucht. Das ist ein guter Mix. Da waren auch gut mittelalte Ratsmitglieder auf der Zulpicher Straße, die nicht den Eindruck machten, dass sie 23 oder 18 oder 16 sind, und die das dann auch mitbekommen haben.

Es geht nicht, wie das immer gesagt wird, um eine Kontroverse zwischen Alt und Jung. Nein, es geht darum, dass der Karneval sich selbst gehört - er ist ja älter als 200 Jahre -, und es geht um den Respekt. Es geht um den Respekt gegenüber dieser Stadt, die, wie ich immer gesagt habe, 2 000 Jahre alt ist und eine 2 000 Jahre alte Kultur hat. Die Städte, in denen so eine Anballung, so eine Masse auch zu Problemen führt - nicht nur auf Mallorca, sondern jetzt auch am Jakobsweg und in Barcelona -, diskutieren das und sagen: Wir wollen das nicht mehr so. Wir wollen es anders. - In der Hinsicht muss das hier auch diskutiert werden. Und da gibt es kein Patentrezept.

Zum Schluss will ich aber auch darauf eingehen, dass der Grüngürtel von den Bezirksvertretungen Lindenthal und Innenstadt, aber auch von dem breiten Bündnis von 18 Initiativen der linksrheinischen Innenstadt für ein absolutes No-Go gehalten wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das ist das Erbe Adenauers. Und die Innenstadt hat nicht mehr davon.

Nebenbei gesagt - das ist meine Erfahrung -: Wenn dieser Grüngürtel dafür genommen würde, Kollege Joisten, wer verlegt denn die Platten? Das sind große Bulldozer, und das sind Anhänger. Ich bin am anderen Morgen dort gewesen, als die Platten wieder abgeholt worden sind.

Das ist das Einzige, was die Innenstadt hat, die sechs Grad wärmer ist. Und deshalb wird es in der Diskussion zu einer Gretchenfrage, ob es da stattfinden darf. - Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 20

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich schlage Ihnen vor, die aktuelle Stunde nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung abzuschließen. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich fände es ganz gut, auch im Rahmen der aktuellen Stunde die Verwaltung zu hören. Wir sprechen hier die ganze Zeit als Politik. Das ist auch wichtig, und das ist hier auch der Rahmen. Aber die Verwaltung hat ja auch eine Meinung, die wir gestern eigentlich schon sehr gut gehört haben. Ich fände es nur sehr sinnvoll, wenn die Verwaltung uns heute hier auch noch einmal updaten würde, was ihre Position zu dem bevorstehenden Straßenkarneval insbesondere an Weiberfastnacht im Quartier Latäng ist. - Danke.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir doch sowieso schon alles am Runden Tisch gehört!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt keinen ausführlichen Vortrag darüber halten, was die Verwaltung sich vorstellt. Ich möchte Ihnen aber schon sagen, dass ich immer wieder fasziniert bin, dass Sie oder jedenfalls einige von Ihnen wirklich glauben, wir würden vorher keine Dinge prüfen. Das haben wir schon gemacht und machen wir seit Jahren natürlich. Wir machen es auch immer wieder anders, damit es besser werden kann. Die Verwaltung nimmt - - Ich gucke Sie jetzt nur an, weil Sie nach der Verwaltung gefragt haben.

(Christian Joisten [SPD]: Genau! Ich würde ja gerne Näheres über die Prüfung wissen!)

Das ist der einzige Grund. Das ist überhaupt keine - - Ich gucke auch gerne mal in eine andere Richtung.

(Christian Joisten [SPD]: Gucken Sie mal da hinten hin! - Vereinzelt Heiterkeit)

Ich wollte Ihnen also nur sagen, dass mich das wirklich fasziniert. Deswegen werde ich mich auch bei der Abstimmung enthalten. Denn auch Ihr Selbstverständnis finde ich höchst interessant. Nachdem wir immer der Auffassung sind, dass wir

für Sicherheit und Ordnung verantwortlich sind, sind Sie ja der Auffassung, wir müssten den Kölnern und den Gästen den Karneval erklären. Das ist, meine ich, die Aufgabe des Festkomitees, das den Karneval organisiert.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Aber wir werden selbstverständlich alle Anregungen, die Sie geben oder die wir am Runden Tisch bekommen haben, entgegennehmen. Auch das, was man vor Jahren schon geprüft hat, kann man noch einmal prüfen, weil sich ja vielleicht Rahmenbedingungen verändert haben.

Ich darf Ihnen nur sagen: Natürlich waren wir über die Bilder, die wir nach dem 11.11. gesehen haben, alle betroffen. Das ist völlig klar. Eigentlich kann sich keiner so etwas vorstellen. Es waren aber, wie Sie an anderer Stelle gehört haben, genug Müllgefäße da. Die Menschen haben den Müll daneben geworfen. Es waren genug Toiletten da. Sie wurden auch nicht so angenommen, wie wir uns das vorgestellt haben.

Wir haben uns in der Anzahl der Jugendlichen, die dann doch gekommen sind, sicherlich verschätzt. Wir haben schon ganz hoch geschätzt. Trotzdem sind noch mehr gekommen. Davor sind wir auch beim nächsten 11.11. nicht sicher. Ich finde die Idee des Präsidenten des Festkomitees da ganz charmant. Aber sie hilft uns ja für Weiberfastnacht noch nicht weiter.

Wir werden hier mit den Realitäten leben müssen. Das heißt für uns, alles zu prüfen, was diese Situation der viel zu vielen Menschen auf viel zu geringem Platz entlasten kann, und zwar in erster Hinsicht mit dem Blick darauf, die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass auch immer Krankenwagen an diese Stellen kommen können. Dazu gehört eine ganze Menge. Wir werden das also alles mitnehmen.

Ich freue mich auch darüber, dass wir viele verlässliche Partnerinnen und Partner haben, die mit uns zusammenarbeiten - wie die KVB, wie die Polizei. Das ist selbstverständlich. Ich habe gehört, dass es vor 20 Jahren acht Polizisten waren. Jetzt waren es - ich weiß es nicht - 1 100 oder noch mehr. Die Verhältnisse haben sich eben geändert.

Im Übrigen habe ich aus einem Lied zitiert, Herr Hock. Vielleicht hören Sie einmal genau zu. Das heißt nämlich:

Mer bruche keiner, dä uns sät, wie mer Fastelovend fiere deit.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 21

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Es waren viele junge Leute, übrigens auch aus anderen Städten, die das ganz toll fanden. Weil die KVB ihren Betrieb eingestellt hat, was ja richtig war, haben sich bei mir viele beschwert, dass sie ihre Kinder abholen mussten. Jetzt hatte ich die Gelegenheit, mit den Jugendlichen selbst zu sprechen. Die fanden das alle ganz toll.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Je nachdem, wen man befragt, ist das Image also ganz großartig, oder es ist eben nicht gut. Das hängt davon ab, welche Perspektive man einnimmt.

Wir werden alles prüfen, was Sie uns hier vorschlagen. Es sind viele gute Ideen dabei. Wir werden auch das prüfen, was wir schon mehrfach geprüft haben, weil sich Rahmenbedingungen verändern können; das ist vollkommen klar. Dann werden wir Ihnen auch sehr rechtzeitig vorschlagen, wie wir damit umgehen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Jetzt würde ich die aktuelle Stunde gerne abschließen. Oder wollen Sie noch etwas sagen, Herr Joisten?

Christian Joisten (SPD): Ich wollte noch einmal präzise nachfragen. Eine Beratung im Hauptausschuss - -

(Unruhe)

- Entschuldigung. Hier ist der Eindruck erweckt worden, als hätten wir alle Zeit der Welt. Der nächste Hauptausschuss, der sich damit beschäftigen könnte, tagt am 16. Januar 2023. Könnten da politische Entscheidungen getroffen werden, die noch von der Verwaltung mit Blick auf Weiberfastnacht umgesetzt werden können? Das ist doch die konkrete Frage, vor der dieser Rat heute, am 8. Dezember 2022, steht. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die

Verwaltung aufgrund der Aufgabenteilung dazu verpflichtet ist, für Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt zu sorgen - egal, was dann der Hauptausschuss beschließt oder ob er überhaupt nicht beschließt. Wir werden uns jetzt selbstverständlich nicht zur Ruhe begeben, sondern daran weiterarbeiten. Vielleicht kann man auch eine Sondersitzung einberufen. Ich kann Ihnen das einfach noch gar nicht sagen. Aber Sie dürfen wissen: Wir arbeiten weiter an Ihren Vorschlägen und an einer anderen Situation an Weiberfastnacht, als sie am 11.11. stattgefunden hat.

(Christian Joisten [SPD]: Das beruhigt mich sehr, Frau Oberbürgermeisterin!)

- Danke schön. - Es sei denn, Sie wollen jetzt nicht gemäß § 5 Abs. 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen. Insofern frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen?

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja noch Anträge!)

- Ja. Aber genauso, wie wir eben die Rednerliste aufgestellt haben, stimmen wir jetzt auch über die Anträge ab. - Dann ist die aktuelle Stunde damit beendet, und entsprechend abgestimmt ist es auch.

Jetzt rufe ich TOP 3.1.5 auf. Das ist der Antrag der FRAKTION „Terminverschiebung Karneval 2023“. Gibt es Gegenstimmen? - Die LINKEN, die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, Volt und die AfD sind dagegen, und die Oberbürgermeisterin ist auch dagegen, den Karneval zu verschieben. Enthaltungen? - Herr Zimmermann und Frau Gabrysch enthalten sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

TOP 3.1.6. Gegenstimmen? - Der SPD, der AfD und der FDP. Enthaltungen? ¹

TOP 3.1.7. Das ist der Antrag von SPD und FDP. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Das sind die SPD, die FDP, Die FRAKTION, die AfD und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Frau Gabrysch und ich. Dann ist der Antrag abgelehnt. - Das war der Karnevalsteil der Sitzung.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu:

¹ Anmerkung zu 3.1.6: Stimmenthaltung von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) sowie der Oberbürgermeisterin



2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung einer Werkauswahl aus der Sammlung von Kasper König an das Museum Ludwig

3764/2022

Vorlage wurde als TOP 20.1 umgedruckt

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabrysch. Dann kann es eigentlich keinen mehr geben, der dagegen ist oder sich enthält. Aber ich frage trotzdem noch einmal. Gibt es einzelne Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Nein.

Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei Herrn Kasper König.

(Beifall)

Nun rufe ich auf:

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Pilotprojekt öffentliche Toiletten“ AN/2226/2022

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2299/2022**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/2294/2022**

Als Erster hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer*innen! „Pissen ist politisch“ - das sage nicht ich, sondern das Klokektiv. Allerdings kann ich mich dem zu 100 Prozent anschließen. Obwohl es sich bei der Miktion und der Defäkation um menschliche Grundbedürfnisse handelt, wird kaum darüber gesprochen und noch weniger geforscht. Zu unangenehm, zu peinlich, zu persönlich scheint das Thema zu sein. Erstaunlicherweise gibt es auch Berichte von Forscher*innen, denen aus oben genannten Gründen nahegelegt wurde, sich lieber ein anderes Thema für ihre Forschung zu suchen. Man redet nicht darüber; denn man macht sich unbeliebt.

Gleichzeitig galt der öffentliche Raum lange als männlich, das Zuhause als weiblich. Frauen standen am Herd, Männer fuhrten zur Arbeit, Jungs spielten Batman, Mädchen spielten Eisprinzessin

und so weiter. Im neoliberalen Zeitgeist der 90er-Jahre und der 2000er-Jahre wurden öffentliche Toiletten privatisiert und die Notdurft somit zum Produkt, das man sich leisten können muss.

Köln geht hier zum Glück teilweise einen anderen Weg. All die Punkte führen insbesondere im öffentlichen Leben zu massiven Benachteiligungen ganzer Bevölkerungsgruppen: weiblich gelesene Personen, Menschen mit Behinderung, Ältere, Wohnungs- und Obdachlose, Familien mit Kindern. Von der Liste streichen kann man eigentlich nur gesunde Männer. Die stellen sich zur Not einfach an den nächsten Baum und erleichtern sich. Angst, erwischt zu werden, muss man sich nicht machen. Und weil es sich beim Gang zur Toilette um ein Grundbedürfnis handelt, sehen wir das Aufstellen von ausreichend Toiletten im öffentlichen Raum als einen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Seit 2010 ist der Zugang zur Sanitärversorgung übrigens ein Grundrecht, und in den Zielen zu SDG 6 - Clean Water and Sanitation - liest man: bis 2030 Zugang zu sanitären Einrichtungen, wobei den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen sowie von Menschen in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Aber wie sieht es eigentlich in Köln aus? - Köln hat bereits 2013 als eine der ersten Städte in Deutschland ein Toilettenkonzept aufgestellt. Die Ziele waren hochgesteckt, und an der einen oder anderen Stelle klingt das Konzept auch durchaus progressiv und modern. Es wurde an wasserlose Anlagen und auch an Exoten, nämlich die Damenvariante eines Pissoirs, der „Urilady“, gedacht. Leider wurden die Ziele bei weitem verfehlt, und man findet auch keine wasserlosen Angebote. Laut den letzten Zahlen, die ich finden konnte, gibt es in Köln nur 19 feste Toilettenanlagen; 30 waren geplant. Dazu kommen noch 32 Mobiltoiletten und 20 Happy-Toilet-Angebote. Trotz der großen Ziele gab es nie ausreichend Personal, geschweige denn finanzielle Mittel, das Konzept wie geplant umzusetzen.

Unabhängig von diesem Antrag wird das Thema in der Verwaltung nun deutlich mehr priorisiert, und eine Anpassung des aktuellen Konzepts befindet sich in Arbeit. Es gibt Personal und - wenn man einmal in den Haushalt schaut - auch deutlich mehr Geld für das Toilettenkonzept. Der Antrag der FDP-Fraktion ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt als überflüssig abzulehnen.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 23

Aber was wollen wir mit dem Antrag eigentlich erreichen? - Der Antrag stellt keine Konkurrenz zum wirklich sehr sinnvollen Toilettenkonzept dar. Es ist eher eine Ergänzung. Vielleicht stehen die Ideen ja aber auch irgendwann in dem eigentlichen Konzept drin.

Da wäre als Erstes die Ausstattung. Wie am Anfang beschrieben, spiegeln die Nutzung und Funktionsweise von öffentlichen Toiletten eine systematische Benachteiligung vieler Menschen wider. Die aufgestellten Toiletten sollen also nach Möglichkeit barrierefrei und geschlechtsneutral sein. Hier kann aber auch gerne experimentiert werden, zum Beispiel mit Pissoirs speziell entwickelt von und für Frauen. In Grünflächen und an Spielplätzen sollten ebenso Wickelmöglichkeiten vorhanden sein. Wirklich niemand möchte Eltern und Kindern das Wickeln bei so einem Wetter draußen zumuten. Neben Grünflächen und Spielplätzen sollen einige wenige Toiletten auch auf Friedhöfen oder in Ballungszentren der Veedel getestet werden. Denn saubere öffentliche Toiletten ermöglichen auch älteren Menschen soziale Teilhabe am Leben. Wir leisten so also einen Beitrag zu mehr Teilhabe.

Weiterhin geben wir in dem Antrag schon recht eindeutige Hinweise, was die Toiletten neben der Einrichtung noch so können müssen. Alle Beispiele haben dabei eines gemeinsam: Es sind sogenannte Trocken- und autarke Ökotoiletten und benötigen deshalb keinen Anschluss an die Kanalisation oder Wasserleitungen. Wenn man bedenkt, dass das Planen und Aufstellen der bisher favorisierten City-Toiletten gerne mal zwei Jahre dauert, erhoffen wir uns dadurch, dass insbesondere aufwändige Planungsprozesse deutlich verkürzt werden können und die Toiletten schnell nutzbar sind.

Sie erkennen also an meiner Rede, dass auch der Antrag der SPD-Fraktion erst einmal abzulehnen ist. Es geht hier nicht um das Toilettenkonzept an sich, sondern um ein Projekt, in dem wir einmal Dinge ausprobieren können, ohne das starre Korsett dieses Konzepts. Und dieses Konzept, wie eben gesagt, wird ja ohnehin evaluiert. Wenn die Ergebnisse vorliegen, können wir uns sehr gerne über Änderungen am eigentlichen Toilettenkonzept unterhalten und gemeinsame Wünsche einbringen.

Gleiches gilt auch für Punkt 3 des Antrages. Einmal abgesehen davon, dass kein Deckungsvorschlag für diese Idee vorliegt, wird hier auch auf Antrag des Gleichstellungsausschusses von der Verwaltung geprüft. Warum also dieser Prüfung

vorgreifen? Dass die Toilettenanlagen, die jetzt im Pilotprojekt aufgebaut werden sollen, kostenfrei nutzbar sein werden, ist dabei selbstverständlich.

Zurück zum Antrag: Auch Nachhaltigkeit spielt bei den Überlegungen eine Rolle. Wie durch Zufall kommt genau jetzt die Gewinnerin des Kölner Designpreises ins Spiel. Mit ihrem Planspiel „Holy Shit“ wird vermittelt, welche enormen Potenziale in der Nutzung der sanitären Stoffströme steckt.

Vernünftig umgesetzt schlägt man mit diesem Antrag zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits ermöglichen wir Menschen mehr Teilhabe am sozialen Leben und erhöhen in kurzer Zeit die Verfügbarkeit von Toiletten auf dem gesamten Stadtgebiet. Andererseits können wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und auf die Agenda der Stadt hin zu mehr Kreislaufwirtschaft einzahlen. Wir haben mit dem Antrag, dem zugesetzten Geld, findigen Forscher*innen und einem zuständigen Umweltdezernat hier die große Chance, Pionierarbeit zu leisten und Maßstäbe zu setzen. Nutzen wir sie; denn „Pissen ist politisch“! - Danke schön.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der uns hier vorgelegte Antrag versucht recht klassisch, Sand in die Augen der Leser*innen zu streuen; denn er greift einen schon längst einstimmig beschlossenen Antrag aus dem Ausschuss für Gleichstellung von Männern und Frauen wieder auf. Die Forderung ist einfach: Wir müssen dringend mehr Toiletten in der Stadt zur Verfügung stellen. Denn heute sind nicht alle Toiletten aus dem Toilettenkonzept gebaut worden, und wir warten immer noch auf die Umsetzung dieses Toilettenkonzepts, damit endlich alle Menschen, die dringend müssen, auch schnell können. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP-Fraktion, das Konzept endlich umzusetzen,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

weisen aber gleichzeitig darauf hin, dass das Thema offenbar eine so große Sache ist, dass es einer fachlichen Beratung in den Ausschüssen bedarf. Vorsorglich beantrage ich deshalb die Verweisung in die zuständigen Fachausschüsse



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 24

Klima, Umwelt und Grün, Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie Gleichstellung.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Damit es auch schnell geht!)

- Genau.

Zusätzlich korrigiert bedauerlicherweise dieser Antrag nicht die weiterhin ungleiche Behandlung von Frauen und Männern bei den bestehenden Toiletten. Denn alle männlich gelesenen Menschen müssen weiterhin Geld bezahlen, da die bis jetzt bestehenden Urinale mit Piktogrammen eindeutig und ausdrücklich nur für Männer deklariert sind. Damals ist so entschieden worden, weil Männer scheinbar zu häufig wild in die Gegend pinkeln. Durch die kostenlosen Toiletten wird diese Gruppe für ihr ekelhaftes Verhalten belohnt. Die Stadt ruft damit quasi allen Frauen zu: Frauen, geht mehr wildpinkeln! - In diesem Sinne gehe ich jetzt schnell auf Toilette, weil die hier kostenlos ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Der Redner verlässt den Ratssaal)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer an den Bildschirmen und so weiter! Die Antragsteller*innen haben ja schon einiges, wenn nicht sogar schon alles dazu gesagt, warum es wichtig ist, dass wir öffentliche Toiletten anbieten müssen. Das Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln hat der Rat zwar bereits im Oktober 2013 beschlossen, aber es ist leider noch viel zu wenig geschehen. Als Bewohnerin der rechten Rheinseite kann ich ein Lied davon singen. Beispiele: In Merheim stehen während der Öffnungszeiten wenigstens noch die öffentlichen Toiletten auf dem Kalker Friedhof zur Verfügung, aber am großen Mobilitätspunkt in Ostheim zum Beispiel gibt es gar nichts. Dort fahren die Busse der Linien 151, 152, 157 und 191 sowie die Straßenbahnlinie 9, es gibt einen Taxistand, Fahrradabstellmöglichkeiten sowie einige Park+Ride-Parkplätze. Das, was es nicht gibt, ist eine öffentliche Toilette und einen öffentlichen Trinkwasserbrunnen. Wehe, wenn Sie dringend müssen, und dann fällt auch noch der Bus aus.

Ich nenne das nur als Beispiel für viele Standorte in Köln, die nicht in der City liegen, in der Sie im

Zweifel noch auf Gaststättentoiletten ausweichen können. Die Internetseite toiletten.koeln.de zeigt viele weiße Flecken in der Stadt. Aber ich nenne Ostheim auch als konkreten Vorschlag für einen Ort, an dem man dieses Projekt starten oder auch eine Toilette nach Konzept errichten könnte. Die Idee der Entsorgung bei autarken Toilettensystemen sollte dann vielleicht noch mit der AVG, der RheinEnergie und der StEB abgesprochen werden, die mit ihren Anlagen bereits große und gute Erfahrungen machen, indem sie aus Faulgasen Strom und Wärme produzieren. Es muss bereits in der Probephase Zwischenergebnisse geben, damit festgestellt werden kann, ob im Haushalt 2025 erneut Mittel hierfür bereitgestellt werden sollten.

Jetzt muss ich noch kurz auf die Anträge selbst eingehen. Ehrlich gesagt habe ich den inhaltlichen Unterschied zwischen „barrierefrei und geschlechterneutral“ und „barrierefreie Unisex-Toiletten“ nicht ganz verstanden. Ich verstehe aber, dass im SPD-Antrag die Barrierefreiheit nicht nach Möglichkeit, sondern ein Sollbestandteil ist. Es müsste nach meinem Dafürhalten ein Mussbestandteil sein.

(Beifall von GÜLDANE TOKYÜREK [DIE LINKE])

Die angeführten Beispiele in der Begründung des Ursprungsantrags sind das alle nicht. Mal können Rollstuhlfahrer*innen nicht hinein, weil die Bewegungsfläche vor der Tür zu klein ist, mal fehlen die Handgriffe, mal fehlen die Kontraste, die für Sehbehinderte erforderlich sind. Wir sind aber nicht bereit, Abstriche gegenüber den heutigen Modellen zu machen. Diese sind mit dem Arbeitskreis „Barrierefreies Köln“ und dem Behindertenbeauftragten intensiv und langwierig abgestimmt worden.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Barrierefreiheit ist ein Muss - ganz dick und schwarz geschrieben und gesagt. Bei der Beteiligung bekleckern sich weder Antrag noch Änderungsantrag mit Ruhm.

Erstens muss es auch hier eine Einwohner*innenbeteiligung geben und darf nicht nur auf Bürger*innen beschränkt sein.

Zweitens. Liebes Bündnis, warum erst im zweiten Jahr und warum erst noch prüfen?

Drittens. Liebe SPD, warum geben Sie bereits die Beteiligungsmethode Befragung vor, wenn es doch auch andere Möglichkeiten geben könnte?



Viertens. Es dürfte in der Verwaltung und in den Bezirken schon eine lange Liste von durch die Bevölkerung gewünschten Toilettenstandorten geben. Ob es die von mir erwähnte Haltestelle in Ostheim ist oder die Toilette auf dem Wilhelmplatz in Nippes, die seit über 20 Jahren aktiviert werden soll - vielleicht sollten diese Listen zuerst abgearbeitet werden, bevor wir neue Wunschzettel einsammeln.

(Beifall bei der FDP)

Gegen den dritten Punkt des SPD-Antrags kann man nicht sein. Da hat die SPD vollkommen recht. Es ist aber eigentlich zu wichtig, um hier als Unterpunkt von Zusatztoiletten beschlossen zu werden.

Abschließend mein Vorschlag Richtung Antragsteller: Machen Sie die Toiletten zwingend barrierefrei! Machen Sie aus „Bürger*innen“ bitte „Einwohner*innen“! Und übernehmen Sie Punkt 3 des Änderungsantrages! Dann könnte das, was hinten herauskommt, auch rund werden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dann fängt mal der *entbehrliche* Antragsteller hier an.

Mein lieber Herr Detjen, warum haben Sie Ihrer lieben Kollegin verheimlicht, dass wir schon 2009 hier die Barrierefreiheit aller City-Toiletten und aller anderen Toiletten beschlossen haben?

(Beifall bei der FDP)

Denn das ist nämlich die Wahrheit.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger - okay, Herr Jeschka, Sie gehören jetzt nicht dazu - waren auch schon gut. Die haben schon 2009 ein Toilettenkonzept beschlossen, und zwar mit der Barrierefreiheit, und haben dieses dann noch weiterentwickelt - ich komme gleich noch dazu -; das war nicht erst 2013. Darin wurden bereits die Forderungen aufgeführt, die Sie jetzt stellen. Verehrte SPD-Fraktion, Sie sollten mal in Ihren Archiven nachschauen. Ihre Kolleginnen und Kollegen waren nämlich auch schon so weit wie Sie jetzt mit dem,

was Sie in Ihrem Antrag hineingeschrieben haben. Sie hätten vielleicht einmal in Ihre alten Anträge reingeschaut. Wir haben ein Vollzugsdefizit und brauchen keine neuen Forderungen,

(Beifall bei der FDP und der AfD)

sondern wir müssen endlich das umsetzen, was zum Beispiel die CDU-Fraktion schon gefordert hat oder die Grüne-Fraktion, übrigens zusammen mit der FDP und der SPD. Denn wir mussten zusammen schon einmal hier ein Toilettenkonzept umsetzen.

Es ist sicherlich löblich, dass wir noch einmal über die öffentliche Toilettensituation in Köln reden, aber ich bin irritiert, dass wir nun ein Pilotprojekt „Öffentliche Toiletten“ auflegen sollen. Ja, muss die viertgrößte Stadt Deutschlands den Umgang mit öffentlichen Toiletten erst einmal erlernen, meine Damen und Herren? - Seit Menschengedenken haben wir dieses Bedürfnis! Ich dachte immer, wir wären von den Römern gegründet worden. Offensichtlich haben wir in 2 000 Jahren etwas verlernt, meine Damen und Herren. Dabei waren wir, wie ich bereits sagte, 2009 und 2011 schon weiter; denn wir haben ein umfangreiches Toilettenkonzept beschlossen. Hat das etwas gebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen? - Nein! Beide Male kassierte der Stadtvorstand die Beschlüsse als Sparmaßnahme ein. Als Luxus wurde das angesehen, meine Damen und Herren. Da kommt wohl weniger unsere römische als mehr unsere germanische Ader bei uns zum Vorschein, wenn man solche Beschlüsse wieder zurücknimmt.

Das waren übrigens nicht Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sondern Oberbürgermeister Jürgen Roters, der das zweimal zurückgenommen hat. Sie waren aber bereits im Stadtvorstand.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist aber ein Beratungsgremium, kein Entscheidungsgremium.

Ulrich Breite (FDP): Gut, dann war das ein Beratungsgremium, aber es wurde trotzdem die Sparmaßnahme durchgeführt und das zurückgenommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben das jedenfalls dann 2013 neu geregelt.

Jetzt komme ich genau zu dem, was der Antragsteller - Sie müssen sich das einmal vorstellen -



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 26

bereits 2013 beschlossen hat. Wie sehen denn die Verhältnisse zehn Jahre später aus? - Sie haben das angesprochen, das hatten wir beschlossen: Von den 30 City-Toiletten wurden bis letztes Jahr 13 umgesetzt. Also in zehn Jahren nur 13 Stück.

Sie selbst hatten eine Anfrage gestellt, liebe Grüne, liebe CDU, liebe Volt, und da hieß es noch bei Ihnen: Als wir 2013 angefangen haben, gab es noch 15 City-Toiletten. 15 City-Toiletten! Und jetzt haben wir nur noch 13. Wir hatten aber 30 beschlossen. Meine liebe Verwaltung, bei allem Vertrauen, da erwarte ich in zehn Jahren, wenn es um die öffentlichen Toiletten geht und wenn wir die Anträge sehen, für Köln mehr. Da müssen wir alle im Rat zusammenstehen.

(Beifall bei der FDP und von Lukas Lorenz [SPD])

Darum frage ich jetzt auch, ob wir die beschlossenen Gelder nicht einfach einsetzen, um den Vollzug umzusetzen, also die City-Toiletten, die wir beschlossen haben - Barrierefreiheit ist übrigens dabei, alles beschlossen -, errichten, weil ich der Meinung bin, dass das kein Luxus ist.

Auch die schon vorhandenen Toilettenanlagen in den U-Bahn-Stationen, die wir beschrieben haben, sind einfach stillgelegt worden. Ich sage nur: Die müssen auch wachgeküsst werden, meine Damen und Herren! Ich habe den Slogan mal von anderen Städten gehört. Ich war in Wien: Dort findet man öffentliche Toiletten. Ich bin der Meinung, wir sollten von Wien hier lernen. Es kann doch nicht sein, dass wir hier diskutieren und in U-Bahn-Stationen stillgelegte Toilettenanlagen haben.

(Beifall bei der FDP und Volt)

Meine Damen und Herren, da brauche ich nicht über neue zu reden.

Die Verwaltung braucht auch keine neuen Standorte. Wir haben 2011 mit allen Bezirksvertretungen gesprochen und 279 Standorte abgestimmt. Die können wir nicht erfüllen. Die Verwaltung muss die Arbeit nicht mehr machen. Die haben wir schon 2011 gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich warte. Okay, Köln ist 2 000 Jahre alt, aber zehn Jahre ist doch nicht gestern, meine Damen und Herren. Das ist doch nicht gestern! Da darf doch die Bevölkerung von uns erwarten, dass man da wirklich in der Verwaltung - auch wenn Sie

sagen, das sei nur ein Beratungsgremium, aber auch der Stadtverwaltung - zusammenarbeitet.

Zum Schluss, Frau Oberbürgermeisterin: Wenn für eine Toilette sieben Ämter zuständig sind - ich darf mal kurz zitieren, eine von diesen muss mit prüfen, es darf keiner krank sein oder die Stelle fehlen oder irgendwie die Sache nicht mögen -, und zwar das Gesundheitsamt, das Stadtplanungsamt, das Bauverwaltungsamt, das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik, das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, gegebenenfalls das Amt für Brücken, Tunnel und Städtebahnbau - ich sage nur: Toilette - und der Stadtkonservator, Amt für Denkmalschutz, meine Damen und Herren, dann muss man sich nicht wundern, dass das so lange dauert. Und da wünsche ich Ihrem Vorschlag, in zwei Jahren das hinzubekommen, wenn die ganzen Ämter dabei sind, viel Freude und Erfolg. Darum bitte ich noch einmal darum, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich Sie, ob weiter das Wort gewünscht wird. - Bitte sehr, Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt schon viel gehört und können festhalten: Keiner ist zufrieden mit dem Zustand so, wie es jetzt ist.

Dieser Antrag, den wir gestellt haben, ist auch ein Versuch, neuen Schwung in die alte Thematik zu bringen. Das kann man wirklich so sagen. Die Umsetzung des Toilettenkonzepts läuft - vorsichtig ausgedrückt - schleppend. Im letzten Jahr gab es auch noch einmal eine Sachstandsanfrage im Gesundheitsausschuss, glaube ich. Da wurde für Ende 2022 eine Evaluation angekündigt. Die steht meines Wissens auch noch aus.

Aber was man wirklich sagen muss: Es geht hier um die Sauberkeit der Stadt Köln. Und es ist doch wirklich nicht zu begreifen, dass wir das nicht in den Griff bekommen. Wir alle wollen es. Die Verwaltung - das würde ich jetzt einmal unterstellen - will es auch, aber wir kriegen es nicht hin. Ich finde, das ist nicht plausibel in einer Stadt, die gleichzeitig heute beschließen möchte, dass sie 2035 klimaneutral ist, aber wir kriegen die banalsten Grundbedürfnisse nicht befriedigt.

(Zurufe)



Es ist auch nicht so, dass es nichts gibt. Es gibt zum Beispiel auf Friedhöfen Toiletten. Die sind aber leider nicht geöffnet. Dabei gehören Friedhofsbesuche zu den Situationen, bei denen man sagen muss: Dort sind viele ältere Leute, die im Zweifelsfall noch unter Stress stehen, und dann wird es doch wohl möglich sein, es zu organisieren, dass diese Toiletten geöffnet sind.

Ich möchte Sie alle, liebe Dezernentinnen und Dezernenten, und auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, bitten, dass das wirklich noch einmal ein Schwerpunkt wird. Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie in zweieinhalb oder drei Jahren in den Ruhestand gehen, wäre es super, wenn wir sagen könnten: Unter Ihrer Amtszeit ist Köln sauberer geworden, und wir haben es geschafft, dass hier Toiletten entstehen. Die Unterstützung der CDU-Fraktion kann ich Ihnen zusagen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann beabsichtige ich, zunächst über den Verweisungsantrag von Herrn Lorenz in die Fachausschüsse abstimmen zu lassen. Ich hatte eben notiert, Herr Lorenz: Klima, Umwelt und Grün, Soziales und Senioren. Was hatten Sie noch gesagt?

(Lukas Lorenz [SPD]: Gleichstellung!)

- Ja, Gleichstellung.

Wer wünscht, der Verweisung zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, DIE LINKE und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der auch abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion steht jetzt zur Abstimmung. Wer ist dafür? - FDP, AfD, Die FRAKTION, SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - FDP, AfD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und DIE LINKE enthalten sich. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich rufe auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Bezahlbare Mieten in Köln sichern - GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu“

AN/2224/2022

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2297/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/2301/2022

Ich gebe zunächst Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wohnungsmarkt in Köln ist außer Kontrolle. Die Mieten für die Bürgerinnen und Bürger steigen und steigen. Schon in den normalen Zeiten der letzten Jahre hat das Ratsbündnis mit der Verwaltung nicht für einen ausreichenden Wohnungsbau in dieser Stadt gesorgt, damit hier heute auskömmliche Mieten gezahlt werden können. Durch diesen Mangel steigen die Mieten in Köln seit Jahren kontinuierlich.

Nunmehr stehen wir durch das Zusammenkommen von unterschiedlichen Problemlagen vor derartig großen Herausforderungen, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr in Deutschland und auch in Köln erlebt haben. Auch das bedeutet weitere schlechte Entwicklungen für den Kölner Wohnungsmarkt. Die Zinsen steigen, die Preise für Bauzinsen haben sich nahezu verdreifacht, die Baukosten sind erheblich gestiegen, und die Inflation klettert auf ein Rekordniveau. Gleichzeitig explodieren die Energiepreise. Dies wird dazu führen - das erleben wir auch schon -, dass immer mehr Bauprojektträger wegen der gestiegenen Kosten ihre Projekte nicht realisieren und dass in naher Zukunft noch weniger Wohnraum hier in dieser Stadt geschaffen wird. Auch das führt dann am Ende wieder zu noch schneller steigenden Mieten in unserer Stadt. Ein Teufelskreis und eine wirklich dramatische Entwicklung.

Für die Menschen in Köln werden die gestiegenen Preise immer mehr zu einer existenziellen Frage. Nicht nur der tägliche oder wöchentliche Einkauf im Supermarkt wird teurer, sondern auch die Gas-



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 28

und Stromrechnungen bzw. die Nebenkosten sind gestiegen.

Ein Dank von hier aus an die Bundesregierung, welche mit dem Gaspreisdeckel zumindest bei den Strompreisen und auch den Gaspreisen, mit höherem Wohngeld, mit Energiekostenzuschüssen, mit der Erhöhung des Kindergeldes, der Einführung des Bürgergeldes, der Abschaffung der kalten Progression, der Erhöhung der Freibeträge, dem Tankrabatt, dem 9-Euro-Ticket und jetzt dem 49-Euro-Ticket ganz konkrete Entlastungen für die Bürger schafft. Dafür sind wir sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Grünen können auch klatschen. Schließlich sind Sie an der Regierung beteiligt, worauf ich noch einmal hinweisen möchte.

Eine Mieterhöhung in diesen schwierigen Zeiten - insbesondere, bevor die Maßnahmen der Bundesregierung ihre Wirkung entfalten können - kommt für die Mieterinnen und Mieter in Köln überall zur Unzeit. Deshalb ist es wichtig, dass es in Köln auch Vermieterinnen und Vermieter gibt, die nicht nur zu fairen Preisen vermieten, sondern auch dafür sorgen, dass die Entwicklung der Mietpreise abgebremst wird. Dies kann nur durch Schaffung von weiterem Wohnungsbedarf geschehen. Eine solche Vermieterin ist ausdrücklich die GAG, und wir wollen, dass sie das auch bleibt. Dazu ist es nötig, dass die GAG in der derzeit für alle schwierigen Situation die notwendige Unterstützung bekommt, um weiterhin Vorbild bei der Erfüllung ihrer sozialen und ökologischen Aufgaben sein zu können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Notwendige Mieterhöhungen - wir erkennen an, dass Mieterhöhungen durchaus in einem gewissen Maße notwendig sind - müssen durch ein soziales Unternehmen wie der GAG mit Herz und Augenmaß erfolgen und nicht bis an die Grenze des maximal Möglichen oder rechtlich vielleicht Zulässigen. Denn dies ist nicht nur für die Mieterinnen und Mieter der GAG selber in der derzeitigen Situation eine enorme Belastung, sondern hat auch Auswirkungen auf die Preisentwicklung am gesamten Kölner Wohnungsmarkt und damit einen nicht von der Hand zu weisenden Effekt für Gesamt-Köln.

Dass die GAG in Einzelfällen sozial hilft, damit niemand vollständig überfordert wird, begrüßen wir ausdrücklich, aber auch in der Breite dürfen

die Mieterhöhungen nicht dazu führen, dass Mieterinnen und Mieter, die sich die Anhebung gerade noch so leisten können, an anderer Stelle zu gravierenden Einschränkungen gezwungen sind oder keine Rücklagen mehr für unvorhergesehenes Unbill des Lebens bilden können. Wir sollten deshalb alles dafür tun, damit die GAG in die Lage versetzt wird, ihrer Aufgabe als soziale Vermieterin weiterhin gerecht zu werden, wichtige und notwendige Investitionen in den Klimaschutz tätigen zu können, die Mieten auch in der derzeit angespannten Situation nur moderat zu erhöhen und damit weiterhin einen dämpfenden Effekt auf die Mietpreisentwicklung in Köln auszuüben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für den einzelnen Mieter ist es wichtig, nicht überfordert zu werden. Deshalb soll der Dezernent, unser Sozial- und Wohnungsdezernent, gemeinsam mit der GAG Gespräche führen, um für die von der Mieterhöhung betroffenen Mieter, die eben zum Teil in deutlich zweistelligem Bereich liegen, individuelle Lösungen zu finden. Auch sollte eben danach geschaut werden, welche Leistungen und welche Unterstützung die Stadt ansonsten hier an dieser Stelle bieten kann. Kein Mieter - das ist unsere Forderung - darf in diesen Zeiten seinen Wohnraum verlieren. Dies muss von der Verwaltung sichergestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit diese Ziele erreicht werden können und die GAG soziale Vermieterin bleiben kann, bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, der noch einmal ausdrücklich die To-Dos benennt und auf der anderen Seite die GAG stärken soll. In diesem Sinne herzlichen Dank. Lassen Sie uns für die GAG als soziale Vermieterin in dieser Stadt weiter streiten und kämpfen! - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat jetzt das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich jetzt nach dem Redebeitrag des Vorredners, was das genau mit dem, was im Antrag der SPD-Fraktion steht, zu tun hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 29

Das Suggestieren, dass jetzt in der Stadt Köln die Leute ihre Wohnungen verlieren würden durch die Maßnahmen der GAG, finde ich etwas weit hergeholt, aber ich versuche, wieder auf mein Manuskript zurückzukommen.

„GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu“, das fordert die SPD-Fraktion in ihrem heutigen Antrag. Das klingt natürlich auf den ersten Blick auch gut und richtig. Die GAG ist schließlich seit über 100 Jahren unsere starke städtische Partnerin, wenn es um die Versorgung der Kölnerinnen und Kölner mit Wohnraum zu bezahlbaren Preisen geht.

Auch in der Begründung des Antrags, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen natürlich viele wahre Dinge. Sie beschreiben sowohl die Aufgabe und die Rolle der GAG sehr richtig als auch, unter welchen Rahmenbedingungen die GAG am Markt dann tatsächlich tätig ist und welche Kostensteigerungen auf die GAG zukommen. Wenn wir jetzt aber auf die konkreten Forderungen aus diesem Antrag und auch auf die des Änderungsantrages der LINKEN zu sprechen kommen, dann wird hier suggeriert, dass es die Stadt in der Hand habe, auf die Höhe der Mieten Einfluss zu nehmen. Das ist in der aktuellen Diskussion um die GAG brandgefährlich. Wir alle haben die gerade erfolgte Sonderprüfung bezüglich des Einmischens des Rates in das Geschäft der GAG in Erinnerung. Diese Sonderprüfung hat uns viel Kraft und viel Geld gekostet. Und bei allen vielleicht berechtigten Fragen bezüglich der Mieterhöhungen müssen wir hier sehr vorsichtig sein, diesen Eindruck nicht zu wiederholen. Aber wenn es die SPD-Fraktion für nötig hält, das Thema hier im Rat noch einmal zu diskutieren, müssen wir entsprechend auch reagieren.

Wir als Bündnis haben deswegen einen Änderungsantrag eingestellt, der auf die offenen Fragen noch einmal genau eingeht und auch aufzeigt, was die GAG und auch die Stadt bereits tun, um die Auswirkungen der Mieterhöhungen in Grenzen zu halten.

Rund 45 000 Wohnungen befinden sich momentan im Besitz der GAG, und diese kosten im Durchschnitt 7,15 Euro pro Quadratmeter. Das hat die GAG auch noch einmal in einer Pressemitteilung letzte Woche so bekanntgegeben. Bereits jetzt - das hat die SPD-Fraktion auch in ihrem Redebeitrag richtig erkannt - gibt es die Möglichkeit, sich durch die GAG beraten zu lassen, wenn durch zu hohe Mieten ein Wohnungsverlust drohen würde.

Die Ernst-Cassel-Stiftung der GAG leistet hierzu bereits einen erheblichen Beitrag. Diese finanziert sich dann auch aus den Ausschüttungen der GAG, weswegen wir bei der Frage, liebe LINKE, in welcher Höhe Ausschüttungen durch die GAG vorgenommen werden, auch sehr differenziert vorgehen müssen und nicht so platt einfach mal noch Geld hinterherschießen können.

Letztlich sind - das ist uns auch ganz wichtig - diese Hilfsleistungen der GAG aber auch deswegen möglich, weil die GAG auch Geld verdient. So tragen nämlich diejenigen, die es sich leisten können, durch die Mieten eben auch zur Unterstützung aller anderen bei. Denn eines darf man bei aller Kritik nicht vergessen: In den Wohnungen der GAG - das schien im Redebeitrag der SPD-Fraktion nicht ganz so durchzuschimmern - leben Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und aus allen Einkommensklassen. Das ist auch verdammt gut so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Denn nur so kann die GAG eben das Leistbarkeitsprinzip anwenden, wonach vom verfügbaren Haushaltseinkommen circa 30 Prozent für eine Mietzahlung angesetzt werden.

Kommen wir zum dritten Punkt unseres Änderungsantrages: Die Ampel im Bund - da gebe ich Herrn Joisten natürlich recht - hat durch die große Wohngeldreform jetzt ermöglicht, dass deutlich mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld haben und somit auch in den angespannten Wohnungsmärkten unterstützt werden. Das ist natürlich nicht nur, aber auch für die Mieterinnen und Mieter der GAG eine gute Entscheidung.

Ich möchte hier auch der Verwaltung dafür danken, dass sie sich jetzt schon darauf vorbereitet hat, den zahlreichen Anträgen Herrin zu werden, und deshalb zahlreiche zusätzliche Stellen geschaffen hat.

Viertens. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen - wir kommen später noch darauf zu sprechen -, müssen wir gerade auch bei unserem kommunalen Wohnungsbau mit der Sanierung vorankommen. Es ist vollkommen klar, dass dies nicht zulasten der Mieterinnen und Mieter gehen darf. Hier sind Land und Bund ebenso in der Pflicht, uns kommunal zu unterstützen.

Lassen Sie uns also gemeinsam die GAG dabei unterstützen, auch weiterhin günstigen Wohnraum für alle Kölnerinnen und Kölner zur Verfügung



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 30

gung zu stellen, aber eben ohne die populistischen Anträge, die im Zweifel sogar mit der Zukunft der GAG spielen könnten. Stimmen Sie also für unseren Änderungsantrag! - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Christian Joisten, klatschen allein reicht nicht. Hier in Köln haben wir auch vernünftige Grüne.

„GAG bleibt dem Anspruch auf Wohnraum zu sozial angemessenen Bedingungen treu“ - das ist der Titel Ihres Antrags. Kolleginnen und Kollegen insbesondere der SPD: Diese Zielsetzung unterstützt die CDU-Fraktion natürlich voll und ganz.

Anfang November kündigte die GAG eine Anpassung der Mieten in allen Segmenten an vor dem Hintergrund der aktuell hohen Kostensteigerungen, die wir selbst auch als Bürger dieser Stadt im eigenen Portemonnaie spüren, seien es Heizkosten, sei es an der Tankstelle - bis hin zur Butter. Darauf muss auch ein Unternehmen wie die GAG reagieren. Es geht auch um die Stabilität unseres städtischen Unternehmens, das wir dringend erhalten wollen. Denn nur mit einem starken, stabilen Unternehmen ist eine soziale Wohnungspolitik in Köln möglich.

(Beifall bei der LINKEN und von Niklas Kienitz [CDU])

Nur so können Mietexplosionen für die Mieter zurückgehalten werden, auch wenn dann Mietanpassungen mit Augenmaß erforderlich sein sollten. Lino Hammer hat es schon gesagt: Mit dem Quadratmeterpreis von 7,15 Euro liegt der Mietpreis bei der GAG deutlich unter dem aktuellen Marktwert.

Das, was hier allerdings nicht hilft, ist eine Einmischung des Sozialdezernats in das operative Geschäft eines Unternehmens, wie es die SPD-Fraktion hier fordert. Es kann nicht Aufgabe des Sozialdezernats sein, die Notwendigkeit der Mietanpassung der Höhe nach zu hinterfragen. Das kann es nicht sein. Deshalb sollte sich eine Verwaltung aus einem Entscheidungsprozess wie einer Mietpreisfindung heraushalten. Mal ganz davon abgesehen, Kolleginnen und Kollegen:

Welches Bild gibt man mit einem Antrag ab, wenn man hingeht und einem Unternehmen wie der GAG eine Art Misstrauensvotum entgegenbringt, indem man nichts anderes erklärt, als dass eine Mietpreisentscheidung von einer Stadtverwaltung kritisch hinterfragt werden soll?

Kolleginnen und Kollegen, wir setzen auf die Verantwortung eines städtischen Unternehmens und wissen, dass die finanzielle und soziale Situation der Mieter bei der GAG wirklich Berücksichtigung finden und auch weiterhin finden werden. Deshalb unser Änderungsantrag, mit dem wir die soziale Haltung der GAG auch und gerade in Krisenzeiten schätzen und wertschätzen und unser Vertrauen in das Unternehmen zum Ausdruck bringen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag und die Initiative der SPD-Fraktion, das Thema auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung zu setzen, begrüßen wir. Wir werden für diesen Antrag stimmen. Wir begrüßen auch die Einhelligkeit, mit der hier alle im Saal die GAG unterstützen möchten. Das städtische Wohnungsunternehmen GAG muss dem Rat im wortwörtlichen Sinne lieb und teuer sein; denn es hat vom Rat den Auftrag, in Köln für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Jede und jeder weiß, dass das eines der größten aktuellen Probleme in bundesdeutschen Großstädten und gerade auch in Köln beschreibt: Bezahlbare Wohnungen existieren leider für viele der drei Viertel der Kölnerinnen und Kölner, die Wohnraum mieten, gar nicht.

In dieser Situation haben der Rat, die Verwaltung und das kommunale Wohnungsunternehmen eine besondere Verantwortung dafür, dass der in den letzten Jahren aus den Fugen geratene Wohnungsmarkt nicht weiter befeuert wird. Denn die GAG trägt mit ihrer durchschnittlichen Kaltmiete von 7,15 Euro für den Quadratmeter natürlich dazu bei, den Mietspiegel zu mäßigen. Dafür ist der GAG zu danken.

(Beifall bei der LINKEN)



Natürlich muss die GAG auf der anderen Seite Mieteinnahmen erzielen, um ihren Wohnungsbestand zu pflegen und instand zu halten. Auch das soziale Engagement in ihren Wohngebieten und die besonderen Beratungsleistungen des Unternehmens müssen finanziert werden. Selbstverständlich ist zu sehen, dass die GAG mit enormen Kostensteigerungen im Baugewerbe, für Energie und mit Zinssteigerungen zu kämpfen hat. Aber die im November bekannt gewordene Mieterhöhung der GAG für rund 7 000 Wohneinheiten haben verheerende Auswirkungen auf den Kölner Wohnungsmarkt. Die Erhöhungen müssen zulässig sein, da sie knapp unter der Obergrenze des Mietspiegels liegen. Umso mehr haben sie auch in der Öffentlichkeit eine Signalwirkung, die Rat und Verwaltung alarmieren müssen. Rat und Verwaltung müssen überlegen, wie sie die GAG unterstützen können. Deshalb unterstützen wir die Anregungen im Antrag der SPD-Fraktion, die Sozialverwaltung möge in verschiedenen Richtungen, wie der Antrag dies beschreibt, aktiv werden.

Zugleich sieht unser Änderungsantrag einen neuen Punkt 3 vor. Mit diesem wollen wir der GAG angesichts der gegenwärtigen hohen Preissteigerungsraten eine finanzielle Krisenunterstützung zukommen lassen. Um Mieterhöhungen zu vermeiden und die GAG zu befähigen, ihre Aufgaben vollständig zu erfüllen, sollen Rat und Verwaltung in diesem Jahr mindestens die Summe der diesjährigen Gewinnausschüttungen erstattet bekommen. Die Kämmerei kann zu diesem Zweck nach Rücksprache mit der GAG steuerlich vertretbare Vorschläge, wie dies gemacht werden kann, erarbeiten.

Nur wenn der Rat begreift, dass er der GAG jetzt auch finanziell unter die Arme greifen und aktuell auf eine Gewinnausschüttung verzichten muss, kann er der Öffentlichkeit glaubhaft vermitteln, dass dem Wohnungsmarkt nicht weiter freier Lauf gelassen werden soll. - Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen - so kann ich mal verallgemeinernd sagen! Vielleicht liegt es daran, dass ich noch nicht so lange im Rat bin, vielleicht liegt es aber auch daran, dass ich gerade erst

mein erstes Aufsichtsratsmandat ausübe - übrigens geht es da auch um Wohnen. Ich bin nämlich überrascht - überrascht, weil Entscheidungen der städtischen Gesellschaft GAG hier im Rat diskutiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin überrascht, dass es hier einen Antrag der SPD-Fraktion gibt, die nicht nur Mitglieder in dem Aufsichtsrat dieser städtischen Gesellschaft hat, sondern gar den Vorsitz stellt.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin überrascht, dass DIE LINKE nicht nur aufspringt, sondern mit einem Änderungsantrag sogar noch weitergehen will - so ist sie doch auch im Aufsichtsrat vertreten.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ganz ehrlich, meine Damen und Herren, was machen Sie da eigentlich?

(Beifall bei der FDP)

Wenn Ihnen die Vorgehensweise der GAG hier nicht passt, hätten Sie im Aufsichtsrat handeln können und müssen.

Ja, auch wir als FDP-Fraktion sehen es kritisch, wenn nur ein Teil der vielen Mieter der GAG herangezogen werden soll, den Handlungsspielraum der GAG in Krisen- und Inflationszeiten zu sichern. Alles wird teuer und das Bauen ganz besonders. Der Wohnungsbau, den wir so dringend brauchen, ist aktuell eigentlich tot. Er ist tot, richtig tot, ganz weit tot, weil er einfach viel zu teuer ist. Und Sie echauffieren sich, dass eine städtische Wohnungsgesellschaft darauf reagieren muss. Hätten Sie den Prozess im Aufsichtsrat begleitet, hätte man vielleicht eine bessere Lösung gefunden. Hier ist auf jeden Fall nicht der richtige Ort, auch wenn vielleicht öffentlichkeitswirksamer.

Das, was Sie komischerweise nicht fordern, ist, dass der Sozialdezernent sich um alle Menschen kümmert, die aufgrund der Inflation von Wohnungslosigkeit bedroht sind, sondern nur um die Mieter der GAG. Das finde ich auch nicht so ganz fair. Wir haben schließlich noch einige mehr in Köln, die ein Problem haben.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dann hätten Sie einen Änderungsantrag stellen können!)



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 32

- Nein.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie mir von Anfang an zugehört hätten, wüssten Sie, warum wir keinen Änderungsantrag stellen.

(Beifall bei der FDP)

Und wir können auch dem Änderungsantrag des Bündnisses nicht beitreten. Absichtserklärungen, Appelle an Land und Bund, aber keine konkrete Lösung für die jetzt betroffenen Mieter - das hilft denen kein bisschen, was wir hier machen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir von hier aus direkten Zugriff auf die GAG hätten, würde ich sagen: Bitte einen neuen Kompensationsplan, der vorgelegt ist nicht so ganz fair, weil, wie gesagt, nur ein Teil betroffen ist, und die müssen eine besonders große Last tragen. Da aber Nicht-Aufsichtsratsmitglieder, wie die Mitglieder der FDP zum Beispiel, eigentlich keinerlei Details kennen, wie es dazu gekommen ist, halten wir eine Einmischung von hier aus für nicht richtig und werden alle entsprechenden Anträge ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Liebe SPD-Fraktion, grundsätzlich stimmen wir Ihrem Antrag inhaltlich zu. Es bleibt allerdings zu befürchten, dass wir damit eine Sonderprüfung heraufbeschwören, weil wir einen unangemessenen Eingriff in die GAG vornehmen

(Zurufe)

und auf dieser Grundlage Anteilseigner klagen könnten. Und auch da - danke, Frau Ruffen, für diese schöne Rede gerade - sind wir nämlich genau der gleichen Meinung: Warum habt ihr das nicht im Aufsichtsrat getan, was ihr jetzt gerade hier machen möchtet? Wieso befassen wir uns hier gerade mit diesem Thema?

Wir von Volt sind auch nicht in diesem Aufsichtsrat, und trotzdem glauben wir, dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen als das, was

euer Antrag gerade hier suggeriert. Denn wir vermuten oder wir befürchten, dass das nämlich die GAG finanziell zusätzlich belasten würde, und das lehnen wir natürlich völlig ab. Daher ist es notwendig, dass wir den vorliegenden Ersetzungsantrag einbringen.

Wir appellieren zum einen an Bund und Land, die Wohnungssanierung zu fördern, um die Last nicht auf die Mieter*innen abzuwälzen und damit der Wohnungsbau nicht tot ist. Das ist uns wichtig. Denn mitten in der aktuellen Krise die Mieter*innen mit einer derartigen Mietsteigerung zu konfrontieren, ist unverantwortlich, und zwar auch, wenn die steigenden Preise die GAG selbst treffen. Zudem mangelt es hier nicht nur uns als Nicht-Aufsichtsratsmitglieder, sondern auch allen anderen Menschen, die interessiert sind, an Transparenz und Kommunikation rund um diese Mieterhöhung. Es gibt nämlich nur die Artikel aus der Presse.

Andererseits möchte ich der GAG jedoch auch danken, dass sie vom Leistbarkeitsprinzip bei Neuvermietungen Gebrauch macht und alle Institutionen einen unverzichtbaren Beitrag zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in Köln leistet. Auch wenn heute keiner von der GAG da ist, so könnt ihr es sicherlich weitertragen.

Diese Rolle der GAG sollte beibehalten werden, und vor der Mieterhöhung sollten andere Handlungsoptionen gründlich durchdacht werden. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Stadt. Wir gehen davon aus, dass dies auch geschieht.

An die Verwaltung möchte ich zudem einen Appell richten; denn wir müssen natürlich aktiv werden, um Wohnraum aktiv zu schützen und Menschen nicht in die Obdachlosigkeit zu treiben. Wir hatten dieses Thema auch schon zuvor im jetzigen Haushalt und haben zwei Kampagnen beschlossen, einmal die Nachbarschaftskampagne „In der Krise gemeinsam stark für das soziale Miteinander hier in Köln“ - das ist bisher der Arbeitstitel; hier ein Dank an Frau Dr. Robinson - und eine zweite Kampagne zum Thema Wohngeld. Auch da ist die Stadt schon aktiv geworden, es ist aber noch nicht aktiv genug.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Handlungsrahmen, und es gibt Hilfesysteme. Wir sind aber dafür verantwortlich - mit der Verwaltung zusammen -, dass diese auch greifen und die Menschen, die es wirklich benötigen, diese auch nutzen können und davon erfahren. Auf dass niemand aufgrund dieser Krise obdachlos werde!



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 33

Das ist auch unsere Verantwortung. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über den Ersetzungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Wer wünscht, dem Antrag der LINKEN zuzustimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von FDP und AfD. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der so beschlossen. Damit entfällt der Ursprungsantrag.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Kölner Klima Bond“ AN/1520/2022

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1613/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke.,
FDP und Volt
AN/1816/2022**

Als Erster hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Für mich ist bei diesem Antrag jetzt fast schon Weihnachten; denn ich hatte ja vorletztes Mal dazu gesprochen, dann haben wir es verschoben. Dann sind wir alle noch einmal zusammengekommen. Wir haben das als Erste hier vorgeschlagen, aber auch viele andere hatten schon die Idee - auch im Wahlprogramm. Ich glaube, auch im Bündnisvertrag war es enthalten.

Ich sah einfach die Notwendigkeit, dass wir auf die Tagesordnung eine Finanzierung bringen für die Klimawende, für die Instrumente, die wir dafür haben, weil wir wissen, dass der Haushalt angespannt ist, wir wissen, dass die Zinsen steigen und welche Möglichkeiten wir sonst noch für die Finanzierung haben.

Und ich freue mich, dass ich einmal ein breites Bündnis von Fraktionen hier gewinnen konnte, einen gemeinsamen Änderungsantrag hier zu stellen. Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich daran beteiligt haben. Ich glaube, das ist gerade in der letzten Sitzung vor Weihnachten eine schöne Sache.

Aber es wurde damals hier im Rat auch geschmunzelt, als ich sagte, Verwaltung und Politik sollten Hand in Hand gehen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie können sich erinnern. Ich möchte mich recht herzlich bei der Verwaltung bedanken, die sich wirklich viel Mühe gegeben hat, sogar eine richtige konzeptionelle Überlegung dafür angestellt hat und sich alles angeschaut hat, nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken genau abgewogen hat, und dann zu einer Empfehlung eines Pilotprojekts kommt. Das heißt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir haben sofort die Unterstützung von der Verwaltung, von der Fachverwaltung, von der Kämmerin für diesen Antrag, was uns natürlich sehr freut. Da geht mein Herz auf.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das heißt, es wird wirklich einmal wahr in Köln, dass wir gemeinsam hier versuchen, etwas zur Finanzierungsart umzusetzen, und dass wir gemeinsam das anpacken wollen. Das freut mich. Darum bitte ich um breite Unterstützung. Und nochmals danke, Frau Oberbürgermeisterin, an Ihre Verwaltung, auch wenn ich da besonders die Kämmerin anschauen darf. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Schneeloch.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! In der Stadt, in der angeblich nichts funktioniert, wenn man der Presseberichterstattung und Social Media glauben darf, hat etwas in den letzten zwei Monaten ganz hervorragend funktioniert, nämlich die Absprachen zu diesem gemeinsamen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Ulli, vielen Dank auch dafür, dass du das Thema vor zwei Monaten hier in die Debatte gebracht hast und so geduldig mit uns ausgeharrt hast. Das ist ja sonst nicht so deine Stärke.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 34

(Zurufe von der FDP: Oh!)

- Oh, das stimmt schon!

Aber wir haben das sehr schön zusammen gemacht, und zwar, dass wir uns zusammengesetzt haben, um etwas Gemeinsames daraus zu machen. Ich freue mich ganz besonders, dass wir hier mit allen demokratischen Fraktionen zusammen dieses Thema vorantreiben. Denn es wird schöner, weil es dem Konzept der Verwaltung auch zuspielt. Es geht weiter, weil wir es alle zusammen machen. Und es wird eben auch größer, weil wir damit zusammen auf ein klimaneutrales Köln schauen. Das ist auch Verantwortungsübernahme, was wir hier machen, und es bedeutet gleichzeitig Freiheit für uns alle.

Liebe Frau Dr. Diemert und auch das Team der Kämmerei, besonders Herr Blaeser, nochmals meinen Dank für das wirklich gute Konzept, was uns im Finanzausschuss vorgestellt worden ist. Da ist jetzt auch unser Antrag sehr passend zur Handlungsempfehlung der Stadt.

Ich wollte jetzt aber vielleicht noch zwei, drei Sätze dazu sagen für den wohlwollenden Zuschauer oder die Zuschauerin, was wir denn hier eigentlich machen:

Wir verbriefen grüne und nachhaltige Großprojekte der Stadt Köln und fragen nicht eine Bank ganz klassisch nach einem Bankenkredit, sondern besorgen uns das Geld auch von anderen gewillten Investor*innen. Diese geben uns Geld. Sie bekommen von uns einen Zins. Am Ende der Laufzeit bekommen sie das Geld zurück, und die Investoren sind glücklich; denn sie haben in eine sichere Anlage mit einem Nachhaltigkeitszweck investiert. Und wir schnüren ein Paket für Investitionen, für energetische Gebäudesanierungen, aber auch für Themen aus unserer Strategie „Klimaneutrales Köln“, die wir heute noch beschließen, vielleicht sogar Projekte aus unserer heißgeliebten Großprojektliste - wir wissen es ja noch nicht -, aus dem Bereich Verkehr und diverse weitere Maßnahmen, die auf die Klimaneutralität Kölns einzahlen.

Ob wir damit noch anstehende Projekte oder schon in Umsetzung befindliche Projekte oder bereits abgeschlossene Projekte zur Refinanzierung finanzieren, um dieses Paket zu schnüren, um da eine grüne Schleife herumzumachen - das ist noch entsprechend auszuarbeiten. Aber dieses Projekt oder diese Projekte im Paket bieten wir dann nicht einer Bank zur klassischen Finanzierung an, sondern vielen weiteren interessierten Investor*innen im Kapitalmarkt, Pensionskassen,

Versicherungen, anderen Banken, Asset-Managern oder auch Investmentfonds, nämlich Marktteilnehmer*innen, mit denen wir sonst als Stadt nicht zusammenarbeiten würden.

Besagte Investor*innen suchen händierend nach grünen Investitionsmöglichkeiten, nach Infrastrukturprojekten, nach Projekten in der Daseinsvorsorge, nach sicheren Anlagemöglichkeiten mit Emittenten mit guter Bonität. Das bringt uns auch viele Vorteile als Stadt zum klassischen Bankenkredit. Wir machen uns hier ein Stück weit unabhängig von Banken, obwohl wir kein Liquiditäts- oder Finanzierungsproblem haben, sondern wir nehmen einfach mit einem Green Bond ein weiteres Werkzeug in unseren Werkzeugkasten für kommunale Finanzierungsmöglichkeiten.

Wie jetzt am Ende die genaue Gestaltung aussieht - Schuldschein oder Anleihe, die Laufzeit, der Zins, welche Projekte hineinkommen -, bleibt auszuarbeiten; genau das geben wir heute in Auftrag. Der Vorteil einer Anleihe - börsenplatziert - wäre, dass auch jeder Einzelne von uns sich ein Stück Kölner Finanzierung ins Wertpapierdepot legen könnte. Das hat Vor- und Nachteile. Wenn man zum Beispiel zu einem bestimmten Zeitpunkt eine solche Anleihe an der Börse platziert, kann man nicht bestimmen, wer diese Anleihe kauft. Man könnte auch Investoren haben, die einem nicht so gut gefallen. Bei potenziell weiter steigenden Zinsen könnte es auch weiter zu einem Kurswertverlust kommen, wenn man einen festen Zins vereinbart hat.

Mit einem Schuldschein kann man zum Beispiel die Investoren aussuchen. Das, glaube ich, würde uns auch ganz gut gefallen. Das könnten wir auch im Finanzausschuss weiter besprechen und diskutieren. Da kann man entsprechend steuern. Aber man könnte zum Beispiel als Kölner*in sich nicht selbst hier einen Teil der Anleihe mit ins Depot legen.

Mich freut es sehr, dass die Verwaltung sich beide Möglichkeiten sehr ergebnisneutral anschaut. Wir können aus Fehlern und auch Erfahrungen anderer Städte, wie München, Hannover, Münster, lernen. Münster, wo man es zuletzt gemacht hat, war vielfach am Kapitalmarkt überzeichnet. Dort ist man von 100 Millionen auf 140 Millionen Euro hochgegangen, weil die Nachfrage so groß war.

Einer der wichtigsten Punkte ist für mich tatsächlich, dass wir damit einen aktiven Teil zu Sustainable-Finance-Maßnahmen und zur Transformation des Kapital- und Finanzmarktes beitragen. Denn wir geben damit interessierten Inves-



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 35

tor*innen eine Anlage, die in Klimaschutz investiert, und haben als Emittent als Stadt Köln eine ausgezeichnete Bonität.

Ich habe noch ganz viel anderes aufgeschrieben, was ich jetzt einfach weglassen, weil ich sehe, dass ich über meine Zeit bin.

Ich freue mich sehr darüber, dass wir das zusammen machen. Ich finde das mutig von uns, zusammen zu einem solchen Tool zu greifen, was noch nicht so viele Kommunen in Deutschland gemacht haben. Wir platzieren uns damit ganz hervorragend.

Ob unser Green Bond als Chefsache auch eine lokale Medienberichterstattung wert ist, bleibt abzuwarten - vermutlich nicht; denn wir loben uns ja hier auch immer ganz gern. Vielleicht reden wir uns auch alles zu schön, aber ich finde es hervorragend. Und nicht gemeckert ist Lob genug. Zudem ist Loben auch okay; das muss man nämlich auch mal machen, wenn man gemeinsam etwas Gutes schafft ohne große Reibereien, Politik und Verwaltung zusammen, was ich sehr schön finde. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn es hier ums Loben geht, darf ich natürlich nicht fehlen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Auch von meiner Seite aus vielen Dank an die Verwaltung.

Ich will Sie gar nicht lange aufhalten. Ganz kurz: Wir stehen - das ist auch im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP so festgehalten - vor einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. Ich vermute, selbst diejenigen, die nicht an diesem Koalitionsvertrag mit der Partei beteiligt sind, würden das unterschreiben. Aber dieses Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen betrifft insbesondere die Kommunen und damit auch uns.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat in einem Beitrag festgehalten, für dieses Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen sind die Kommunen zentral. Warum ist das so? - Weil allein 60 Prozent der Bauinvestitionen in Deutschland von Kommunen getragen

werden, das heißt, auch all die Bauinvestitionen, die jetzt anstehen, um klimaneutral zu werden bzw. um jedenfalls Klimaneutralität anzustreben, das heißt klimaneutrales Wohnen, das heißt vor allem ÖPNV, und das bedeutet auch die Umstellung der Verkehrsinfrastruktur.

Nach einer aktuellen Studie, die das allerdings nur ein bisschen grob fassen kann, werden die Kommunen vermutlich 170 Milliarden Euro insgesamt investieren müssen, um den Klimawandel zu stemmen. Die gute Nachricht für uns in Köln ist: Von diesen 170 Milliarden Euro müssen wir nicht alles alleine stemmen, aber doch einen erheblichen Anteil. Deshalb fand ich die Idee, die mit dem FDP-Antrag hier im Rat erstmalig so aufgeschlagen ist, nach neuen Finanzierungsinstrumenten zu suchen, richtig. Das gilt erst recht - auch wenn wir aktuell kein Finanzierungsproblem über die Kredite haben - in Zeiten steigender Zinsen, die langfristig und mittelfristig dazu führen werden, dass sich auch die Kredite verteuern.

Uns als SPD-Fraktion war es ein Anliegen, dass die Sparkasse als unser Kreditinstitut hier in Köln daran beteiligt wird. Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Nun hat die Verwaltung das alles auch zum Anlass genommen, ein ausführliches Konzeptpapier vorzulegen. Dafür tatsächlich auch wirklich vielen Dank und Lob! Das ist sehr informativ. Zudem wurde uns im Finanzausschuss auch versichert, dass selbstverständlich mit der Sparkasse geredet wurde und geredet werden wird, dass es aber vermutlich die Sparkasse alleine nicht stemmen kann, obwohl sie natürlich über wirklich ausgesprochene Expertise verfügt.

Das alles glauben wir so. Deswegen war es auch für uns in Ordnung, jetzt den Änderungsantrag zurückzuziehen und auf diesen gemeinsamen Antrag zu gehen. Wir werden uns jetzt in dieses Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen begeben müssen. Wir werden schauen müssen, wie wir einen solchen Green Bond ausgestalten. Ist es ein Schuldschein, oder ist es eine Anleihe? Eine Anleihe bringt erheblich mehr Aufwand mit sich, hat aber auch Vorteile: erstens, was das Volumen angeht, das dann etwas höhergeschraubt werden kann. Und zweitens - das darf man nicht unterschätzen, auch wenn es kein wirklich finanziell greifbarer Vorteil ist -: Die Anleihe ist handelbar und bietet damit auch die Chance für Bürgerinnen und Bürger, sich zu beteiligen, was an sich eine charmante Idee ist, auch wenn man natürlich jetzt nicht allein nur vor diesem Hintergrund das Instrument wählen sollte.



Kurze Rede, langer Sinn: Ich finde es auch gut, dass wir uns hier gemeinsam auf den Weg machen. Als Sozialdemokrat ist mir aber auch Folgendes ein Anliegen: Die Kommunen stehen nicht nur, was den Klimawandel und die Dekarbonisierung angeht, vor großen Herausforderungen. Sie stehen noch immer vor großen Herausforderungen, soziale Infrastruktur vorzuhalten. Deswegen - je nachdem, wie sich das anlässt - kann man durchaus in Zukunft auch noch mal, ohne dass ich das jetzt schon abschließend fixieren kann und will, überlegen, auch in Richtung Social Bonds zu gehen. Aber lassen Sie uns das jetzt erst einmal mit den Green Bonds angehen und Erfahrungen sammeln. Wenn diese gut sind, besteht immer noch die Option. - In diesem Sinne: Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Ich würde gern, bevor ich zu unserem eigentlichen Thema komme, noch einmal kurz Replik halten zu dem Punkt, den Gerrit Krupp gerade genannt hat, nämlich dass die größte Investitionswelle durch die Kommunen zu leisten ist. Das ist momentan genau das Problem: Wir haben hier das Subsidiaritätsprinzip. Es werden auf Bundesebene Gesetze beschlossen, aber es gibt keine Finanzierung dafür. Das ist etwas, da kann ich vor den Herausforderungen nur Folgendes sagen: Wir haben an anderer Stelle heute noch das Thema Klimaneutralitätsstrategie. Wenn man allein die Dinge aufsummiert, die nur in diesem Papier stehen, dann sind das große Milliardenbeträge, die wir zu stemmen haben, aber nicht alleine gestemmt bekommen.

An dieser Stelle also noch mal der Appell an Berlin: Das muss dringend nachgebessert werden! Wir brauchen hier eine faire Finanzierung für die Kommunen, damit wir auf den Kosten nicht sitzenbleiben und damit das nicht so eine Mogelfinanzierung wird, wie wir das im Fall der Ukraine-Geflüchteten haben, wo der Bundeskanzler uns Gelder versprochen hat und am Ende die Landesregierung dann nur eine Verteilung über die Jahre oder Jahrzehnte entsprechend umsetzen kann.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht das, was wir erwarten.

Aber kommen wir zum eigentlichen Thema: dem Green Bond. Wir haben einen Transformationsprozess, den wir heute an anderer Stelle auch noch einmal bekräftigen und wofür wir die Voraussetzungen schaffen.

Dieser Transformationsprozess ist für das Thema Klimaneutralität wichtig. Wir haben aber noch einen zweiten Transformationsprozess. Das ist das Thema Digitalisierung. Beide Prozesse zusammen erfordern eine vernünftige Finanzierung. Wir können das sicherlich mit den althergebrachten Instrumenten schaffen, aber wir blenden damit einen großen Kreis von Investoren aus; denn viele Anleger haben heute Anlagerichtlinien, in denen gerade die Themen Nachhaltigkeit, aber auch Sozialanlagen und Ähnliches eine wichtige Rolle spielen. Genau darauf müssen wir reagieren.

Ich bin sehr froh und möchte mich ebenfalls bei der Kämmerei und der Kämmerin für die guten Vorarbeiten bedanken, die geleistet worden sind; denn es gehört einfach zum Portfolio dazu, dass wir da eine Möglichkeit haben. Und wenn da tatsächlich die Chance besteht, den einen oder anderen Euro zu sparen oder dadurch zusätzliche Finanzmittel zu akquirieren, dann ist das genau richtig. Deshalb geben wir von unserer Seite eine klare Zustimmung zu unserem gemeinsamen Änderungsantrag. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben damit ein Instrument, mit dem wir zusätzliches Geld akquirieren können. Ob wir es brauchen, hängt am Ende vom Preis und von der Notwendigkeit ab, solche Mittel ebenfalls zusätzlich zu akquirieren. Aber noch einmal mein Appell an Bund und auch Land, die Kommunen in diesen beiden Transformationsprozessen nicht zu vergessen; denn alleine werden wir das nicht schaffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauende! Wir begrüßen es sehr, Green Bonds als eine alternative Refinanzierungsmöglichkeit zu nutzen. Auch wir möchten an dieser Stelle ein Lob an die Verwaltung aussprechen: Die vorgelegten konzeptionellen Überlegungen zu Green Bonds sind von hoher Qualität und sehr informativ.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 37

Frau Dr. Diemert, lassen Sie mich das sagen: Sie haben mit Ihrer Ausarbeitung den jetzt vorliegenden Antrag so richtig erst rund gemacht. Deswegen sind wir auch gerne bei diesem Antrag dabei.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundsätzlich ist es so, dass die Stadt Köln keinerlei Schwierigkeiten hat, Liquidität zu beschaffen. Das hat Sandra Schneeloch auch schon gesagt. Die Stadt Köln verfügt über ein breites Portfolio von potenziellen Kreditgebern und über eine gute Bonität. Auch geht es bei der Emission von Green Bonds nicht um ein Finanzierungsprogramm für zusätzliche Schulden. Es geht darum, den Ausbau des städtischen Klimaschutzes, der Anpassung und Resilienz zu beschleunigen. Dazu muss strukturell und transformativ gedacht werden. Deshalb ist es auch wirklich sehr sinnvoll, den Verkehrssektor mit einzubeziehen. Das begrüßen wir sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Green Bonds werden auf Kapitalmärkten eine immer wichtigere Rolle spielen. Dass sie erfolgreich eingesetzt werden können, zeigen internationale Beispiele wie unter anderem aus Kommunen in Schweden. Unsere Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass sich die Verwaltung diesem Thema annehmen will; denn sie wird in den kommenden Jahren nicht darum herumkommen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es wird an Bedeutung gewinnen. Daher ist es gut, sich frühzeitig zusätzliche Expertise anzueignen.

Die Expertise erkennt man auch an der Ausarbeitung. Ich glaube einfach, dass hier auch noch mehr dazukommen kann. Köln kann bei diesem wichtigen Thema als führende Großstadt eine Vorreiterrolle einnehmen und ein Vorbild für weitere Kommunen sein, die auch Interesse daran haben, Green Bonds so aufzusetzen.

Analog zur Herausgabe von Green Bonds denken wir aber, dass die Verwaltung gut beraten wäre, sich auch mit Social Bonds näher zu befassen; Herr Krupp hat es angesprochen. Dass diese im Sinne des Allgemeinwohls eingesetzt werden können, belegt klar das Beispiel aus München. Durch einen Social Bond konnte dort ein Verkaufsrecht finanziert werden, bezahlbarer Wohnraum konnte erhalten bleiben.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Die Verwaltung sollte sich mit solchen Möglichkeiten unbedingt befassen; und ich hoffe, das kommt

auch. Damit Social Bonds sinnvoll eingesetzt werden können, sollten die Kriterien allerdings eng genug gesteckt werden.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, dies führt mich zu einer grundlegenden Frage, nämlich der Frage nach der Überprüfbarkeit und den Kriterien. In Bezug auf Green Bonds muss Folgendes zufriedenstellend beantwortet werden: Was ist grün, und wer entscheidet das? - Die vielen kritischen Stimmen hinsichtlich der EU-Taxonomie weisen auf die Dringlichkeit dieser Frage hin. Für Kölner Green Bonds muss gelten: Kriterien müssen exakt und überprüfbar sein, und es muss für Investoren Transparenz herrschen.

Greenwashing, das allein auf Außenwirkung abzielt, ist unbedingt zu vermeiden. Nicht, dass wir das vorhätten, aber das sollten wir einfach im Blick behalten.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Auch sollte ein möglichst partizipativer Ansatz gewählt werden. Sowohl bei Green Bonds als auch Social Bonds sollte ein Fokus darauf liegen, neue Investorengruppen anzusprechen. Auch Privatpersonen sollte es ermöglicht werden, sich an der Finanzierung von Klimawende und sozialen Projekten zu beteiligen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen wirtschaftlichen Vorteil von solchen Anleihen herausstellen - dieser ist der Ausarbeitung auch zu entnehmen -: Die vergangenen Jahre waren von einer Null-Zins-Phase geprägt. Dies hat sich nun geändert. Es wird eine erhöhte Zinslast auf die Kämmerei zukommen. Green Bonds können möglicherweise eine Alternative darstellen, um Zinsvorteile zu generieren. Auch kann es von Vorteil sein, dass Projekte rückwirkend finanziert werden können. So können entsprechende Risiken gemindert werden. Auch da kann ich nur auf die Ausarbeitung verweisen, die wirklich sehr informativ und sehr genau ist.

Entsprechend tragen wir diesen Antrag gerne mit. Wir prüfen es ja und werden sehen, ob am Ende Anleihen oder Schuldscheine infrage kommen. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind, gemeinsam irgendwann vielleicht Green Bonds in Köln zu haben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 38

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik, bitte.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich für meine drei Worte des Dankes nicht nach vorne kommen, aber mein Mikrofon wollte das nicht.

Vielen Dank an Ulli Breite und die FDP für die Initiierung dieser Idee. Und einen ganz besonderen Dank an die Kämmerei, die diese Diskussion auch im Finanzausschuss damit ermöglicht hat, dass sie uns dort ein ausführliches Konzeptpapier präsentiert hat, sodass wir viele der fachlichen Diskussionen dort schon führen konnten.

Die Inhalte hat Frau Schneeloch gerade wunderbar ausgeführt. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen. An die Fraktion DIE LINKE gerichtet: Ich bin an der Stelle auch ganz froh, dass wir jetzt nicht noch anfangen, die Social Bonds im Rat zu diskutieren. Lassen Sie uns das dann im Finanzausschuss machen,

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

wenn wir gute Erfahrungen mit den Green Bonds gemacht haben. Am Ende ist jeder Euro oder nahezu jeder Euro, den die Stadt ausgibt und den die Stadt aufnimmt, ein Euro, der in Gemeinwohl investiert wird. Von daher wird das dann noch eine sehr interessante Diskussion, wie Social Bonds hier diskutiert werden. Aber wie gesagt, das machen wir zu einem anderen Zeitpunkt.

Vielen Dank für die Zusammenarbeit und dass wir hier so eine breite Mehrheit für diesen Antrag bekommen. - Danke.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen aus Politik und Verwaltung! Auch mein Mikrofon zickt heute herum. Deswegen muss ich auch für drei Worte nach vorne kommen.

Die KLIMA FREUNDE begrüßen das sehr. Das sagte ich auch bereits in den Ausschüssen, wo ich die Gelegenheit dazu hatte. Ich glaube, wenn ich

mich recht entsinne, ist es auch möglich, dass ich jetzt noch mit auf den Antrag draufgehe. Ist das richtig so?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das habe ich nicht zu entscheiden. Aber Sie können ihm natürlich zustimmen.

(Zurufe)

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja? Kann ich machen? - Okay, super. Danke. Das wäre mir an der Stelle sehr wichtig.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein, das geht nicht! Das muss man vorher machen! - weitere Zurufe)

Ich stelle das jetzt ganz bewusst in den Raum, weil das natürlich, wie ihr euch denken könnt, ein Thema wäre, wo die KLIMA FREUNDE sehr gerne mit eingebunden worden wären und dementsprechend auch gerne mit als Antragsteller*in auftauchen würden.

Also, keine Ahnung, wie das jetzt hier formal vor sich gehen könnte und wer das jetzt zu entscheiden hat. Das wäre auf jeden Fall eine Bitte von mir an die Antragsteller*innen, die jetzt auf dem Antrag stehen.

So oder so, um jetzt diesen doch etwas längeren Redebeitrag endlich zu beenden: Vielen Dank dafür. Die KLIMA FREUNDE stimmen dem auf jeden Fall zu.

Und, genau, Herr Achtelik sagte es bereits - das wäre auch noch eine Aussage, die ich an die Fraktion DIE LINKE richten würde, die ich offensichtlich nicht oft genug wiederholen kann -: Klimapolitik ist Sozialpolitik! Es geht immer um Klimagerechtigkeit, und das eine geht nur Hand in Hand mit dem anderen. Das heißt, wir haben hier automatisch auch einen Social Bond. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch einmal fragen, ob Sie gestatten, dass Frau Gabrysch auf den Antrag draufgeht.

(Zurufe: Ja! - Ulrich Breite [FDP]: Wegen Weihnachten!)



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 39

Die weihnachtliche Stimmung, Frau Gabrysch, macht es möglich. Vielen Dank.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Vielen Dank!)

Dann lasse ich jetzt zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt und von Frau Gabrysch. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse über den Ursprungsantrag in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Rückholrecht des Rates - Verkehrsversuch Deutzer Freiheit" AN/2223/2022

Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Die Vernichtung von Existenzen droht, wenn wir jetzt nicht als Rat handeln. Der Verkehrsversuch mit einem Verbot der Autos auf der Deutzer Freiheit ist gescheitert.

Die Lage der Gewerbetreibenden vor Ort ist dramatisch. Es drohen einzigartige Strukturen einfach zerstört zu werden. Viele Gewerbetreibende und ihre Familien werden kein schönes Weihnachten dank der Stadt Köln haben. Corona hat man noch nicht verdaut und jetzt das! Der Rat muss jetzt handeln und das Ganze an sich ziehen. Das können wir der Bezirksvertretung nicht mehr alleine überlassen.

(Beifall bei der AfD)

Die Frage der Straßensperrungen und -regelung ist von fundamentaler Bedeutung für Köln. Eine Umfrage der IHK unter den Geschäftsleuten ist eindeutig: 80 Prozent der Befragten fordern den Abbruch dieses Verkehrsversuchs.

Die Dramatik der Lage vor Ort wird an den folgenden Fakten deutlich: Zwei Drittel der Unternehmen klagen über Umsatzrückgänge zwischen 10 und 60 Prozent, Mehrkosten bei der Logistik,

80 Prozent der Unternehmen verzeichnen Rückgänge bei der Kundenfrequenz - was das für zukünftige Umsätze heißt, will ich mir erst gar nicht vorstellen -, Abnahme der Qualität des öffentlichen Raumes, zum Beispiel durch Vermüllung, und Probleme mit den Radfahrern. Zudem herrscht ein allgemeiner Unfrieden im Veedel: Ladenlokale von Gegnern dieses Verkehrsversuchs werden bespuckt - und das nur, weil eine Gruppe von sogenannten Aktivisten aus dem grünen Vorfeld die grüne Bezirksvertretung dazu animiert haben, diesen unternehmerfeindlichen Verkehrsversuch zu machen.

Wahrscheinlich haben viele Gewerbetreibende das gar nicht so mitgekriegt, weil man einfach zu sehr mit dem eigenen Geschäft beschäftigt ist. Schließlich müssen die eigenen Rechnungen, die Mitarbeiter und die Steuern bezahlt werden. Da bleibt natürlich wenig Zeit für eigenen Aktivismus - anders als bei den sogenannten links-grünen Aktivisten.

Das Thema Deutzer Freiheit ist bezeichnend für die gesamte Stadt und Deutschland: Die wertschöpfenden Milieus werden geknechtet, sie sind meist leise und wollen, wie die große Mehrheit in diesem Land, nur ihre Ruhe haben. Ganz anders die sogenannten Aktivisten: Die wollen alles und jedem ihre ökobolschewistische Vorstellung einer Transformationsgesellschaft aufzwingen.

(Unruhe)

Sie können es,

(Beifall bei der AfD)

weil sie dank guter Unterstützung durch etablierte Politik mit Steuergeldern von ebendiesen wertschöpfenden Milieus die Zeit dafür haben.

Die Verwaltung mit grünem Einschlag hält offenbar an diesem Verkehrsversuch fest. Die Zerstörung von Existenzen wird dabei fahrlässig in Kauf genommen. Nur über den Rat lassen sich tragfähige Kompromisse erarbeiten, Existenzen retten und der Friede im Veedel wiederherstellen. Daran können Lehren für ganz Köln gezogen werden. Es gibt gute Kompromisse: Schließung der Freiheit am Sonntag oder Samstag, Spielstraße, Kurzzeitparken etc. Die Verzweiflung ist groß, wie ich es in Gesprächen mit den Betroffenen vor Ort erfahren durfte.

Meine Damen und Herren, Deutz ist wie die gesamte Innenstadt nicht unbedingt eine AfD-Hochburg. Wenn ich dort als AfD-Vertreter aus keinem Geschäft geworfen werde, ist das ein klarer Beleg



für die Dramatik der Lage. Und ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Alle, die hier im Rat sitzen, mit Ausnahme von uns, möchten, dass wir vor Ort keinen Fuß fassen. Deshalb gebe ich der Verwaltung und Ihnen hier als Vertreter der Altparteien mal den Tipp: Beenden Sie den Verkehrsversuch so schnell wie möglich! Dann rettet man vielleicht noch etwas vom wichtigen Weihnachtsgeschäft und den gesellschaftlichen Frieden im Veedel.

Wir, die AfD, stehen fest an der Seite der wertschöpfenden Milieus in Deutz, in Köln und in ganz Deutschland. Wir werden es nicht zulassen, dass das nächste Veedel ruiniert wird. Zeigen Sie, dass Sie das auch tun, und handeln Sie jetzt zum Wohle Deutz' und Kölns!

Da wir bald Weihnachten haben, stelle ich hier im Saal auch ganz bewusst als Änderungsantrag zu unserem Antrag:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, das Verkehrsexperiment zumindest für die Dauer des Weihnachtsgeschäfts bis zum 07.01.2023 auszusetzen.

Ich glaube, das schulden wir den Geschäftsleuten. Diese Leute haben Besseres verdient! - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich habe den Hinweis zu geben, dass dieser Antrag rechtlich nicht umsetzbar ist und deswegen auch der Änderungsantrag nicht behandelt werden kann. Der Rat kann hier keine Zuständigkeiten an die Bezirksvertretungen übertragen, sondern die Kompetenzen der Bezirksvertretung ergeben sich hier unmittelbar aus der Gemeindeordnung. Das muss man natürlich dabei wissen. Deswegen frage ich jetzt zwar weiter nach Wortmeldungen, aber so ist die Gesetzeslage. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ganz kurz dazu: Wir haben es geprüft. Das kann man natürlich auch, wie Sie immer so schön sagen, anders sehen. Wir sehen das in dem Fall anders. Wir sehen hier keine direkte, sondern eine durch den Rat zugeteilte Zuständigkeit. Es ist auch nichts ersichtlich, weshalb wir es nicht zurückholen können. Ich weiß nicht, ob es § 39 oder § 37 GO ist, wo die Zuständigkeit der Bezirksvertretung steht. Da steht dies explizit nicht. Das ist unsere Ansicht. Deswegen mal eine

andere Ansicht als die, die die Verwaltung hier vertritt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja ganz grundsätzlich so: Was man nicht abgegeben hat, kann man auch nicht wieder zurückholen. Deswegen muss ich Ihnen einfach sagen: Es ist nach der Gemeindeordnung den Bezirksvertretungen übertragen.

(Philipp Busch [AfD]: Nein!)

Deswegen kann ich Ihnen nur diesen rechtlichen Hinweis geben.

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir haben TOP 3.1.5, 3.1.6 und 3.1.7 in der aktuellen Stunde behandelt. Wir haben aber neu hinzubekommen den Tagesordnungspunkt

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Struktursicherung der anerkannten Betreuungsvereine in Köln“ AN/2302/2022

Wird das Wort gewünscht? - Herr Erkelenz.

Martin Erkelenz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass dieser Antrag heute noch auf die Tagesordnung gekommen ist. Bereits im Ausschuss für Soziales und Senioren hatte ich angekündigt, dass wir zum Strukturerhalt der Betreuungsvereine noch etwas unternehmen wollen. So freut es mich, dass wir das heute hier noch kurz besprechen können.

Es geht um den Erhalt der Fähigkeit zur Betreuung von Menschen im Rahmen einer in Köln subsidiären Struktur für die seit 1992 schon gesetzlich festgelegte Betreuung von Menschen in unserer Stadt. Dafür ist eine Strukturförderung noch für dieses Jahr, für 2022, dringend erforderlich, und ich hoffe, dass die Mittel, wenn wir sie heute beschließen, also den Antrag heute beschließen, auch dieses Jahr noch fließen können. Insofern danke ich allen, die mitgeholfen haben, dass wir



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 41

das heute bis hierhin noch schaffen, und hoffe, dass hier ein Stück Subsidiarität in unserer Stadt auch weiter erhalten bleibt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Nein. Dann für DIE LINKE Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Herr Erkelenz, vielen Dank, dass Sie diesen Antrag auf den Weg gebracht haben; wir haben ihn sehr gerne unterstützt. Uns geht es darum, dass wir das Ehrenamt gerade in der aktuellen Situation, in der wir uns befinden, unterstützen und fördern. Denken Sie nur an die Wohngeldreform. Da braucht man Menschen, die sich darum kümmern, dass Anträge gestellt werden, dass man eventuell gemeinsam zum Sozialamt geht und so weiter und so fort. Insofern ist das, glaube ich, ein wichtiger Antrag.

Vielen Dank auch Ihnen, Frau Kämmerin, dass Sie das mittragen und unterstützen. Das hat mir Herr Erkelenz berichtet. Insofern sind wir da, glaube ich, auf einem guten Weg. Vielen Dank.

Für uns als LINKE ist noch einmal wichtig, dass wir den Gedanken der Selbstorganisation unterstützen und fördern wollen. Die Entwicklung zeigt ja: Bei der Alterung der Gesellschaft brauchen wir mehr Ehrenamt und auch mehr Selbstorganisation. Ohne wird es nicht gehen. Insofern finde ich den Antrag gut und wichtig, auch wenn er jetzt ein bisschen schnell über die Bühne gebracht wurde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FDP-Fraktion das Wort gewünscht? - Von Volt? - Dann spricht jetzt Frau Scho-Antwerpes.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen im Stadtrat! Wir finden den Antrag sinnvoll und werden ihn auch mitgehen. Wir haben allerdings eine Nachfrage an die Verwaltung.

Lieber Herr Rau, die Nachfrage lautet folgendermaßen: Ist Ihnen bekannt, dass das Land das unterstützen wird?

(Das Mikrofon der Rednerin ist defekt und wird ausgetauscht)

Herr Rau, ich nehme an, dass die Nachfrage noch angekommen ist, nämlich inwieweit das Land beabsichtigt, sich zu beteiligen; denn wir wollen die Vorleistungen natürlich nicht den Trägern zumuten. Das ist das eine.

Das andere ist, wenn das Land mitspielen wollte, was wir jetzt aber nicht wissen. Wenn wir jetzt aber zustimmen, ohne zu wissen, ob das Land eventuell vorhatte, dieses so wichtige Anliegen zu unterstützen, dann bekommen wir die Mittel nicht. Dann sind wir allein beteiligt, also nur die Stadt. Ist Ihnen dazu etwas bekannt, Herr Rau?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Scho-Antwerpes, es ist so: Wir haben ein neues Bundesgesetz, was die Finanzierung ab 01.01. regeln wird. Wir haben zudem ein Landesausführungsgesetz, was vor wenigen Wochen in NRW erschienen ist. Wir haben aber eine dort angekündigte Landesdurchführungsbestimmung noch nicht vorliegen. Daher ist Ihre Frage noch nicht final beantwortbar. Es ist aber so, dass unsere informellen Gespräche mit dem Ministerium erwarten lassen - was wir aber erst seit wenigen Tagen wissen -, dass eine mögliche kommunale Spitzenförderung, die wir ab nächstem Jahr vorsehen, für die Landesförderung förderungsschädlich sein wird.

Man muss jetzt aber noch Folgendes wissen: Die Landes- und Bundesförderung beinhaltet hauptsächlich die sogenannten Querschnittsaufgaben. Das heißt, es wird die Akquise und Betreuung von ehrenamtlich Betreuenden gefördert, aber nicht deren Finanzierung. Und gerade die Finanzierung von schwierigen Fällen, von sogenannten C5-Fällen, ist in der neuen Gesetzgebung wahrscheinlich weiterhin insuffizient, sodass aus unserer Sicht eine künftige zusätzliche kommunale Förderung durchaus sinnvoll ist. Diese haben Sie im Prinzip auch beschlossen; die ist im Haushaltsplan ab 2023/24 vorgesehen. Und wir schlagen vor, dass wir dann ein Förderprogramm auflegen, sobald diese Landesdurchführungsverordnung bekannt sein wird.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich hatte ja schon angekündigt, dass wir dem Antrag zustimmen werden.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 42

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich, ob es weitere Wortmeldungen dazu gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes betreffend den Abgrenzungskatalog zur Zuständigkeitsordnung hier: Aufnahme des Abgrenzungskatalogs in die Zuständigkeitsordnung 3970/2022

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der LINKEN.

Dann kommen wir zu den Anfragen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Stand „Gemeinwohlbilanzierung Pilotierung““ AN/2197/2022

Antwort der Verwaltung vom 08.12.2022 4090/2022

Gibt es Nachfragen? - Offenbar nicht. Das ist eine Anfrage von Die FRAKTION. Es gibt keine Nachfragen. Dann ist das so.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Projektstruktur, Terminplan und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die geplanten Maßnahmen am Neumarkt“ AN/2281/2022

Die Anfrage ist kurzfristig eingegangen und wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Festkomitee Kölner Karneval“ AN/2282/2022

Diese Anfrage wird ebenso zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln 3651/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln 3652/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Neufassung der Friedhofssatzung der Stadt Köln 2267/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 2023 2579/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 15. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Köln 3458/2022



Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.2 Ausweitung der sozialen Staffelung bei den Mitgliedsbeiträgen der Stadtbibliothek Köln
2500/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.3 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln 2023
3348/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**6.2.4 Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgbühren in der Stadt Köln 2023
3346/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 6.4.1 ist vertagt.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

**7.2.1 Umgestaltung der Jesuitengasse zwischen Amboßstraße und Schmiedegasse in Köln-Weidenpesch
3030/2022**

Das ist eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Generalsanierung und Verkehrsberuhigung der Eupener Straße/Eschweilerstraße/Max-Walraff-Straße in Köln-Braunsfeld

3037/2022

Ebenso eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

**7.3 Kommunalinvestitionsförderungs-gesetz, Kapitel 1 und 2, Sachstandsmitteilung
4009/2022**

Ebenso eine Kenntnisnahme.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

**8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst
3763/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

**10.1 Strategie Klimaneutrales Köln
2547/2022**

**Änderungsantrag der AfD-Fraktion
AN/2291/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2298/2022**

Als Erste hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier - ein paar sind noch da - und vielleicht auch noch an den Bildschirmen! Das Ziel ist klar, und kaum einer stellt es infrage: Bis 2035 wird Köln klimaneutral sein. Doch was heißt das eigentlich?

Aktuell produzieren wir Jahr für Jahr fast 10 Millionen Tonnen Treibhausgase. 10 Millionen Tonnen! „Klimaneutral“ bedeutet per Definition, dass wir es unter 1 Million Tonnen schaffen. Das sind 7 Prozent Absenkung jährlich bis 2035. Im Moment sind wir bei 0,7 Prozent, meine Damen und Herren. Das ist ein Zehntel. Es wird also Zeit, dass



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 44

sich etwas ändert. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir heute den Grundstein für die Umsetzung unseres gemeinsamen Ziels, Köln bis 2035 klimaneutral zu machen, legen. Heute verständigen wir uns auf einen ersten groben Fahrplan. Heute erkennen wir an: Ja, wir können das schaffen, wenn wir alle zusammen das anpacken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was das im Einzelnen heißt, zeigen die vorliegenden 1 000 Seiten eines Gutachtens. An dieser Stelle allen, die daran mitgewirkt haben, ein ganz herzliches Dankeschön.

Sechs Handlungsfelder - von der Energieversorgung über unsere Gebäude, die Wirtschaft, die Mobilität bis zu unserem Lebensstil und den Rahmenbedingungen -, alles wird beleuchtet und eingeteilt in 22 Handlungsfelder: von Gebäudesanierung über den Ausbau der Solar- und Windenergie sowie des ÖPNV bis zur Schul- und Weiterbildung. Das Ganze mündet dann in konkreten Handlungsempfehlungen, die zusammengefasst in dem vorliegenden Band 2 sind. Das ist nun also unser Werkzeugkoffer. Das sind die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen.

Zur Wahrheit gehört: Dabei sind Instrumente, die dem einen oder anderen schmerzhaft erscheinen werden, weil sie uns vermeintlich einschränken, weil sie Flächen verbrauchen, die rar sind, weil sie viel Geld kosten, weil sie Personal binden und neues Personal benötigen und, und, und. Doch die gute Nachricht ist: Sie zahlen sich alle aus, und zwar in mehrfacher Hinsicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erstens. Wir erreichen mit ihnen unser Ziel, bis 2035 klimaneutral zu sein, und leisten damit unseren notwendigen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen. So begrenzen wir die Erderwärmung auf ein Maß, das verhindert, dass die Folgen unumkehrbar sind. Das und nicht weniger sind wir uns und den nachfolgenden Generationen schuldig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Zweitens. Wir erreichen aber noch viel mehr. Klimaschutz ist immer auch ein Investment in Gesundheit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Klimaschutz liefert viele lokale Co-Benefits. Erneuerbare Energien schaffen Unabhängigkeit von fossilen Importen und Preisschwankungen. Maßnahmen der Energieeffizienz wirken kostensenkend und amortisieren sich in vielen Fällen. Gut

sanierte Wohngebäude mit Lüftungsanlagen haben eine verbesserte Raumlufthygiene und sind gesundheitsförderlich. Eine gerechte Verteilung von Verkehrsflächen, die weniger stark auf den motorisierten Individualverkehr ausgelegt ist, ermöglicht Raum für Grünflächen sowie für andere Mobilitätsformen wie den Rad- und den Fußverkehr. Und eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr mindert außerdem die Lärm- und Schadstoffbelastung.

Drittens. Es rechnet sich auch wirtschaftlich; denn wir sparen unfassbar viel Geld, wenn wir weniger Klimawandelfolgen zu bewältigen haben. Die Katastrophe im Ahrtal und in der Eifel im letzten Jahr hat nach Schätzungen nicht nur sehr vielen Menschen das Leben gekostet, sondern auch 35 Milliarden Euro.

Lassen Sie uns also endlich anfangen! Lassen Sie uns heute mit breiter Mehrheit grünes Licht für den Klimaschutz in Köln geben! Wenn wir heute das vorliegende Gutachten als Handlungsrahmen anerkennen, dann wird Köln bis 2035 klimaneutral werden.

Die beiden Änderungsanträge, die vorliegen, lehnen wir Grünen ab. Liebe LINKE, wir halten eure sichtlich gut gemeinten Ergänzungsvorschläge wirklich nicht für notwendig, weil die Vorlage genau diese Ergänzungen bereits berücksichtigt. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier und am Livestream! Uns liegt heute ein Gutachten vor, das aufzeigt, dass es möglich ist, in Köln 2035 klimaneutral zu sein. Wir werden der dazugehörenden Beschlussvorlage zustimmen, weil wir anerkennen, dass das Gutachten eine Ausgangsbasis darstellt, auf der wir den Weg hin zum Ziel der Klimaneutralität gehen können. Wir sind nicht mit jeder getroffenen Annahme und auch nicht mit jeder vorgeschlagenen Maßnahme einverstanden, aber als CDU-Fraktion halten wir am Ziel der Klimaneutralität 2035 fest.

Wir sind überzeugt, dass wir den Veränderungsprozess in Köln nur erfolgreich gestalten können, wenn alle Bürgerinnen und Bürger wissen, was dies konkret für sie bedeuten wird, und wenn wir



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 45

ehrlich sagen, wie hoch die Hürden auf dem Weg zu diesem Ziel sind. Daher haben wir im Vorfeld Fragen gestellt, um mit den Antworten Transparenz zu schaffen, die uns an einigen Stellen in der Beschlussvorlage fehlt. Und um es offen zu sagen: Wir sind nicht mit allen Antworten glücklich. Deswegen möchte ich hier auf die Punkte noch einmal eingehen.

Das Gutachten benennt einen Investitionsbedarf in Höhe von 41,6 Milliarden Euro zur Umsetzung der genannten Maßnahmen. Das sind umgerechnet 40 000 Euro je Kölner - vom Säugling bis zum Greis, also für jeden Kölner. Auch wenn das auf groben Annahmen und Kalkulationen fußt, ist das halt die Basis, auf der wir heute die Entscheidung treffen. Natürlich ist das nicht das, was die Stadt Köln allein aufbringen muss, sondern wir gehen davon aus, dass auch Fördergelder von der EU und vom Bund fließen werden. Das ist alles wirklich noch sehr vage. Ich habe mir das in Stuttgart einmal angeschaut. Die gehen davon aus, dass sie mit 11 Milliarden Euro hinkommen. Das sind dann, glaube ich, 17 000 Euro je Einwohner. Ich glaube, das zeigt vor allen Dingen, wie vage diese Annahmen noch sind. Aber noch einmal: Das ist zurzeit die Summe, von der wir ausgehen können und auf der wir die Entscheidung heute treffen.

Der Maßnahmenkatalog - das ist Band 2 des Gutachtens - enthält viele Vorschläge, wie CO₂-Emissionen zurückgefahren werden können. Wenn wir diese Maßnahmen heute diskutieren würden, kämen wir an kein Ende. Es ist auch so, dass es ein Handlungsrahmen ist und die einzelnen Maßnahmen noch vorgelegt werden. Insofern wollen wir von unserer Fraktion aus Ihnen auch noch einmal die Kriterien mitgeben, die uns wichtig sind. Wir legen Wert darauf, dass die Transformation so gestaltet wird, dass neue Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, bevor die alten zurückgefahren werden. Das bezieht sich natürlich vor allem auch auf den ÖPNV. Wir müssen zum Beispiel dafür sorgen, dass in den Stadtrandgebieten ÖPNV vorhanden ist, bevor wir den motorisierten Individualverkehr massiv einschränken können.

Das Gutachten weist zudem einen Personalbedarf von insgesamt 314 Vollzeitstellen aus. Wir wollen bei jedem Beschluss dann auch noch einmal schauen, wie der Personalbedarf erklärt wird, und auch wirklich noch einmal darauf schauen, dass wir keine Doppelstrukturen schaffen im Verhältnis zu dem, was wir an Sachverstand im Stadtwerkekonzern und an anderen Stellen in der Stadtverwaltung zur Verfügung haben.

Beim zukünftigen Beschluss von Maßnahmen soll neben der Kosten-Nutzen-Analyse zur Wirtschaftlichkeit auch ausgewiesen werden, welche Kosten auf den Bürger zukommen. Wir möchten nicht, dass der Einsatz für das Klima letztlich nur ein Einsatz der Wohlhabenden ist oder dass nur Wohlhabende sich das leisten können. Ich finde, so ist zurzeit ein bisschen der Trend: E-Autos können sich diejenigen kaufen, die gut Geld haben, um den Stecker zu Hause irgendwie in die Hauswand stecken zu können. Eine Photovoltaikanlage kostet Geld. Jemand, der die Heizung auf Wärmepumpe umstellen möchte, benötigt Geld. Natürlich soll das durch Fördergelder abgedeckt werden, aber es ist so, dass der Weg zur Klimaneutralität auch eine soziale Dimension hat.

Es gibt zwei besondere Herausforderungen aus unserer Sicht. Das ist zum einen die energetische Gebäudesanierung. Da müssten wir die Quote auf 4,1 Prozent jährlich steigern, wovon wir weit entfernt sind. Das ist ein Punkt, bei dem wir sagen: Das Gutachten weist nach, dass es mit dieser Quote machbar ist, dann würden wir die Klimaneutralität erreichen. Aber uns ist es im Sinne der Transparenz auch wichtig, zu sagen, dass das extrem herausfordernd ist und wir das wahrscheinlich nicht schaffen werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Der zweite Punkt ist, dass das Gutachten einen um den Faktor 2,5 steigenden Strombedarf voraussagt. Auch das ist eine extreme Herausforderung, wenn wir das mit erneuerbaren Energien auch auf dem Stadtgebiet der Stadt Köln decken wollen. Das wäre eine Verhundertfachtung von dem, was wir zurzeit haben.

Schließlich sind uns ausreichende Beratungsmöglichkeiten wichtig. Ich war an diesem Montag in der Bezirksvertretung in Rodenkirchen. Dort war es so, dass die Vorlage als Mitteilung am Sonntag vorgelegt worden ist: 400 Seiten. Uns ist es doch gerade wichtig, dass wir die Multiplikatoren der Stadtgesellschaft mitnehmen. Dann muss so etwas in Zukunft deutlich anders erfolgen, so dass man sich auch wirklich als ehrenamtlicher Politiker damit auseinandersetzen kann.

Uns ist es wichtig, dass die Zielkonflikte und die finanziellen Auswirkungen benannt sind. Das ist eine riesige Transformation, die vor uns liegt. Diese kann nur gelingen, wenn das Ziel attraktiv ist. Ich glaube, es hat keiner Zweifel daran, dass das der Weg ist. Es muss aber auch jeder wissen, was auf ihn zukommt, und daran arbeiten wir.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 46

Am Ende stimmen wir der Vorlage zu. Wir wollen am Ziel der Klimaneutralität festhalten. Wir wollen uns auf den Weg machen, und wir wollen möglichst viel für die Verbesserung der Klimabilanz erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der SPD das Wort gewünscht. - Bitte sehr, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und meine Damen und Herren draußen! Für die SPD-Fraktion ist eines selbstverständlich auch ganz klar: Wir müssen uns endlich auf den Weg machen, die Stadt möglichst schnell klimaneutral zu bekommen. Das haben wir hier nicht nur beschlossen, sondern dahinter stehen wir auch geschlossen. Dazu hätten wir uns jetzt eigentlich auch schon sehr konkrete Beschlüsse gewünscht, aber es ist natürlich auch richtig, sich erst einmal etwas umfassender Gedanken zu machen. Das Gutachten bietet dafür eine gute Grundlage.

Es ist auch für uns wichtig, dass es jetzt losgeht. Insofern begrüßen wir diesen Beschluss heute und verstehen das - so ist es auch gedacht - als klaren Auftrag an die Verwaltung, uns jetzt ganz konkrete Vorschläge auf Basis dieses Gutachtens zu unterbreiten, die wir dann hier miteinander im Zweifelsfall - auch das wurde eben schon in dem einen oder anderen Wortbeitrag deutlich - durchaus streitig, aber um den besten Weg streitend noch einmal beraten werden.

Für uns als SPD-Fraktion sind vielleicht drei Punkte noch einmal ganz besonders hervorzuheben und auch der Verwaltung mit auf den Weg zu geben, und zwar in erster Linie natürlich, dass wir bei all den Maßnahmen, die hier zu entwickeln sind, vor allem die sozialen Aspekte besonders in den Vordergrund stellen. Ich bin Frau Aengenvoort sehr dankbar, dass sie das eben auch noch einmal betont hat: Bei allem Einvernehmen - da sind wir sehr klar, dass das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 erreicht werden muss - darf dies aber nicht zu sozialen Verwerfungen in unserer Stadt führen. Alle müssen einen Beitrag leisten können, aber alle müssen sich diesen Beitrag am Ende auch leisten können. Auch das war eben schon einmal der Tenor hier: der soziale Aspekt. Das ist

eine ganz wichtige Grundlage für uns, und zwar für alles, was wir hier demnächst entscheiden.

Das Gleiche gilt auch hinsichtlich der Maßnahmen für unsere Wirtschaft. Wir müssen darauf achten, dass wir uns hier so aufstellen, dass alle Maßnahmen auch als Chancen für die Wirtschaft und als Chancen für eine zukunftsfähige Neuausrichtung verstanden werden können und diese Maßnahmen die wirtschaftliche Entfaltung nicht behindern. Denn das Geld brauchen wir am Ende, um den Klimawandel auch finanzieren zu können.

Außerdem bitten wir die Verwaltung - das ist zwar, glaube ich, für den zuständigen Dezernenten selbstverständlich, ich sage es aber hier noch einmal -, dann auch in diesem nächsten Schritt die BVen sehr umfangreich zu beteiligen. Die Bezirksvertretungen sind hier an diesem Prozess nicht beteiligt gewesen. Das hat in der einen oder anderen Bezirksvertretung auch schon zu Irritationen und Beschlusslagen geführt. Wir waren aber gemeinschaftlich der Auffassung und haben das auch mit unseren Fraktionen so moderiert, dass wir heute diesen Beschluss fassen und das nicht noch einmal auf irgendeine Reise schicken. Aber im nächsten Schritt ist es, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt, auch die BVen mitzunehmen.

Unter genau diesen Aspekten und Gesichtspunkten werden wir selbstverständlich gern - ich habe es eingangs gesagt - heute dieser Vorlage zustimmen und hoffen auf sehr gute, sehr konkrete und am Ende vor allem auch zielführende Vorschläge. Denn das ist, glaube ich, das Interessanteste an diesem Gutachten, einfach zu sehen, was den größten Hebel hat, was uns denn auf diesem Weg am schnellsten weiterbringt. An diese Baustellen sollte sich die Verwaltung jetzt als Erstes begeben.

In diesem Sinne freue ich mich auf den weiteren Austausch, Dialog und vielleicht auch Streit in der Sache über den richtigen Weg hin zur Klimaneutralität 2035. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig hat das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer zu Hause vor den Bildschirmen! Wundern Sie sich nicht, dass ich hier noch einen Änderungsantrag vorstelle, obwohl ich



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 47

im Umweltausschuss schon der Maßnahme zugestimmt habe. Es sind nur einige Kleinigkeiten, aber wichtige Kleinigkeiten, und das wollten wir mit unserem Änderungsantrag noch einmal bekräftigen, damit das auch nicht vergessen wird.

Bereits am 14. Februar 2019, also vor vier Jahren, wurde vom Rat das Maßnahmenprogramm für den Klimaschutz KölnKlimaAktiv 2022 beschlossen. In dem Programm sind 19 verschiedene, äußerst bescheidene Maßnahmen verankert. Diese - das haben wir immer gesagt - reichen nicht aus. KölnKlimaAktiv 2022 ergänzte damals die bereits bestehenden Kölner Klimaschutzbemühungen im Rahmen bereits bestehender Konzepte und Maßnahmen. Das Wichtigste aber ist: Es zeigte uns auf Seite 10 weitere Maßnahmen, Möglichkeiten und Ideen im Klimaschutz für die kommenden Jahre auf, die bis heute leider nicht aufgegriffen wurden, obwohl wir immer wieder als Fraktion DIE LINKE mit Änderungsanträgen und Anregungen dazu aufriefen. Jetzt wird es höchste Zeit, auch daraus die richtigen Maßnahmen zu entwickeln und anlaufen zu lassen. Diese teilweise guten und effektiven Ideen dürfen nicht weiter in der Schublade verstauben. Auch das heute vorliegende Klimaschutzgutachten kann und darf nämlich nur ein weiterer und nicht der einzige Handlungsrahmen für weitere Maßnahmen und den angestrebten Aktionsplan sein. Viele in Band 2 vorgeschlagene Maßnahmen sollen bereits 2023 starten. Da kann es zu spät sein, wenn sie erst am Ende des ersten Halbjahres in die politischen Beratungen eingebracht werden. Wir ermuntern die Verwaltung, dass es ruhig auch schon früher sein darf. Das heute zu beschließende Monitoring muss daher auch sofort einsetzen, damit offensichtlich wird, woran die Verwaltung schon arbeitet und womit zu rechnen ist. Es muss insgesamt öffentlich und transparent nachvollziehbar sein, was geplant und beschlossen und wie der aktuelle Stand der Umsetzung ist.

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Umweltausschuss hier sind - das habe ich auch dort, bevor beschlossen worden ist, extra eingebracht -, daran erinnern, dass diese Transparenz und das Einhalten des Monitorings sehr dringend erforderlich sind.

Wir müssen an unsere Jugend denken. Viele Jugendliche verzweifeln an uns Erwachsenen. Die Klimakatastrophe gefährdet ihre Zukunft. Doch unablässig werden neue Treibhausgase produziert. „Wir fragen uns: Was macht unsere Eltern so ratlos?“, schrieb etwa die bekannte Klimaaktivistin Luisa Neubauer. Mit ihrer Fassungslosigkeit

sind die Jugendlichen nicht allein. Der Klimaforscher und Gründer des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Schellnhuber, machte es bereits im Oktober 2019 drastisch, als er sagte:

Ich sage Ihnen, dass wir unsere Kinder in einen globalen Schulbus hineinschieben, der mit 98 % Wahrscheinlichkeit tödlich verunglückt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem konkretisierenden Änderungsantrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es wurde hier schon vieles über das Ziel der Klimaneutralität 2035 gesagt, welches wir als FDP-Fraktion natürlich entsprechend teilen. Aber bei der Frage des Weges sind wir uns dann leider nicht so einig. Dabei liegen gerade bei einzelnen Dingen, die hier vorgeschlagen werden, Licht und Schatten manchmal nah beieinander.

Lassen Sie mich einige Beispiele aus dem Verkehrsbereich nennen. Sie wissen, dass wir sowohl den Ausbau des ÖPNV als auch den Beigeordneten und die KVB kräftig unterstützen. Eine beschleunigte Umsetzung der ÖPNV-Roadmap, die Erweiterung des entsprechenden KVB-Netzes, Taktverdichtungen über die Pläne der Roadmap hinaus und Verbesserungen von Sicherheit, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Barrierefreiheit im ÖPNV sind Dinge, die wir auf jeden Fall unterstützen und bei denen Frau Haaks und Herr Egerer uns an ihrer Seite wissen.

Es gibt aber natürlich auch Einschnitte. Die Kollegin Aengenvoort hat schon einiges angesprochen, worüber wir hier dann streiten werden und wo dann die Einigkeit zumindest auf unserer Seite nicht mehr gegeben ist, was zum Beispiel die flächendeckende Einführung von Tempo 30, die räumliche Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung oder temporäre und räumliche Zufahrtsbeschränkungen angeht. Da liegt dann für uns die Schattenseite dieser Vorlage, über die wir sicherlich bei den Maßnahmen in der Zukunft hier noch streiten werden.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 48

Unser umweltpolitischer Sprecher Rolf Albach hat im Umweltausschuss auch Kritik an der bisherigen Leistungsbilanz in dieser Frage geübt, aber auch an Teilen dieser Vorlage. Daher kommen wir als FDP-Fraktion zu einer anderen Schlussfolgerung als das, was die Kollegin Aengenvoort eben hier für die CDU-Fraktion genannt hat. Wir würden uns als FDP-Fraktion, weil wir uns, wie gesagt, dem Ziel verschreiben, aber den Maßnahmen nicht anschließen, heute enthalten und sind gespannt auf die weiteren Maßnahmen und die weiteren Vorlagen, die dann kommen, wo wir das am einzelnen Objekt entsprechend abarbeiten können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende und Zuhörende, falls Sie noch da sind! In vielen aktuellen Umfragen drücken die Menschen in unserer Gesellschaft aus, dass ihnen der fortschreitende Klimawandel und die hinterherhinkende Eindämmung dessen ein zentrales Anliegen bzw. eine große Sorge sind. Wir in Köln haben dafür ein klares Ziel vor Augen: Klimaneutralität 2035. Das sagen mittlerweile die allerallermeisten im Raum hier; darüber freue ich mich sehr. Das ist ein dickes Brett, dessen sind wir uns sicher. Und wir wissen mit dem jetzt vorliegenden Gutachten noch genauer, wo denn dieses Brett am dicksten ist.

Jetzt ist aber auch klar, wo wir am besten anfangen können, dieses Brett zu bohren. Das bedeutet: Wir müssen alle Potenziale der Erneuerbare-Energien-Gewinnung hier in Köln nutzen. Hier, in Köln, alle - nur, dass das noch einmal klar ist. Wir müssen eine konsequente Verkehrswende umsetzen und diese dann auch leben. Auch die lokale Industrie muss sich umbauen. Da kommen wir schon in ein Dilemma, dessen wir uns auch alle bewusst sind, weil das nämlich alle Menschen hier in der Stadt betreffen wird, auch viele Organisationen eingebunden sein müssen und die Stadt am Ende eine Koordinierungs-, Führungs- und Beispielrolle hat, aber beispielsweise natürlich auch keinen Cracker von INEOS umbauen kann. Aber die Stadt kann ein Controlling anschieben. Die Stadt kann zeigen, wo wir stehen, mit Zahlen zur Treibhausgasbilanzierung. Das ist am Ende nicht das einzige Controlling-Instrument, aber ein

ganz wichtiges. Gleichzeitig müssen wir aber natürlich auch andere Indikatoren zeigen, tracken und sichtbar machen für alle Menschen in dieser Stadt zur Erneuerbare-Energien-Erzeugung, zur Verteilung der Verkehrsströme auf Rad, ÖPNV, Fußgehende, MIV und andere Indikatoren.

Das Gutachten hat auch gezeigt - darauf möchte ich noch einmal ganz explizit eingehen -, dass dies einen finanziellen Benefit für uns als Gesellschaft darstellt. Denn wir als Kommune werden auch die allermeisten Kosten einer Anpassung an den Klimawandel tragen. Ich hoffe, das ist euch und Ihnen auch allen klar. Also lassen Sie uns versuchen, die notwendige Anpassung einzudämmen! Das heißt noch einmal ganz simpel: Es ist teuer, nicht in Klimaschutz- und Klimawandelanpassung zu investieren.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Es ist also kostengünstiger, das zu tun und es vor allem jetzt zu tun.

Und ja, um die Worte von Herrn Sterck zu benutzen, das kann auch Einschränkungen bedeuten. Wir werden Dinge anders machen müssen in den nächsten Jahren. Jetzt sind wir also alle gefragt in Köln: die Verwaltung, die Kölner Wirtschaft, die Kölner Bürger*innen.

Darüber hinaus braucht es aber auch Unterstützung von EU, Bund und NRW und einer interkommunalen Zusammenarbeit hier. Es wird nicht jede Windanlage für die Stromerzeugung in Köln stehen können, aber es müssen einige oder gar viele in Köln stehen - alle, die möglich sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Ich freue mich darauf, dass mit euch und mit Ihnen gemeinsam anzugehen; denn wir alle wollen das schaffen. Wir alle haben einen ambitionierten Zeitplan vor uns, und deswegen werden auch einige unbequeme Entscheidungen getroffen werden müssen. Aber wir sind bereit, das zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 49

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Heute Nachmittag vor zwei Stunden haben wir festgestellt, dass die Stadt Köln an der Errichtung von Toiletten scheitert und damit überfordert ist. Und jetzt - zwei Stunden später - wollen wir Köln klimaneutral machen bis 2035.

(Beifall bei der AfD)

Wissen Sie, um so zwischen den Anspruchsniveaus hin und her zu jonglieren, muss man, glaube ich, Kölner Ratsmitglied sein. Herzlich willkommen in Köln!

(Beifall bei der AfD)

Aber um es einmal zusammenzufassen: Das vorliegende Strategiepapier ist von schweren methodischen und inhaltlichen Mängeln gekennzeichnet und kann daher in der vorliegenden Form auf keinen Fall Grundlage eines konkreten und belastbaren Aktionsplans der Verwaltung sein. Darüber hinaus ist das Papier von unrealistischen Annahmen und Wunschen geprägt. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das kurz anhand von zwei Punkten belegen.

Erstens. Methodisch: In Band 3, dem Methodik-Teil, werden unter Punkt 2.3 die Grundlagen zur Berechnung des CO₂-Ausstoßes hier für Köln und für das Budget dargestellt. Dabei wird jedem Bewohner - egal, wo er auf der Erde lebt - das gleiche Emissionsrecht an CO₂ zugebilligt. Hier stellt sich doch die Frage: Wie sinnvoll ist das? Können wir das ernsthaft tun, wenn man berücksichtigt, dass zum Beispiel in einem nördlich gelegenen Land die Menschen deutlich mehr für Heizenergie aufwenden müssen? Kann man das tun? Oder kann man das tun, ohne den unterschiedlichen Grad an Industrialisierung in verschiedenen Ländern zu berücksichtigen? Meine Damen und Herren, wollen wir ernsthaft einem Menschen, der zum Beispiel in Norwegen lebt und industrielle Wertschöpfung betreibt, und zwar hochtechnisiert, das gleiche CO₂-Budget zumessen wie einem anderen Menschen, der beispielsweise als Hirte am Äquator sein Vieh hütet? - Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Im Übrigen: Der CO₂-Ausstoß korreliert nicht unwesentlich mit dem Wohlstand und dem Lebensstandard in der Welt. Nicht ohne Grund sind die drei Länder mit dem niedrigsten CO₂-Ausstoß pro Kopf Somalia, die Demokratische Republik Kongo und Burundi. Burundi ist das ärmste Land der Welt. Dort leben die Menschen praktisch CO₂-frei. Aber dort möchten viele Menschen gar nicht leben, weshalb sie sich auf den Weg nach Europa

machen, um hier zu leben. Rein unter Klimagesichtspunkten müssten sich die lieben Grünen eigentlich dafür einsetzen, dass möglichst wenig Menschen nach Europa migrieren; denn aufgrund des hier gegebenen höheren Lebensstandards verursachen diese automatisch einen höheren Fußabdruck.

(Beifall bei der AfD)

Kurz: Noch mehr Migration ist schlecht fürs Klima. Sie sehen, liebe Grün*innen, die Sache ist kompliziert.

Zweiter Punkt: Auch inhaltlich offenbart die Studie schwere Mängel und basiert auf unrealistischen Annahmen. Beleg: Es wird ausgegangen von einer Sanierungsrate hier in Köln von 4,1 Prozent. Wir haben seit Jahren oder gar seit Jahrzehnten eine Sanierungsrate von 0,6 bis 0,7 Prozent. Das wäre eine Versechsfachung. Ich sage Ihnen: Die Eigentümer oder die Vermieter haben überhaupt keinen Anreiz. Sie haben auch möglicherweise die finanziellen Mittel nicht. Abgesehen davon: Selbst wenn sie beides hätten, wir haben die notwendigen Fachkräfte überhaupt nicht mehr, um das alles umzusetzen. Also vollkommen unrealistisch.

Des Weiteren geht das Gutachten von einer Reduktion der Emissionen aus dem Individualverkehr bis 2035 um 90 Prozent aus. 90 Prozent! Meine Damen und Herren, diese Annahme ist unrealistisch und nicht belastbar.

Frau Oberbürgermeisterin, im Vorwort zu dieser Studie sagen Sie - Zitat -:

Die wichtigste und motivierendste Erkenntnis ist: Wir können es schaffen, bis 2035 klimaneutral zu werden.

Frau Oberbürgermeisterin, also ganz ehrlich, Ihr „Siehe, ich verkündige euch große Freude, diese Stadt kann klimaneutral werden“ mag ja in die vorweihnachtliche Zeit passen, aber es suggeriert eine Gestaltungsmacht, die wir nicht annähernd haben, die schlicht und ergreifend nicht gegeben ist. Diese Aussage ist falsch. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Der Einfluss der Stadt auf die CO₂-Emissionen liegt laut Gutachten zwischen 3 und 13 Prozent, also ein verschwindend geringer Anteil.

Meine Damen und Herren, das vorliegende Gutachten kann auf keinen Fall als Grundlage unseres Verwaltungshandelns dienen. Stimmen Sie gegen diesen Antrag! - Danke.

(Beifall bei der AfD)



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 50

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen in Politik und Verwaltung! Den meisten Dingen oder zumindest den meisten Vorredner*innen stimme ich zu. Ihr könnt euch denken, wem nicht. Auch mich und die KLIMA FREUNDE hat natürlich dieses Strategiepapier durchaus optimistisch gestimmt. Ich bedanke mich auch im Namen der KLIMA FREUNDE bei allen, die zur Erstellung beigetragen haben.

Ich hatte es letztes Jahr in einer Ratssitzung schon einmal in einer Rede des Öfteren gesagt: 2035 ist zu spät! Dennoch ist es natürlich gut, zu sehen, dass es zumindest mit dem Ziel, was die Stadt sich gesetzt hat, 2035 eine reelle Chance gibt, dieses Ziel zu erreichen.

Das meiste wurde schon gesagt, aber ich möchte noch auf einige Sachen hinweisen, die mir an dieser Stelle noch sehr wichtig sind. Einmal zum Thema Handlungsspielraum: In dem Gutachten wird die Zahl genannt, dass wir maximal 15 Prozent beeinflussen können. Ich möchte darauf hinweisen - auch das wurde schon gesagt -, dass das natürlich nicht bedeuten kann, dass wir uns mit diesen 15 Prozent zufriedengeben oder das als Ausrede benutzen, sondern natürlich gilt dann erst recht, dass wir nicht müde werden dürfen, an Bund, Land und auch EU zu appellieren, uns dort, wo nur möglich, zu unterstützen. Dann werden es auch deutlich mehr als 15 Prozent.

Natürlich - auch das werdet ihr gesehen haben - betrachtet das Gutachten nur das CO₂-Budget bzw. die CO₂-Emissionen innerhalb der Stadtgrenzen. Das ist eine gängige Vorgehensweise. Es wird dabei aber natürlich ganz viel außen vor gelassen. Auch hier möchte ich ganz klar betonen, dass das implizit bedeutet, dass wir deutlich mehr als diese 15 Prozent beeinflussen können. Wenn es zum Beispiel um Beschaffung geht: Ich erinnere da an einen Beschluss, den der Rat auf Initiative der KLIMA FREUND*INNEN beschlossen hat, als es um den Beitritt zu der Initiative zum Lieferkettengesetz ging. Also, wir haben auf jeden Fall deutlich mehr als 15 Prozent Handlungsspielraum.

Dann wurde unter anderem auch schon der Personalbedarf angesprochen. Da muss ich tatsächlich auch feststellen, dass, wenn man sich einmal anschaut, was allein schon für die Erstellung des Maßnahmenkataloges an Personalbedarf und

Ressourcen notwendig sein wird, sich mir die Frage stellt, wie das mit dem beschlossenen Haushalt 2023/24 in Einklang zu bringen ist. Da wäre tatsächlich meine absolut dringende Bitte - ich habe überlegt, ob ich das in Form eines Änderungsantrages noch hier in den Raum stelle -: Ich weiß, dass das damals beim Beschluss des Klimanotstandes nicht geklappt hat, aber wir müssen dieses Papier, diese Strategie und die Maßnahmen, die wir daraus erarbeiten, mit absolut höchster Priorität - nicht mit hoher Priorität, sondern mit höchster Priorität - bearbeiten.

Noch einmal mehr auch an die Kolleg*innen gerichtet, die hier mit „aber“ im Raum standen. Ich sagte es heute bereits zur Klimapolitik: Wenn es um Klimagerechtigkeit geht, geht es immer auch um soziale Gerechtigkeit. Das eine geht nicht ohne das andere. Das heißt, das ist implizit hier mit enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann möchte ich noch auf eine Sache hinweisen zu den 1,75 Grad: Es wird dabei fälschlicherweise oft vom „1,5-Grad-Ziel“ oder „1,75-Grad-Ziel“ gesprochen. Das ist eine absolute Obergrenze. Das heißt, es ist nicht unser Ziel, bei den 1,75 Grad zu landen, sondern es ist unsere Aufgabe und Verantwortung als Menschen, die sich hier in das politische Mandat haben wählen lassen, diese absolute Obergrenze im Leben nicht zu überschreiten.

Ich möchte euch Folgendes mit auf den Weg geben: Jede weitere Tonne CO₂, die wir einsparen können, rettet heute Menschenleben im globalen Süden, aber auch hier bei uns vor unserer Haustür und erst recht in Zukunft. Ja, das ist eine Riesenaufgabe. Trotzdem darf die Frage nicht sein, ob wir das schaffen, sondern die Frage darf nur sein, wie wir das schaffen. Es wurde bereits gesagt, und ich möchte mich dem anschließen: Wir schaffen das nur gemeinsam. Wir sitzen alle hier im selben Boot, und wir schaffen das nur gemeinsam. Deswegen möchte ich inständig darum bitten, dass alle hier im Saal diese Strategie und die Maßnahmen, die wir zu beschließen haben, mit absolut höchster Priorität in den kommenden Jahren behandeln werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion, anschließend über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über die Ursprungsvorlage.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 51

Wer dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Vorlage. Wer dieser Vorlage zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Gegenstimmen? - Es stimmt die AfD-Fraktion dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag beschlossen. Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

TOP 10.2 haben wir bei der Debatte um die Tagesordnung in die Fachausschüsse verwiesen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Flächendeckendes Mobilstationsnetz - hier: weiteres Vorgehen 0849/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau einer Unterkunft für Geflüchtete in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf - Baubeschluss 1335/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln 2022 - 2027 1352/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Kolmarer Str. 55 in 50769 Köln-Merkenich - Baubeschluss 1755/2022

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie die Vorlage. Die Fragen aus dem Bauausschuss wurden in der Anlage 15 beantwortet. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Weiterführung des Projekts Brückenbauer 2459/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2021 2667/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023 2868/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2021 2869/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“ 2904/2022



Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ - wer könnte etwas dagegen haben, so ist man geneigt zu fragen. Ich sage Ihnen, was hier wirklich passiert. Die Stadt Köln saniert sich zulasten der Sozialsysteme des Bundes. Das ist das, was hier passiert. Auf Seite 4 der Vorlage ganz unten - -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die müssen die AfD auch noch durchsuchen!)

- Hören Sie gut zu, Herr Detjen, hier können Sie noch etwas lernen.

(Lachen bei der LINKEN)

Auf Seite 4 der Vorlage ganz unten wird das auch ganz offen eingeräumt. Ich zitiere:

63 Teilnehmende haben aufgrund der Begleitung durch das Programm DiAA

- das steht für „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ -

das AsylbLG verlassen und beziehen nun Leistungen nach dem SGB II.

Also nach dem Sozialgesetzbuch II.

Um diesen Trend stärker in den Fokus zu nehmen, werden weitere fünf Vollzeitstellen bei dem erfolgreichen Förderbaustein 1 „Jobcoaching“ gefördert. Damit können weitere Multiplikator*innen mehr Menschen auf ihren Weg in Ausbildung und Arbeit begleiten. Die durchschnittlichen jährlichen Leistungen nach dem AsylbLG betragen für eine Person ca. 11.600 €. [...] Die durchschnittlichen jährlichen Minderausgaben

- für die Stadt Köln -

betragen für eine Person 10.400 €.

Kurzum: Sie merken, es geht wie immer ums Geld. Wir zahlen 11 600 Euro für so einen Asylbewerber. Und wenn wir ihn hinüberschieben zum Bund ins Sozialgesetzbuch, dann spart die Stadt Köln 10 400 Euro. Wie schön ist das? Ich sage Ihnen: Für echte Fachkräfte bräuchte man ein derartiges Programm nicht.

Hier findet genau das statt, was Sie, Frau Oberbürgermeisterin, immer und immer wieder beharrlich geleugnet haben. Es ist die Verschiebung von Asylanten in Hartz IV - und diesmal, meine Damen und Herren, auch noch mit unseren Steuergeldern finanziert und von der Stadt Köln unterstützt. Ich nenne das „Optimierung der städtischen Finanzen durch Rechtskreiswechsel“, sprich: Lastenverschiebung zulasten des Bundes. Dieser Unsinn wird vom Land NRW - das muss man leider dazu sagen - auch noch gefördert.

Meine Damen und Herren, diese staatlich organisierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme lehnen wir als AfD-Fraktion entschieden ab. Stimmen Sie gegen diesen Antrag! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über 10.11 abstimmen, meine Damen und Herren. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Durchführung des EhAP Plus Projektes INKA - In Köln Ankommen - Ein Projekt zur Integration von neuzugewanderten EU-Bürger*innen und deren Kinder unter 18 Jahren 2964/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Der AfD-Fraktion Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich kurz und mache es auch vom Platz aus: Das ist auch wieder ein Beispiel dafür, wie Zuwanderung nach Deutschland nicht geregelt werden sollte. Wir sollten - wie mein Fraktionsvorsitzender gerade ausgeführt hat - uns auf Fachkräfte fokussieren. Es geht hier offensichtlich um Unionsbürger, also der Europäischen Union. Mir ist auch nicht bekannt, dass in einem dieser Länder Krieg herrscht. Von daher sollten wir alles daran setzen, dass wir keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme etc. haben. Dass es diese Art von Programm überhaupt geben muss, ist ein Skandal und blanker Hohn für den Steuerzahler. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung „Rheinboulevard beiderseits des Rheins mit Umfeld Bahnhof Köln Messe/Deutz“
3079/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Vermarktung Alpener Straße 4 - 6 in Köln-Ehrenfeld, Bewertungskriterien der Konzeptausschreibung
3234/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Ja, bitte sehr.

Ira Sommer (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich bitte abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das wollte ich gerade sagen. Ich habe nach Wortmeldungen gefragt.

Ich lasse abstimmen wie Liegenschaftsausschuss, Anlage 5, und wie BV 4, Anlage 6. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 un:box cologne - Deine Stadt, Deine Ideen
Abschluss der Strategiephase A und Übergang in die Umsetzungsphase B
3343/2022**

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Gerade habe ich aufgeschnappt: Warum muss sie dazu reden? - Es ist tatsächlich so, dass ich - ganz abgesehen davon, dass ich nicht darüber informiert werde, wozu Rederunden vereinbart werden - auch zu jedem Tagesordnungspunkt Rederecht habe

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

und in dem Fall nicht nur für mich hier alleine stehe, sondern für die KLIMA FREUND*INNEN, die mir hier etwas mit auf den Weg gegeben haben, was sie hierzu gerne loswerden wollen.

Wir KLIMA FREUND*INNEN finden, dass ein partizipativer und designorientierter Transformationsprozess genau die Methodik ist, die wir brauchen. Transformation bedeutet allerdings nicht nur, Neues hinzufügen, auszubauen und auf technologische Lösungen zu setzen, sondern den Mut zu haben, bestehende Strukturen und Kulturen anzufassen und zu verändern.

Des Weiteren resultieren aus guten Absichten nicht zwingend gute Lösungen. Der ausschlaggebende Faktor, ob die Projekte, die in diesem Zuge entstehen, tatsächlich eine Lösung darstellen und sich nicht etwa als Brandbeschleuniger für unsere Krisen entpuppen, ist, ob tatsächlich ganzheitlich gedacht wird. Denn nachhaltige Technologie kann nur betrieben werden, wenn Energie und Ressourcen verfügbar und bezahlbar sind, und sollte nur gebaut werden, wenn die Rohstoffe dafür verfügbar sind und unter menschenwürdigen Bedingungen abgebaut werden. Daher müssen Technik, Daten, Ressourcen und Energiesuffizienz wesentliche Entscheidungsfaktoren sein und der Einsatz von Technologie zur Lösung der eigentlichen Probleme, die adressiert werden sollen, mit Projekten kritisch in Bezug auf alle Nachhaltigkeitsziele reflektiert werden. Das sind Worte von zwei Menschen, deren Hauptaufgabe es ist, sich um nachhaltige Digitalisierung zu kümmern.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu 10.15, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender zur Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST)
3380/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Namensänderung



abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Strukturhaltende Maßnahme zur Sicherung der Bürgerhäuser/Bürgerzentren in freier Trägerschaft
3420/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) zur Vermeidung unbilliger Härten ab 01.01.2023
3456/2022**

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Joisten. Wird zuvor noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ich mache es auch ganz kurz vom Platz aus. Ich möchte nur eine Bitte an die Verwaltung richten, ob wir in einem Jahr einen Bericht bekommen könnten, welche Erfahrungen Städte, die nicht auf dieses Vorkaufsrecht verzichten, wie wir das tun, gemacht haben, damit wir vielleicht eine Benchmark und eine Vergleichbarkeit haben und in einem Jahr noch einmal darüber nachdenken können, ob wir mit diesem Verfahren jetzt zufrieden sind oder ob es vielleicht auch noch einige Anreize gäbe, darüber nachzudenken. Das wäre einfach eine Bitte. Ansonsten stimmen wir natürlich zu. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, die Anregung nehmen wir auf, und dann sprechen wir wieder darüber.

Gibt es weitere Wortmeldung zu 10.18? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FRAKTION und der AfD. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze Geflüchtete

3537/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Erweiterung des Bildungsganges Einjährige Berufsfachschule im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften am Hans-Böckler-Berufskolleg in Köln-Deutz zum Schuljahr 2023/24
3641/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Förderung kommunale Nachhaltigkeit Köln
3681/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Eigentumsübertragung von 92 Benin-Hofkunstwerken aus dem Rautenstrauch-Joest-Museum an die Bundesrepublik Nigeria
3701/2022**

Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Herr Kockerbeck, ich habe Ihre Wortmeldung nicht gesehen. Sind Sie einverstanden, dass erst Herr Boyens spricht?

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Ich habe mich nicht gemeldet!)

- Ach so, Sie haben sich gar nicht gemeldet. Dann haben wir hier etwas falsch interpretiert. - Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden gleich diesem Antrag zustimmen, und viele von Ihnen werden sich danach moralisch richtig gut fühlen, weil Sie damit koloniales Unrecht ein wenig korrigiert haben. Doch leider, meine Damen und Herren, ist die Sache wie so häufig nicht ganz so einfach.



22. Sitzung vom 8. Dezember 2022 Seite 55

Ich erlaube mir, hierzu den Afrika-Kunstkenner und Galeristen Peter Herrmann zu zitieren, der über den Sachverhalt der Benin-Bronzen Folgendes sagt - Zitat -:

Von einer mir vorliegenden Liste mit 1.400 Objekten, die nach Benin-City zurückgegeben werden sollen, stammen maximal 5 (fünf) aus der Militärexpedition der Briten. Alle anderen Bronzen und Schmuckgegenstände stammen aus dem Handel. Sie wurden gegen Geld, ohne repressiven Druck verkauft, ausgeführt, versteuert und für das Volk dem Museum geschenkt oder verkauft.

Und er sagt:

Handel von Kunst, Kunsthandwerk und Reliquien gibt es nach Europa

- oder zwischen Europa und Afrika -

seit dem 16. Jahrhundert [...]. Die [...] Behauptung, wie sie durch die Leitmedien geistert, dass 95 % des Museumsinventars Raubgut sei, degradiert alle, auch afrikanische Händler, zu Dieben, Räubern und Hehlern. Eine bodenlose Unverschämtheit und Rassismus in übelster Form.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, das sollten Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Das ist jemand, der sich mit dem Thema auskennt. Er hat sich damit beschäftigt. Aber stimmen Sie ab, wie Sie gleich meinen abstimmen zu müssen.

Ich will Ihnen noch eine weitere Quelle vor Augen führen. Diese sollten Sie ebenfalls zur Kenntnis nehmen, wenn Sie jetzt gleich abstimmen. Und zwar: Wikipedia - Wikipedia ist sicher kein Ort rechter Verschwörungstheorien, darin sind wir uns, glaube ich, einig - schreibt über eine amerikanische NGO, die die Nachfahren ehemaliger Sklaven vertritt. Und diese NGO schreibt zur Rückgabe - ich zitiere wieder -: Wir lehnen

jegliche Rückgabe ab, da das Königreich Benin aus dem Sklavenhandel Profit geschlagen hatte. Die Bronzen sind vielfach aus den Manillen

- Manillen sind metallene Bronzeringe, 850 Gramm haben sie gewogen; das war das Zahlungsmittel damals in Westafrika für den Sklavenhandel, das war praktisch das Geld -

hergestellt, die das Königreich Benin als Zahlung für den Verkauf der Sklaven und Sklavinnen erhielt. Die Gruppe forderte Frankreich, Großbritannien, die USA und Museen anderer Länder auf, die Bronzen weiterhin auszustellen, da die Bronzen in westlichen Museen den tatsächlichen Nachfahren der Sklaven zugänglich sind, die dafür „mit ihrem Leben bezahlt“ hätten, und nicht den Nachfahren von Sklavenhändlern. Die Gruppe schreibt: „Das Königreich Benin würde, durch Nigeria, durch die Rückführung dieser Relikte ungerechtfertigt bereichert.“

Und weiter schreiben sie:

„Schwarze Menschen unterstützen Sklavenhändler-Erben nicht, nur weil sie schwarz sind. Nigeria und das Königreich Benin haben sich noch nie für die Versklavung unserer Vorfahren entschuldigt.“ Speziell von Deutschland forderte die Restitution Study Group,

- nämlich diese NGO -

keine neuen Transferverträge mit Nigeria zu unterzeichnen und alle bestehenden Verträge aufzuheben. Stattdessen wünsche man sich Miteigentumsverträge mit den Nachkommen der versklavten Menschen und die treuhänderische Aufbewahrung der [...] [Bronzen] in den deutschen Museen.

Das ist das, was Wikipedia dazu schreibt.

Wie gesagt, Sie werden gleich für die Rückgabe stimmen, weil es Ihnen Ihre Hypermoral so gebietet. Aber Sie sollten die historischen Fakten und die Hintergründe der Diskussion kennen. Wir als AfD-Fraktion sind - das lassen Sie mich klarstellen - selbstverständlich dafür, dass Raubkunst an ihre ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben wird. Das ist vollkommen klar. Aber an dieser hypermoralisch aufgeladenen Aktion werden wir uns nicht beteiligen. Deshalb werden wir gegen diesen Antrag stimmen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau von Bülow, bitte.



Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus.

Eigentlich wurde die Debatte bereits geführt - einmal hier im Rat und dann auch im Ausschuss Kunst und Kultur. Ich dachte, es sei alles Wichtige gesagt.

Ehrlich gesagt, ich bin froh, dass viele, die sich auskennen, die Vorlage hier erarbeitet haben. Ich bin froh, dass viele, die sich auskennen - anders als mein Vorredner gerade behauptet hat -, tatsächlich diese Vorlage so auf den Weg gebracht haben. Auskennen tun sich nämlich Nanette Snoep, das Auswärtige Amt, die Kulturstatsministerin und alle, die ermöglicht haben, dass endlich das passiert, was schon lange hätte passieren müssen, nämlich die Rückgabe der Benin-Bronzen wird konkret an dieser Stelle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Köln zeigt - es hat auch eine Vorreiterrolle, worauf ich tatsächlich ein bisschen stolz bin - tatsächlich: Wir stellen uns der postkolonialen Verantwortung. Wir kennen uns mit den historischen Zusammenhängen aus. Auch wir haben viel erforscht und wissen viel darüber, was an Unrecht damals geschah und was an Unrecht weiter geschehen würde, würden wir jetzt nicht die Restitution leisten. Insofern bin ich sehr froh über diese Vorlage, danke allen, die das ermöglicht haben, und bin froh, dass die Kunstwerke jetzt dahin gehen, wo sie kulturell und spirituell auch hingehören. Vielen Dank.

Ich hoffe, die Vorrede eben bleibt nicht so stehen. Es war mir wichtig, der noch einmal etwas entgegenzustellen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil sie einfach so unglaublich daneben war, so unglaublich skandalös und so unglaublich von Unwissen geprägt war. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne abstimmen lassen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 3765/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln: Neubau der Bühne am Tanzbrunnen und Erweiterung der Schirme von Frei Otto - Baubeschluss 3393/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023 2668/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer der Beschlussvorlage 1474/2020 1356/2022

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt
AN/2295/2022**

Herr Breite steht schon hier.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin beauftragt worden, zunächst zu sagen, dass wir alle es begrüßen, dass wir dieses Maßnahmenpaket haben. Es stand auch schon in der Öffentlichkeit, dass wir bei der Hölderlin-Schule wohl gemeinsam einen Erfolg errungen haben. Die Änderungen sind schon durch. Jetzt haben die antragstellenden



Fractionen nur noch eine Kleinigkeit für unser geliebtes Porz, weil dort irgendetwas falsch gelaufen ist. Die KölnBäder werden dort kein Sportbad bauen. Jedenfalls gibt es dafür keinen Beschluss. Darum müssen wir das wieder rückabwickeln - genau so, wie wir das schon so klug im Mai entschieden haben. Das heißt, dass wir einfach in Punkt A schreiben, dass es eine zweistöckige Grundschule gibt und dass es dort inklusive Turnhalle und Schwimmbad ist. Ob das Schwimmbad dann ein Lehrschwimmbecken oder sonst irgendetwas ist, das wird die Verwaltung schon richtig machen, Frau Oberbürgermeisterin. Darum bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen, damit wir dieses Paket dann beschließen können. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt und anschließend über die Vorlage mit den Maßnahmen aus Anlage 9. Die Verwaltung hat nämlich zu den Beratungsergebnissen in den Ausschüssen und Bezirksvertretungen - das war jede Menge - in der Anlage 8 Stellung genommen und eine aktualisierte Maßnahme in der Anlage 9 zur Verfügung gestellt.

Also, zunächst der Änderungsantrag: Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag, der aufgerufen ist? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - AfD und DIE LINKE enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage mit den Maßnahmen aus Anlage 9 und unter Berücksichtigung des soeben beschlossenen Änderungsantrages abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Tagesordnungspunkt

10.27 Baubeschluss für die Sanierung des Knotenpunktes Ostheimer Straße/Vingster Ring (inklusive Sanierung der Radverkehrsanlage) sowie einer Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 1648/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie BV 8, Anlage 8. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Rahmenvertrag über die Lieferung von Spielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör 2252/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

TOP 10.29 ist zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

10.30 Hitzeaktionsplanung der Stadt Köln 2388/2022

Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Die meisten von euch werden es vielleicht mitbekommen haben: Das ist heute mein letzter, zumindest vorerst letzter Tag hier im Rat. Die meisten von euch kennen mich mittlerweile gut genug und können sich vorstellen, dass ich nicht ohne einen kleinen Knall am Ende gehe. Deswegen müsst ihr euch das jetzt leider noch von mir anhören.

Ich stehe hier nicht nur als Politikerin, sondern auch als Mutter und Lebewesen auf diesem Planeten. Und ich bin wütend und sehr verzweifelt. Wenn wir es mit dem Klimanotstand wirklich ernst nehmen, dann darf es kein „Weiter so!“ geben. Der heute hier und jetzt zu beschließende Hitzeaktionsplan ist ein sehr wichtiges Instrument angesichts der Klimakatastrophe, die bereits in vollem Gange ist. Er ist ein Baustein von vielen, wenn es darum geht, unseren Lebensraum für die Zukunft möglichst klimaresilient zu gestalten und in einer Großstadt wie Köln bei sengender Hitze zu überleben. Allerdings wird hier einmal mehr nur an den Symptomen herumgedoktert, anstatt endlich konsequent, schnellstmöglich und umfassend der Dramatik der Situation entsprechend zu handeln und mit höchster Priorität die Ursachen der Klimakatastrophe zu bekämpfen.

Schön und gut, wenn wir heute einen Hitzeaktionsplan beschließen. Aber warum wurde der Beschluss zum Masterplan Stadtgrün ins nächste Jahr vertagt? Worauf warten wir da noch? - Wir



haben keine Zeit für ein „Weiter so!“. Der konsequente Erhalt und Ausbau unseres Kölner Grünsystems, das wäre Ursachenbekämpfung. Wenn wir damit vor Jahrzehnten begonnen hätten, müssten wir heute auch keinen Hitzeaktionsplan für Köln beschließen.

Großartig, dass wir heute die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs für ein klimaneutrales Köln in Auftrag gegeben haben. Aber diese Maßnahmen müssen wir dann auch mutig und konsequent umsetzen. Viele davon sind übrigens längst bekannt. Die meisten Lösungsvorschläge liegen schon seit Jahren oder Jahrzehnten auf dem Tisch. Aber wenn es wirklich darauf ankommt, einschneidende, aber notwendige Veränderungen zu beschließen, dann kneifen die politischen Entscheidungsträger*innen - übrigens auf allen politischen Ebenen.

Wir brauchen keine immer neuen Strategiepapiere und Beratungsrunden. Wir brauchen mutige Politiker*innen, die ihrer Aufgabe gewachsen sind und sich ihrer Verantwortung stellen. Unsere Aufgabe und unsere Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass die notwendigen Veränderungen möglichst gerecht und reibungslos verlaufen. Dabei rede ich von signifikanten Veränderungen in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen.

Die Klimakatastrophe wird sowieso massive einschneidende Veränderungen mit sich bringen, ob wir das wollen oder nicht. Der Klimawandel kennt keine Kompromisse, und mit dem Klimawandel lässt sich auch nicht verhandeln. An den Klimawandel kann die Menschheit sich nicht anpassen. Darauf zu hoffen und zu warten, dass zukünftiger technischer Fortschritt all unsere Probleme löst, ohne dass wir dafür unseren Lebensstil ändern müssten, ist so, als würde man weiter Kette rauchen und dabei auf die Wunderpille warten.

Ein „Weiter so!“ kann es nicht geben. Die ersten Klimakipppunkte und mit ihnen Kaskadeneffekte sind längst ausgelöst. Die Vernichtung unseres Lebensraumes, wie wir ihn kennen, wurde irreversibel in Gang gesetzt. Und eure größte Sorge ist, dass eure Großspender und Klüngel-Buddies aber gern hier noch ein paar Luxusapartments bauen und noch mit 70 Sachen ihre SUVs in Köln spazieren fahren wollen.

Die Liste der politischen Möglichkeiten für Köln ist lang, die Liste des politischen Versagens leider auch. Da werden zum Beispiel immer noch fleißig kilometerlange Tunnel und vielspurige Autobahnen geplant, die massiv Zeit, Geld und CO₂ kosten. Aber von kostenlosem ÖPNV für alle und der

„Vision Zero“ mit flächendeckend sicheren Rad- und Fußwegen ist Köln meilenweit entfernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Da wird weiterhin munter Stadtgrün vernichtet, während dem Grünflächenamt nicht mal genug Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um wenigstens das noch vorhandene Grün angesichts der zunehmenden Hitze zu bewahren.

Da wird weiterhin munter Stadtraum versiegelt, aber wenn sich hier und da einfache Möglichkeiten bieten, wenigstens kleine Straßenabschnitte umgehend vom MIV zu befreien, wird unter fadenscheinigen Argumenten dankend abgelehnt.

Da werden prestigeträchtige Nobelbauten genehmigt, aber die Quote beim Schulbau und beim sozialen Wohnungsbau bleibt erbärmlich. Und wenigstens beim eigenen Catering mit gutem Beispiel voranzugehen

(Zurufe)

und die Gewohnheiten auf eine fleischlose Ernährung umzustellen - nicht einmal dafür reicht es in der Riege der politischen Verantwortlichen Kölns.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Dabei zeigen uns die Analysen und Fakten - jüngstes Beispiel die Klimastrategie -, dass sich konsequenter Klimaschutz für alle lohnt, auch wirtschaftlich. Worauf warten wir also noch? - Wir haben keine Zeit für ein „Weiter so!“.

Und nein, Menschen wie ich, die euch auf die Faktenlage hinweisen, sind weder radikal noch kriminell - auch nicht, wenn sie aus purer Verzweiflung angesichts der Dringlichkeit der Lage und der Untätigkeit der politischen Verantwortlichen zu Mitteln des zivilen Ungehorsams greifen. Friedlicher, nicht eskalativer ziviler Ungehorsam - so, wie ihn unter anderem Fridays for Future und Die letzte Generation nutzen - ist ein absolut legitimes demokratisches Mittel des Protestes.

(Beifall bei der LINKEN und Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und nicht der Protest von Klimaaktivisten gefährdet Menschenleben, Zivilgesellschaft und Demokratie, sondern die Untätigkeit und Verweigerung der Politik. Hört endlich auf, euch wegzuducken und rauszureden! Es geht um Milliarden von Menschenleben, verdammt noch mal, und wir schaffen das nur gemeinsam, alle zusammen, oder wir versinken im Chaos.



Ich stehe hier als Politikerin, als Mutter und als Lebewesen auf diesem Planeten, und ich bin sehr verzweifelt. Es kann und darf kein „Weiter so!“ geben. Deswegen Sorge ich jetzt dafür, dass es zumindest hier und jetzt nicht wie üblich weitergeht, sondern wenigstens ein kleines bisschen anders läuft als sonst, und bitte um Solidarität aller Menschen hier im Saal, denen es angesichts der Drastik der Situation wie mir geht.

(Die Rednerin klebt sich am Redepult fest - Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir haben ein zweites Rednerpult. Wir haben schon damit gerechnet, dass wir heute in eine ähnliche Situation kommen, aber ich würde die Sitzung gerne fortsetzen. Die Redezeit von Frau Gabrysch ist abgelaufen.

(Zurufe von der AfD)

Ich würde jetzt gern über 10.30 abstimmen lassen, meine Damen und Herren, und sehe keine weiteren Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Dann ist der Hitzeaktionsplan der Stadt Köln beschlossen.

Ich mache jetzt eine kurze Beratungspause für fünf Minuten.

(Zurufe: Nein! - Das ist doch nicht wahr!
- Dann kriegt sie doch recht!)

- Sie würden mir doch bitte die Sitzungsleitung überlassen. Wir machen jetzt bitte eine Beratungspause.

(Vereinzelt Beifall)

(Unterbrechung von 18.54 bis 19.00 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde gern mit der Sitzung fortfahren. Würden Sie bitten Ihre Plätze wieder einnehmen?

Tagesordnungspunkt

10.31 Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts durch den neuen § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG), Umsetzung in den Gebührensatzungen und Entgeltordnungen der Stadt Köln 3688/2022

Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von der AfD-Fraktion zu 10.31.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass Sie als Sitzungsleitung so ohne Weiteres über diesen Vorfall hinweggehen. Stellen Sie sich bitte einmal vor, einer von uns hätte sich dort angeklebt, dann wäre hier aber der Teufel los.

(Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich dann den Saal verlassen hätte.

Stephan Boyens (AfD): Ich fordere Sie auf, Frau Oberbürgermeisterin, hier ein Ordnungsgeld, einen Ordnungsruf zu verhängen und tätig zu werden. Das kann so nicht stehen bleiben. Nehmen Sie Ihre Sitzungsleitung ernst!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, einen Blick in die Geschäftsordnung zu werfen. Dort steht unter § 8 Abs. 3, dass sitzungsleitende Maßnahmen und Entscheidungen der oder des Vorsitzenden nicht erörtert werden. Darum bitte ich auch in diesem Fall. Wir machen jetzt mit 10.31 weiter.

(Beifall)

Nach Wortmeldungen hatte ich schon gefragt. Gibt es Gegenstimmen gegen 10.31? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.32 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas (Fortführung bis 31.12.2024) 3949/2022

Wortmeldungen zu 10.32? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Reker, das Thema Stromsparcheck hatten wir in den letzten Sitzungen immer wieder angesprochen. Deswegen möchte ich mich bei Ihnen, Frau Reker, und auch bei Herrn Wolfgramm ganz herzlich für diese



Vorlage bedanken, dass wir das jetzt doch geheilt bekommen. Ich möchte mich auch bei Herrn Feicht, der heute leider krank ist, bedanken. Ich möchte mich also auch bei der RheinEnergie bedanken, dass das so gut gelaufen ist. Ich möchte mich auch beim Caritasverband bedanken, die das Projekt auch voranbringen. Ansonsten, Frau Oberbürgermeisterin, haben Sie das gerade ganz toll gemacht. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu 10.32? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.33 Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen ab 01.08.2022 bis 31.07.2027
3869/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.34 Förderprogramm „Dritte Orte“ - Vierte Genehmigung für die Förderphase 2022 ff.
4017/2022**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

**16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Silbermöwenweg von Seeadlerweg bis Kolk-rabenweg in Köln-Vogelsang
2478/2022**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

**17.1 Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin in den Verkehrsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln
3250/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier „Zurück in die Zukunft e.V.“
3615/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Antrag von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Verkehrsausschuss
AN/2191/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Neubesetzung von Gremien“
AN/2271/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden - Wechsel eines Sachkundigen Einwohners“
AN/2286/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung - Ausschuss für Schule und Weiterbildung“
AN/2272/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**17.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aus-
schussumbesetzungen“
AN/2293/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Um-
besetzung im Ausschuss für Bürgerbe-
teiligung, Anregungen und Beschwer-
den“
AN/2296/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Eine Dringlichkeitsentscheidung haben wir nicht
zu genehmigen. Ich würde deswegen gerne die
Nichtöffentlichkeit herstellen, um dann mit dem
nichtöffentlichen Teil der Sitzung fortzufahren.

(Schluss: 19.06 Uhr)